

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951 1950

43 (25.10.1950)



Der neue Mercedes-Benz 4.4-Tonner-Schwerlastwagen; auf diesem Bild mit langem Radstand und langer Pritsche (siehe den Aufsatz über diesen Lastwagen auf Seite 8)

Unfreiwillige Planungen

Wirtschaftsrechtswissenschaftler und Angehörige der ECA-Verwaltung in Washington und Frankfurt beklagen, daß die Bundesregierung ihre Wirtschaftspolitik überprüfe und unter Umständen neu ordne. Das war die Bombe, die am Freitag voriger Woche in Deutschland einschlug. Prof. Erhard hat auf dem Parteitag der CDU ohne auf diese „Befürwortung“ Bezug zu nehmen, teilweise darauf geantwortet.

Tellwies, wie gesagt, und wir wollen zunächst die Punkte der „Befürwortung“ herausgreifen, auf die Herr Erhard nicht eingegangen ist. Zunächst amerikanische Stellen halten es für notwendig, daß die Bundesregierung gesetzliche Vollmachten erhält, um im Notfall (1) der Industrie bestimmte Aufträge als vorrangig zu befürworten zu können. Das ist deutlich und unmißverständlich. Wir kennen das übrigens, als einst der Vierjahresplan begann. Mit Marktwirtschaft dürfte dies dann wohl nicht mehr viel zu tun haben, es sei denn, daß man Zwangsaufträge nur darum darunter rechnet, weil sie ja noch für einen — klar und eindeutig bestimmten — Absatz gedacht sind.

Es wird aber noch schöner, denn man „befürwortet“, daß die Bundesregierung unter Umständen in der Lage sein müsse, Rohstoffe und Waren gegen Bezahlung zu beschlagnahmen. Das ist ebenso deutlich und hat weder mit Marktwirtschaft noch mit sozial etwas zu tun; denn die Gefolgschaftsmittelglieder, die dann nicht mehr diese beschlagnahmten Rohstoffe verarbeiten dürfen, verlieren an dieser Stelle ihre Arbeitssicherheit.

von Rohstoffbeständen muß klar umrissen sein. Es muß z. B. bevor über solche Vollmachten überhaupt gesprochen werden kann, klar gestellt werden, daß der deutschen Industrie nur Aufträge aufgelegt werden können, die nicht der Herstellung von Rüstungsmaterial dienen. Wir haben in der „Wirtschaftsrevue“ schon mehrfach eindeutig erklärt, daß das deutsche Volk eine Rüstungsindustrie nicht wünscht. Wir haben uns in der letzten Zeit in der Industrie erkundigt, und wir haben nicht bei einem einzigen Werk hören können, daß man sich Rüstungsaufträge wünsche. Im Gegenteil, jeder Generaldirektor und jeder Unternehmer, den wir fragten, erklärte, daß er nie wieder bereit wäre, ein Produkt herzustellen, das der Rüstung diene. Diese Einstellung sei ihnen im Stammbuch geschrieben, die immer meinen, die Industriellen freuten sich über Rüstungsaufträge, weil man daran so gut verdienen könne. Es sind aber nicht nur die bösen Erfahrungen (Bombardierung Demontagen und Einsparungen der möglichen Männer), es ist auch nicht der hohe Auftragsbestand, der bei den jetzt einsetzenden Materialverknappungen sowieso kaum aufrecht erhalten werden kann — nicht diese Gründe führen zu der erwähnten eindeutigen Stellungnahme der deutschen Industriellen, sondern der Wunsch, die deutsche Industrie für eine Friedensproduktion wieder aufzubauen und rationalisierungsgefallen. Die schwedische „Weltwoche“ hatte schon nicht ganz Unrecht, wenn sie vor 3 Tagen wörtlich schrieb: „Wenn die Alliierten bis vor kurzem noch glauben konnten, daß das Problem, welches ihre Positionen in Deutschland gefährdet, der wiederzunehmende deutsche Militarismus sei, so müssen sie heute erleben, daß — umgekehrt — diese Gefahr ihnen heute von deutschen Positionen her droht.“ Nicht ganz Unrecht, sagen wir, weil diese Einstellung der Deutschen ein Erfolg der fünfjährigen Kriegsjahre der Westalliierten ist.

Es wird auch die Möglichkeit angedeutet, daß die Bundesregierung Vollmachten benötigt, Güter mitzuziehen und Höchstpreise und Höchstlöhne festzusetzen zu können. Es wird also immer deutlicher, daß Notwendigkeiten und Zwangsmaßnahmen an Diktatorien anknüpfen. Es steht eigentlich — und gefährlich — nur noch das eine, daß auch die Freizügigkeit im Arbeitsplatzwechsel beschränkt wird.

Was gesagt von diesen „Befürwortungen“ hat Herr Erhard nicht gesprochen. Er hat nur ganz einfach erklärt, es gäbe keine Zwangsbewirtschaftung und keine inflationistische Geldpolitik („keine Märfrowche!“). Wenn das keine Zwangswirtschaft ist, was man uns rät, dann wissen wir wirklich nicht mehr, was Zwangswirtschaft ist. Bleiben wir jedoch zunächst einmal bei dem „marktkonformen“ Begleitprogramm“. Herr Erhard hat einiges angedeutet. Es ist möglich, daß man Verwendungsverbote für einige wichtige Rohstoffe erlassen muß. Es könnte auch sein, daß man die Produktion bestimmter Konsumgüter beschränkt, es sei denn man Importzölle auf Rohstoffe für diese Produkte verweigert oder (und) die Betriebskredite für diese Produktion beschränkt.

Wir wollen diesen Faden zunächst nicht weiter spinnen, sondern erst am Ende dieses Aufsatzes. Vielmehr wollen wir darauf eingehen, was auch den Hauptteil der Darlegungen Erhards ausmacht. Die finanzielle Seite. Ohne es so auszudrücken, hat Erhard erklärt, nur durch Konsumverzicht und Leistungssteigerung sollen die Opfer aufgebracht werden, die Westdeutschland im Zusammenhang mit der westalliierten Aufrüstung auferlegt werden. Es scheint uns notwendig, dazu prinzipielle Bemerkungen zu machen.

Es ist bei jeder von allerorten Seite noch nicht genug formuliert worden, was man von uns erwartet. Es heißt bisher nur, daß auch wir unseren Beitrag zur europäischen Verteidigung leisten müssen. Das Erste müßte sein, daß man uns sagt, wir erwarten von Westdeutschland einen Beitrag in Höhe von 1 oder 2 oder 4 Mrd. DM. Dann würden wir zunächst wissen, woran wir wären. Das Zweite, was uns dann gesagt werden müßte, wäre, wofür wir diesen Betrag schulden hätten. Das Einfachste wäre, diesen zusätzlichen Beitrag von — sagen wir 4 Mrd. DM — der Besatzungsmacht zu überweisen, um die Kosten der sich vergrößerten Schutztruppe zu decken. Was macht aber die Besatzungsmacht mit diesem Milliarden DM? Sie kann damit nicht Tanks und Flugzeuge bezahlen, die aus den USA kommen; denn dann müßten diese Beträge transferiert werden. Das ist deuten-technisch unmöglich. Das Geld wird also größtenteils in Deutschland bleiben, und an der Befürwortung einer Vollmacht, bestimmte Aufträge als vorrangig der deutschen Industrie aufzutragen zu können, ist zu erkennen, wie man dieses Geld auslegen gedenkt.

Die Besatzungsmacht als Halber der Schutztruppen wird über diese Geld nach einem Gutdünken verfügen. Es wird darum etwas sonderbar, wenn in diesen Tagen eine Fraktion des Bundestages den Antrag stellt, die Gelder für die Besatzung sollen nicht für ... stigmatisierte Dienstmädchen, ... stigmatisierte Chauffeure und einige bundertausend andere Arbeiter bei der Besatzungsmacht verwendet werden, sondern zur Stärkung der Schutztruppe.

Also, es muß ganz klar sein, daß über das Geld, das man von uns als Lebensversicherung verlangt, allein die Schutztruppe bestimmt, die uns zu schützen hat. Die Vollmacht aber, die man der Bundesregierung wünscht, auf Aufträgen von Aufträgen und auf Beschlagsnahme

von Rohstoffbeständen muß klar umrissen sein. Es muß z. B. bevor über solche Vollmachten überhaupt gesprochen werden kann, klar gestellt werden, daß der deutschen Industrie nur Aufträge aufgelegt werden können, die nicht der Herstellung von Rüstungsmaterial dienen. Wir haben in der „Wirtschaftsrevue“ schon mehrfach eindeutig erklärt, daß das deutsche Volk eine Rüstungsindustrie nicht wünscht. Wir haben uns in der letzten Zeit in der Industrie erkundigt, und wir haben nicht bei einem einzigen Werk hören können, daß man sich Rüstungsaufträge wünsche. Im Gegenteil, jeder Generaldirektor und jeder Unternehmer, den wir fragten, erklärte, daß er nie wieder bereit wäre, ein Produkt herzustellen, das der Rüstung diene. Diese Einstellung sei ihnen im Stammbuch geschrieben, die immer meinen, die Industriellen freuten sich über Rüstungsaufträge, weil man daran so gut verdienen könne. Es sind aber nicht nur die bösen Erfahrungen (Bombardierung Demontagen und Einsparungen der möglichen Männer), es ist auch nicht der hohe Auftragsbestand, der bei den jetzt einsetzenden Materialverknappungen sowieso kaum aufrecht erhalten werden kann — nicht diese Gründe führen zu der erwähnten eindeutigen Stellungnahme der deutschen Industriellen, sondern der Wunsch, die deutsche Industrie für eine Friedensproduktion wieder aufzubauen und rationalisierungsgefallen. Die schwedische „Weltwoche“ hatte schon nicht ganz Unrecht, wenn sie vor 3 Tagen wörtlich schrieb: „Wenn die Alliierten bis vor kurzem noch glauben konnten, daß das Problem, welches ihre Positionen in Deutschland gefährdet, der wiederzunehmende deutsche Militarismus sei, so müssen sie heute erleben, daß — umgekehrt — diese Gefahr ihnen heute von deutschen Positionen her droht.“ Nicht ganz Unrecht, sagen wir, weil diese Einstellung der Deutschen ein Erfolg der fünfjährigen Kriegsjahre der Westalliierten ist.

Die wirtschaftlichen Spannungen haben nicht ab, sondern zu. Die USA sind international das Zentrum dieser Spannungen und der Unsicherheit. Man bedenke, daß die USA im Juni noch einen Ausfuhrüberschuß von 196 Mill. Dollar und im Juli einen von 63 Mill. Dollar hatten, aber im August einen Einfuhrüberschuß von 49 Mill. Dollar. Man bedenke weiter, daß die USA in der Woche vom 11. bis 18. Oktober 141 Mill. Dollar Gold und der Woche vorher einen Verlust von 20 Mill. Dollar Gold hatten. Die Goldverluste des dritten Quartals 1950 auf das Jahr um, dann ergibt sich ein Verlust von drei Milliarden Dollar Gold, rechnet man die Verluste im Oktober auf das Jahr um, dann ergeben sich 5 Mrd. Dollar Gold als Verlust. Immerhin betragen die Goldbestände der USA noch über 25 Mrd. Dollar, aber das Aufstellungsprogramm hat ja eigentlich noch gar nicht richtig begonnen. Das Gold, das in den Jahren nach 1933 in großen Strömen von Europa in die USA wanderte — was nicht zu der großen internationalen Krise führte — beginnt also

zurückzufließen. Nach klassischer Regel müßte dieser Rückfluß des Goldes gerade einer inflationistischen Tendenz entgegenwirken. Aber das Gold spielt diese Rolle heute nicht mehr.

Die Entwertung des Dollars

Man hat vielmehr ausgerechnet, daß die Kaufkraft des Dollars des Verbrauchers jetzt nur noch einen Wert von etwa 60 % des vom Januar 1929 habe. Kein Wunder, daß die Welt überhaupt, der Dollar sei zu teuer. Der Preisindex in USA, der noch Ende 1948 bei etwa 300 lag (1929 = 100) ist heute auf etwa 465 gestiegen. So wertlos Lohnforderungen in den USA unvermeidlich sein. Diese Notwendigkeit ergibt sich auch aus folgender Gegenüberstellung. Das Nationaleinkommen der USA wird für dieses Jahr auf 240 Mrd. Dollar geschätzt gegenüber 218 im Vorjahr — der Preisindex ist, wie wir sehen, im Verhältnis wesentlich stärker gestiegen.

Es ist nun auffallend, aber zu verstehen, daß die USA auf die Vorschläge, die führenden Nationen der Welt zu einer gemeinsamen Stati-

lieferung der Rohstoffpreise zu bewegen, nicht eingegangen sind. Die USA müssen eben die Rohstoffe einführen und somit auch die hohen Weltmarktpreise bezahlen. Der August brachte Rekordimporte, daher auch die erstaunliche Tatsache, daß die USA zum erstenmal seit 1937 einen Einfuhrüberschuß hatten. Im Export sind die USA noch etwas unglücklich, wie das Beispiel Baumwollseide zeigt. Hin und her gehen die Vermutungen, wie groß das zum Export frei-

Der Chinavertrag für ganz Deutschland

Eine Delegation der Ostseerepublik hat, wie wir bereits berichteten, in Peking einen Handelsvertrag unterschrieben, der auch die westdeutsche Wirtschaft einschließt. Bei der Unterzeichnung des Vertrags hat der chinesische Handelsminister ausdrücklich hervorgehoben, daß die Politik der chinesischen Volksregierung darin besteht, den Handel mit Gesamtdeutschland ausschließlich über die Organe der Deutschen Demokratischen Republik zu leiten. Damit gewinnt dieser Vertrag eine besondere Bedeutung, denn erstmalig wünscht eine Volksrepublik ihren Handel mit Westdeutschland über ostdeutsche Organe abzumachen. Es kann durchaus möglich sein, daß das Bestehen der links der Ostseerepublik anderer Volksrepubliken ebenfalls allmählich unter Einschaltung ostdeutscher Instanzen abzumachen. Auf die Dauer werden sich diese Zwänge schmelzen lassen. Der deutsche Handel mit dem Osten wird schon sehr getrieben sein. Zeit und Mühe — das sind andere Länder nicht an, um zu ihrem eigenen Nutzen auszuweichen sollte er nun gar über ostdeutsche Stellen, in unserem Falle über die Deutsch-Chinesische Handelsgesellschaft in Berlin, abgewickelt werden, so dürfen ihn noch größere Schwierigkeiten erwarten.

Der gesamtdeutsche Handel mit China erreichte im Jahre 1947 noch ein Volumen von 11.250 Mill. RM. Die Einfuhr betrug wertmäßig etwa 100 Mill. RM, die Ausfuhr 108 Mill. RM. Importiert wurden aus China für 28 Mill. RM Nahrungsmittel, für 52 Mill. RM Rohstoffe und für 9 Mill. RM Halbfabrikate, während Deutschland für 142,2 Mill. RM Fertigwaren und für 1,6 Mill. RM Halbfabrikate lieferte. Von den wichtigsten Importen sind zu nennen: Tee (14,7 Mill. RM), Ölfrüchte (6,7 Mill.), Wolle und Tierhaare (10 Mill.), Eisen und Metallwaren (14,4 Mill.). An wichtigsten Waren wurden nach China geliefert: Papier- und Papierwaren (11,4 Mill. RM), Chemikalien (12 Mill.), Eisenwaren (10 Mill.), Kraftfahrzeuge (11,1 Mill.), Maschinen (10 Mill. RM), Elektro, Erzeugnisse und Maschinen (7 Mill.), Pharmazeutika (2 Mill.). Aus Deutschland bezogen wir für 61 Mill. RM Dichtstoffe (Kupferbleche) und Lieferungen anderer farbiger Eisenwaren und feinstmehnte Erzeugnisse.

Von ostdeutscher Seite wurde schon vor einem Jahre auf die großen Möglichkeiten im Waren- und Dienstleistungsaustausch mit der chinesischen Volksrepublik hingewiesen. Es war um die Zeit als Mao-tse-tung wochenlang in Moskau über einen Wirtschaftsvertrag und über eine finanzielle Hilfe mit den Kommunisten verhandelte. China wiederum ist seine tatkraftige Hilfe von dem Auslande nicht durchzuführen. Das Land ist durch den langen Bürgerkrieg und den Krieg mit Japan wirtschaftlich vollkommen ausgeblutet, das 300 Mill. Chinesen fehlt es an Notwendigkeiten. Hier ist die Hilfe der Sowjetunion, mag sie sich noch so sehr anstrengen, nicht ausreichend. Außerdem ist Rußland kaum geneigt, seinen Wirtschaftplan und die Pläne der Volksdemokratien allseitig auf die Hilfe für China auszurichten, obwohl sich Rußland im Chinavertrag die Lieferung von Investitionsgütern und Kapitalgütern einverstanden hat. Dies wohl nur deshalb, um England und die USA von irgendwelchen Geschäften mit Mao-tse-tung fernzuhalten. Zwar hat in dem langen Kampf zwischen Rubel und Dollar in China der Dollar verloren, aber man ist, schließlich, durchaus nicht abgeneigt, ihn, wenn es irgendwie geht, anzunehmen. Denn es steht nach wie vor hoch im Kurs. Aber eine „offene Tür“ wird in China nicht mehr geduldet, weil man schließlich aus eigener Erfahrung weiß, daß wirtschaftliche Hilfe meist mit bestimmten politischen Zielen verbunden ist.

Im Jahre 1934 beschloß der damalige Reichsverband der deutschen Hotels und verwandten Betriebe auf seiner Tagung in Berlin eine deutsche Hotelschule zu gründen und wählte Heidelberg als Standort, wo die Voraussetzungen eine gedehnten Entwicklung am günstigsten schienen, einer Stadt des Fremdenverkehrs und Wissenschaft zugleich, und vor allem war entscheidend die entgegenkommende Haltung des alten Oberbürgermeisters Prof. Dr. Walz, der die propagandistische Auswirkung für die Fremdenstadt Heidelberg einer von ganz Deutschland getragenen Hotelschule erkannte, ferner der glückliche Umstand, in der Person des damaligen Handelschulrektors Wilhelm, der begeisterten Förderung für diese Schule zu gewinnen, vor allem aber war es die großartige Einstellung des badischen Staates, der nicht nur wertvolle finanzielle Hilfe durch Angliederung der Schule an die höhere Handelsschule in Heidelberg bot, sondern der auch dem Streben des Reichs nach Standeshebung und Gleichberechtigung zu anderen Erwerbsgruppen entgegenkam und den erfolgreichen Absolventen dieser Fachschule die militärische Reife verlieh.

Ohne Zweifel werden die Ostblockländer bis zu einem gewissen Grade für die Lieferung von Investitionsgütern an China eingeschaltet, denn der Wiederaufbau des Landes wird als vorrangig betrachtet. Gleichwohl versucht man auch sehr geschickt in Berlin eine „offene Tür“ für China einzurichten, die nicht ganz ohne Ansehenskraft bleiben wird. Die Absätze und Bedarfsverhältnisse der deutschen Wirtschaft sind in diesem Vertrag, so heißt es in einem Kommentar, „ebenso berücksichtigt, wie die Absätze und Bedarfsverhältnisse der Volksrepublik China. In westlichen Wirtschaftskreisen ist man sich vollkommen bewußt, daß der Handel mit der Volksrepublik China ein Mittel ist, um den besonders von den USA ausgehenden Wirtschaftskrisen und politischen Zwangsmitteln gegen den westdeutschen Export zu entgehen.“ Man wartet also nach wie vor auf eine Wirtschaftskrise in den USA, wie die Moskauer Wirtschaftsexperten Prof. Varga lange Zeit prognostizierte und als sie nicht eintrat, leise bezweifelte. Nun ist er wieder überzeugt, daß sie kommen wird.

Schon im Jahre 1935 wurde die Schule eröffnet und es ist wohl in diesem Jubiläumsjahr berechtigt, über diese Schule und ihre Entwicklung kurz zu berichten.

Der Beschluß zur Schulgründung seitens des Reichsverbandes waren Überlegungen folgender Art:

1. Die Leistungsfähigkeit der Hotels hängt mehr denn in anderen Gewerben von den willigen und beruflich gut geschulten Mitarbeitern ab, an deren fachlichem Können große Ansprüche gestellt werden. Der erste Weltkrieg hatte schon die Verbindungen und Freizügigkeit der Fachkräfte zum Auslande stark gestört, aber gerade die Auslandstätigkeit hatte in der Vorkriegszeit den deutschen Hotelangestellten in eine fahrende Bildung in der Welt gebracht und ihm die weltwägen Kenntnisse Ausbildung vermittelt, die nun in weitem Maße gewonnen war.
2. Es war auch die Zeit, da manuelle Fertigkeiten allein nicht mehr genügt, einen Betrieb zu führen, der erswerbare Wettbewerb und die schnell gewordene Rentabilitätssteigerung erforderten eine materielle kaufmännische Ausbildung. Ebenso mußte für die fremdsprachliche Ausbildung ein Ersatz für den fehlenden Auslandsaufenthalt gefunden werden.

Volkswagenmontage in Irland

Zum ersten Male gehen diese Woche zerlegte Volkswagen nach Irland, die dort im Montagewerk zusammengebaut werden. Damit bestrebt das Volkswagenwerk nach Argentinien und Brasilien ein drittes Montagewerk im Ausland.

In dieser Nummer:

- Deutschland braucht mehr Stibkstoff
- Deutsche Forschung unter Kontrolle
- Deutsche Großhilfsanlagen für Jugoslawien
- Deutschlands Rohstoffversorgung
- Joint consultation
- Türkei liquidiert Staatskapitalismus
- Jugoslawiens Außenhandel
- Osterreichs Etat-Voranschlag für 1951
- Berghausland Rumänien?

gebene Baumwollkontingente sein wird, und entsprechend reagieren die Notierungen. Auch bei Kautschuk ist die Lage unübersichtlich. Man spricht heute schon davon, daß im Frühjahr wieder Kautschuk da sein würde, weil die Buna-Produktion, wenn sie einmal angelaufen ist, so reichlich Gummi liefert, daß die industrielle Produktion mehr als reichlich versorgt werden kann. So haben wir zu diesen beiden Beispielen Baumwolle und Kautschuk gesehen, daß die Unsicherheit und das Erwerben der Dispositionen besonders von den USA ausgeht. Das westliche Welt muß auch diese Belastungen hinnehmen, bis man in den USA über die Löhne steigt. Dagegen versucht man sich in den USA der heißen anderen Mittel zu bedienen, ein weiteres Heraufziehen der Preise zu vermeiden; Kreditrestriktionen (Rediskontierung und Er-

25 Jahre Hotelfachschule in Heidelberg

Von Fritz Gähler, Heidelberg

Abseits derselben zur Lehrabschlussprüfung zugelassen wurde.

Nach 10 Jahren wurde die bisher in Personalunion des Leiters der Handelsschule geführte Hotelfachschule unter einem eigenen Direktor in einem eigenen Schulgebäude verankert. Die Reichsbürgerversammlung erwarb einige Jahre später das Schloss-Hotel in Heidelberg als Schulhotel und es wurde dort die Fachschule eine Berufsfachschule für weibliche Gehilfen angegliedert. Diese berufsvorbereitende Lehrgangsschule schuf einen neuen Schultyp in der Berufsbildung. Die Schule wurde in den Betrieb selbst verlegt und die Lehrgangsschülerinnen wurden durch alle Betriebsabteilungen durchgeführt und in theoretischer und praktischer Tätigkeit gleichmäßig im ersten Lehrjahr auf das folgende praktische Lehrjahr vorbereitet.

Der Weltkrieg brachte die üblichen Krisenjahre, mit dem Zusammenbruch wurden beide Schulgebäude beschlagnahmt und die Fortführung war nur durch Verlagerung der Schule nach Weinheim möglich. Die Fachschule ist, da der kaufmännische Gehilfenberuf zu einem Erwerbsberuf bestimmt wurde, heute nur für Gehilfen zugänglich und ist heute die allein anerkannte Gehilfenfachschule des Gewerbes. Ihr weiterer Ausbau zu einer der Meisterschulen des Handwerks entsprechenden höheren Schule mit vier Semestern ist beschlossene, die Verwirklichung dieses Beschlusses ist nahe gerückt, da gerade zum 25. Jubiläum der Schule deren Rückkehr nach Heidelberg, wenn auch zunächst in provisorischen Schulräumen erwünscht wurde. Sie eröffnet im November 1950, und wird neben dem Jahreskursen noch einen Parallelkurs führen, dessen Besuch auf zwei Winterhalbjahre sich aufteilt, so daß im darauffolgenden Sommersemester dem Schüler Verdienstmöglichkeiten in einer Saisonstelle gegeben sind.

Die Berufsfachschule der weiblichen Gehilfen bleibt vorerst in Weinheim, wo sie das Hotel Pfläzer Hof betreibt.

Dieser Querschnitt einer 25jährigen Entwicklung kann nur eine Tatsachenvermittlung sein. Der ideale Nutzen, den das Gewerbe aus diesem mit einer hohen Berufsaufzucht herausgebildeten Nachwuchs zog, ist von größter Bedeutung, anerkannt im In- und Ausland. Dafür sprach die Jubiläumstagung der „Ehemaligen“, die sich aus allen Ländern in großer Zahl zur Jubiläumstagung vereinigten.

Der badische Staat hat durch die ganzen 25 Jahre hindurch als einziges deutsches Land dieser, allen zugänglichen, wirklich sozialen Schule seine materielle Unterstützung ange-deihen lassen und damit der deutschen Gesellschaft eine wertvolle Ausbildungsgstätte gegeben, was sie Aktivisten für das „Mutterland“ wohl gebucht werden darf.

höhung der Pflichterfüllung und eine scharfe Kontrolle der Löhne und Preise. Nun verfahren wie Deutschen auch, warum diese Mittel nicht umgekehrt werden (siehe Letztartikel).

Diskontenerhöhung droht

Auch bei uns droht eine Diskontenerhöhung. Der Bundesverband der deutschen Industrie hat bereits gegen diese Pläne protestiert. Zweifellos würde eine Diskontenerhöhung die Kosten der Wirtschaft erhöhen, aber ob sie eine wirkliche Verminderung des Kreditvolumens mit sich bringen würde, wegen wir so bewirkt. Das Mittel der Diskontenerhöhung kann nur in einem Lande wirken, das einen frei funktionierenden und ausreichend versorgten Geldmarkt hat. Beides trifft für uns nicht zu. Es ist außerdem eine ganz konsequente Entwicklung, daß bei einer so gewissenhaftesten Entwicklung und Erhöhung des Exports das Kreditvolumen zu nehmen muß, und von preissteigernden Tendenzen, die nicht durch Erhöhung der Rohstoffpreise bedingt ist, kann man in Deutschland noch nichts spüren. Im Gegenteil, sind bisher große Teile der durch die Rohstoffpreiserhöhung entblenden Kostensteigerungen abgefangen worden.

Man soll auch nicht gleich mit dem Schroedwert Inflation in die Debatte treten. Die Voraussetzungen für eine solche Entwicklung sind in Deutschland nicht gegeben. Es lohnt sich nicht einmal daran zu denken. Es geht immer in der Wirtschaft — das Modell. Eine gewisse Erhöhung der Preise- und Lohnniveaus ist unvermeidbar. Warum soll ausgerechnet Deutschland in der westlichen Welt davon eine Ausnahme machen. In der ganzen Welt sind in den letzten Monaten Löhne und Preise gestiegen. Und wir gehören ja jetzt zu dieser Welt.

Eingeschränkte Marktwirtschaft

Ebenso ist die Marktwirtschaft bei uns schon lange eine Frage des Möglichen. Es handelt sich gar nicht um die grundsätzliche Frage, ob wir freie Marktwirtschaft, oder Zwangswirtschaft haben wollen oder haben müssen, sondern einzig und allein darum, welche Teile der Wirtschaft wir zu den anderen Teilen, die gar nicht in der freien Marktwirtschaft sind, noch in eine Regelung einbeziehen wollen oder müssen. Auf dem Gebiete der Wohnungen haben wir noch Zwangswirtschaft, der Geld- und Kapitalmarkt ist also anders als frei. In vielen Nahrungsmitteln gibt es festgesetzte Preise. Trotzdem werden wir von freier Marktwirtschaft, jetzt werden viele Rohstoffe knapp. Der Kohlenmangel hat schon zu einer Verminderung der Walzeisenproduktion geführt und aus Mangel an eisenschmelzenden Erzeugnissen sind in den Arbeitsstätten in Westfalen schon Anträge auf Kurzarbeit und Arbeitsentlassungen vorgelegt worden. Es handelt sich also nicht um eine grundsätzliche Frage, sondern darum: Was wollen wir tun, um die Rohstoffknappheit zu beseitigen? Es ist auch Herr Erhard klar, daß mit der ausreichenden Rohstoffversorgung keine Marktwirtschaft steht und fällt. Kurzfristig auftretende Engpässe sind kein Problem. Der Engpaß Zucker wurde überwunden, ohne eine Bewirtschaftung einführen zu müssen. Wahrscheinlich noch zu verfügbare Verwendung, z. B. in Nickel und Kupfer, können gewisse Schwierigkeiten beheben. Und wenn man uns in Zug des Abnahmeprogramms der westlichen Länder aufzufügen sollte, dann sprechen wir uns erst dann für eine Forderung aus, wenn das dazu notwendige Rohmaterial zu besorgen.

Kohlenexportquote zu hoch

Genau so werden wir über den Kohlenexport sprechen müssen, wenn es uns nicht gelingt, das augenblicklich vorhandene Kohlendefizit durch Leistungssteigerung unserer Kumpeln auszugleichen. Die von uns geforderte Exportquote von fast 7 Mill. t Kohle ist zu hoch. Verlangt man sie von uns, dann fehlt die Kohle in der deutschen Produktion. Es wäre sogar der dringendste Bedarf nicht mehr gedeckt und eine weitere Steigerung der industriellen Produktion Deutschlands wäre unmöglich, aber sowohl die USA wie die ECA erwarten eine weitere Produktionssteigerung in Deutschland und dadurch einen Beitrag der deutschen Industrie zur Verflechtung der freien Welt. Unser Inlandkohlenbedarf beträgt etwa 23 Mill. t, die Förderung etwa 27 Mill. t, also nur 4 t fehlen für den Export zur Verfügung, wobei nicht einberechnet ist, daß ja die deutsche Produktion steigen soll. Die Stagnation in der Kohlenförderung ist in den mangelnden Investitionen des Bergbaus zu suchen, die wiederum durch den Kapitalmangel verursacht ist. Um so bedauerlicher war es, daß die in der letzten ERP-Tranche für den westdeutschen Kohlenbergbau zunächst vorgesehenes Mittel im Juli d. J. gestrichelt worden.

Die kritische Devisenlage

Damit kommen wir auf ein anderes Problem: Die Devisenlage der Bundesrepublik, die, wie unsere Leser wissen, seit kurzem sehr kritisch ist. Unsere Produktion ist in den letzten Wochen stark gestiegen, ebenso unser Export. Die Rohstoffpreise haben sich erhöht, also müssen unsere Einnahmen verhältnismäßig erheblich höher sein; denn zunächst die Rohstoffe in die Produktion eingeführt und hohe Devisenbeträge dafür zur Verfügung gestellt werden und erst nach Monaten können die Ausfuhrerlöse dafür erwartet werden. Schon im Mai wurden die ERP-Mittel für Westdeutschland um 35 Mill. Dollar gekürzt. Weiter 20 Mill. Dollar gingen dadurch verloren, daß die Bundesrepublik bei der Gewährung von Zinszuschüssen nicht berücksichtigt wurde. Es kam hinzu, daß von der ECA der Bundesrepublik für die europäischen Zahlungsverbindungen keine Dollarzusagen gestellt wurden, die anderen OEC-Ländern aber weiterhin zugesagt wurde (aber trocken war uns, das Land, das z. Zt. die größten Schulden bei der europäischen Zahlungsverbindungen hat, ist Frankreich). Einige Unannehmlichkeiten verschieben sich nach und nach. Die Ausstellung von Urprüfungszeugnissen durch die betreffenden ausländischen Stellen sollte etwas korrekter gehandhabt werden. Die Häufung von Fällen, in denen z. B. amerikanische Stylen-Hersteller aus Schweden mit schwedischen Ursprungszeugnissen nach Deutschland eingeführt werden, sind auf die Dauer nicht unbedenklich.

Berlinhilfe

Kehren wir zu den Problemen zurück, mit denen wir allein fertig werden müssen, nämlich z. B. die Deckung neuer Ausgaben der Bundesregierung. Fangen wir bei den kleineren Beträgen an. Der Berliner Haushalt erfordert einen zusätzlichen Zuschußbedarf von 500 Mill. DM, über dem ursprünglich errechneten Zuschußbedarf von 327 Mill. DM. Von diesen 308 Mill. DM werden voraussichtlich 133 Mill. durch GARIOA-Mittel gedeckt, die restlichen müssen vom Bund aufgebracht werden. Darum will man

neue Mittel für das Berliner Notopfer festsetzen, etwa bei einem steuerpflichtigen Einkommen von 10 bis 300 DM für je 100 DM 0,75 DM Notopfer (gegen bisher 0,50) und so weiter gestuft nach oben. Das ist also eine neue Belastung für einen bestimmten Zweck und die Einnahmen ebenso zweckgebunden.

Trügelknaabe Kraftfahrzeug

Das gleiche kann man nun aber wirklich nicht behaupten, wenn die Bundesregierung die Belastungen, die ihr aus dem neuen Vermögensgesetz für die Kraftfahrzeuge entstanden sind, auf die Kraftfahrzeuge umlegen will. Die Bundesregierung hat, wie unsere Leser aus der Tagespresse inzwischen erfahren haben, beschlossen, zur Deckung dieser neuen Ausgaben eine Sonderbelastung von 15 Pf. auf den Liter Treibstoff zu legen und für die Benutzung der Autobahn Gebühren zu erheben. Gegen diesen Beschluß muß aus prinzipiellen Gründen scharf protestiert werden. Man kann nicht einseitig einen Wirtschaftszweig belasten für Ausgaben, die die Allgemeinheit zu tragen hat. Alle steuerlichen Lasten, die man dem Kraftfahrzeug auferlegt, müssen zweckgebunden bleiben. Die Einnahmen des Staates, die aus Sonderbelastungen des Kraftfahrzeuges bestehen, sind heute schon höher als die Ausgaben, die dem Staat durch Unterhalt, Versicherung und Neubau von Straßen entstehen, weil die Zweckgebundenheit dieser Einnahmen nicht klar und korrekt genug herausgestellt wird. Aber diese neuen Belastungen, die nicht einmal den Kraftfahrzeugen zugute kommen, sind abzulehnen. Für allgemeine Ausgaben müßten allgemeine Einnahmen geschaffen werden.

Selbstfinanzierung unerwünscht

Man ist auch in der Bundesregierung bereits dabei, diese zu finden. Das Finanzministerium scheint vorhaben, einige Steuererhöhungen rückgängig zu machen. Herr Erhard hat es in seiner Rede auf dem CDU-Parteitag bereits angedeutet. So will man die Steuererhöhungen bei nicht entnommenem Gewinn und bei den Abschreibungsmöglichkeiten des Einkommensteuergesetzes wieder beseitigen, angesichts der nicht mehr zu verantwortenden Selbstfinanzierungsquote der Industrie. Dieser Vorwurf gegen die deutsche Industrie ist geradezu grotesk. Man wirft ihr schlicht und bieder ihre Tüchtigkeit vor. Es ist der deutschen Industrie gelungen, ihre Betriebe, die ausgeblüht und demotiviert waren, wieder aufzubauen. Keinen Kapitalmarkt gab es nicht und gibt es auch heute noch nicht. Es ist geradezu ein Wunder, daß der Wiederaufbau trotzdem gelang. Wo hätte die zunehmende Zahl der Erwerbstätigen Arbeitsplätze finden sollen, wenn die Industrie sie nicht durch Selbstfinanzierung geschaffen hätte — und heute ist diese Selbstfinanzierung nicht mehr zu verantworten? Es wird doch auch der Bundesregierung nicht unbekannt sein, daß an vielen Stellen unserer deutschen Industrie bereits die Kapazität voll ausgenutzt sind. Sollten diese Kapazitäten nicht erweitert werden? Ist die Bundesregierung in der Lage, Kapital für diese notwendigen Kapazitätserweiterungen zur Verfügung zu stellen? Es sind aber nicht nur Kapazitätserweiterungen notwendig, sondern modernere Maschinen müssen angeschafft werden, die Produktion muß noch rationaler und besser werden, um im internationalen Konkurrenzkampf bestehen zu können.

Sparkommissar erwünscht

Es wäre viel richtiger, die Bundesregierung würde selbst rationierter arbeiten. Wir sind durchaus dafür, daß man endlich ein Sparkommissar einstellt und wir sind der Meinung, daß die Beträge, die das neue Vermögensgesetz erfordert, einzuspart werden können, auch wenn ein sehr hoher Prozentsatz der Bundesausgaben unverrückbar festliegt. Alle neuen Belastungen, die man in Bonn ausdehnt, müssen zu einer Erhöhung der Kosten in der Wirtschaft führen (die geplanten Belastungen des Kraftverkehrs werden die Transportkosten nicht unerheblich steigern). Dies wird sich unweigerlich in der Erhöhung der Preise ausdrücken. Es müßte sich wieder einmal, daß nicht die Wirtschaft, sondern das Finanzministerium der Preisreiber ist.

Das Augenmerk auf das Sparen im Bundeshaushalt richten, ist viel wichtiger, als, wie es Herr Erhard so stolz verkündete, das moderne Kartellgesetz der Welt zu schreiben (oder wieviel Entwurf ist das nun eigentlich). Das Sparen ist auch wichtiger als das Anstreben zu revidieren, wobei es übrigens schielbar der Bundesregierung darum geht, die stillen Reserven zu beseitigen. Das liegt auf der gleichen Linie wie die erwähnten Steuerpläne gegen die Selbstfinanzierung.

Börsen lustlos

Es kann uns nach allem nicht wundern, daß die deutschen Börsen lustlos sind. Schon in der vorigen Woche lösten die restriktiven Maßnahmen auf dem Geld- und Kapitalmarkt stärkere Geldbeschaffungsverläufe aus. Auch die angekündigten weiteren Dekartellierungsmaßnahmen von Seiten der Alliierten schwächen, insbesondere die Kurse der schweren Werte ab (insgesamt hängt das moderate Kartellgesetz der Welt mit diesen Dekartellierungsmaßnahmen zusammen). Schließlich wirkte die drohende Diskontenerhöhung einer freundlichen Tendenz entgegen. Auch am Montag dieser Woche waren alle deutschen Börsen lustlos und die Kurse nachgebend. Nur Heimatwerte konnten einigermaßen an ihren Börsen den Kursstand halten. Einige Kurse vom Montag: Stahlverein 114, Hoesch 81, Klückner 48, Mannesmann 62 1/2, Deutsche Erdöl 44, Siemens 44, AEG 24, Daimler 28, BMW 23 1/4, Heideberger Zement 110, Linde 87 1/2, Bürgers 39, Demag 84, Degussa 75 1/2.

Erster DM-Abschluß eines entflochtenen Hüftenwerks

Als erste der 35 entflochtenen Gesellschaften der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie legt die am 1. Juli 1947 aus den Vereinigten Stahlwerken ausgliederte Hüftenwerke Ruhrort-Meldersloh A.G., Duisburg, neben der RM-Schuldenbank die DM-Eröffnungsbilanz sowie den Abschluß für das erste DM-Geschäftsjahr vom 31. 8. 1948 bis 30. 8. 1949 vor. Durch den treuhänderischen Gedanken des Gesetztes Nr. 53 werden die Vereinigten Stahlwerke AG und die entflochtene Gesellschaft als Vermögens Einheit zusammengefaßt, so daß demnach für das ausgliederte Unternehmen aus dem Zeitpunkt der Geld- und Sachvermögensübernahme kein neues Eigenkapital entstehen kann. Das Umstellungsresultat wird in der DM-Eröffnungsbilanz daher mit 28,96 Mill.

Unsere Lageberichte

Rohmaterial- und Kohlenverknappung — Kapazität der Glasindustrie zu groß. Starke Nachfrage nach Holz- und Kochgeräten — Weitere Absatzsteigerung in der Textilindustrie — Brauereien in der Kostenklemme

Materialverknappung

Die Rohmaterialverknappung, die sich im südwestlichen Raum über Waldraff hinaus auf Baustoffe, Stahleisen und speziell auf fast alle Metalle erstreckt, bereitet ernsthafte Sorgen. Wenn die Blockade in der Zufuhr des Rohmaterials weiter anhält, und die Lager nicht mehr ausfüllt werden können. Wie aus einem Lagebericht der südwestdeutschen Industrie- und Handelskammer zu Hagen hervorgeht, liegen mit Rücksicht auf den Engpaß in der Rohmaterialversorgung bei den Arbeitgebern bereits vermindelnde Vorkommnisse auf bevorstehende Kurzarbeit oder Arbeitsentlassungen vor. Aus Berichten über einzelne Industriezweige geht hervor, daß der Mangel an Rohmaterial sich häufig in mehrfachen verlängerten Lieferfristen ausdrückt. Um der Schwere dieser Lage zu werden, entwickeln sich in den einzelnen betroffenen Branchen besondere Methoden. Man geht hier von dem durch die Lieferung von Material von der Gestaltung von Alternativmaterial ab. Dies läßt sich jedoch nicht immer einfach durchführen. Eine solche Handhabung würde z. T. auch aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt. Oft werden für die Materiallieferung Preisunterstützungen Materialdeckung herangezogen. Diese stellen üblich gewordenen Methode kann allerdings bei Exportartikeln nicht angewandt werden. Allgemein besteht die Tendenz, alle Geschäftsfreunde ohne Erwägung weiter zu befragen, wenn auch in verkehrtem Rahmen. Nach einer Aufstellung der südwestdeutschen Handelskammer zu Hagen sind bis Ende September im Vergleich zu Anfang des Jahres die Lieferfristen für Stahlbleche von 3 auf 10 bis 12 Monate, für Stahlstahl von 2 auf 4 bis 8 Monate, für Flachstahl von 2 auf 4 bis 6 Monate und für Messing von 1 bis 2 auf 2 bis 4 Monate und mehr gestiegen.

Die allgemeine Kohlenknappheit droht sich auf die Entwicklung der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie ungünstig auswirken. Die Produktion von Walz-Fertgütern konnte in der ersten Oktoberhälfte d. J. bereits nicht mehr den Stand des Vormonats erreichen. In Kreisen der westdeutschen Stahlindustrie hält man deshalb Überbrückungsmaßnahmen in der Kohlenversorgung der Hütten- und Stahlwerke für eine kurze Zeit dringend erforderlich. Diese müßte dann allerdings zu Lasten derjenigen Verbrauchergruppen gehen, welche noch über gewisse Kohlenvorräte verfügen.

Glasindustrie

In Kreisen der westdeutschen Glasindustrie steht man der starken Ausweitung der Kapazität der westdeutschen Glasindustrie skeptisch gegenüber. Die Kapazität dieser Industriezweige im Bundesgebiet habe nach neuesten Schätzungen etwa den Stand der Gesamtproduktion im ehemaligen Deutschen Reich erreicht. Demgegenüber seien die Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt ähnlich wie nach dem ersten Weltkrieg durch vollautomatische Produktion von Flaschen, Kolben u. a. m., insbesondere in den Vereinigten Staaten, stark besetzt. Man ist der Ansicht, daß bereits in einigen Jahren — zumal wenn der Abbau der Zellulosekräften voranzudringen sollte — eine Überkapazität in der europäischen Glasindustrie vor allem auf die nicht vollautomatisierten Werke in Westdeutschland nachteilig auswirken werde. Die Kapazität der britischen Glasindustrie sei bereits heute infolge des Entschens moderner Glasarbeiten in anderen europäischen Ländern nur noch zu 35% ausgenutzt. Auch innerhalb Westdeutschlands sei alsbald ein scharfer Konkurrenzkampf zu erwarten, nachdem nunmehr ein bedeutendes Glaswerk im Bundesgebiet sich auf die vollautomatische Herstellung von Glasbehältern eingestellt habe.

Heiz- und Kochgeräten

Bei einem Gesamtumsatz von rd. 21 Mill. DM hat die Heiz- und Kochgeräten-Industrie (HKI) im August ihren Umsatz gegenüber dem Vormonat um rd. 4 Mill. DM gesteigert. Diese Umsatzsteigerung ist im wesentlichen auf den Anstieg des Umsatzes bei den Heizgeräten zurückzuführen. Im August wurden 100.000 Heizgeräten hergestellt, während im Juli nur 80.000 gefertigt wurden.

monat um rd. 8 Mill. DM gesteigert. Diese Umsatzsteigerung ist im wesentlichen auf den Absatzsteigerung stärkeren Absatz von kollektiven Heiz- und Kochgeräten zurückzuführen. Im August sind 100.000 Heizgeräten für 21 Mill. DM (Juli: 13 Mill. DM), 40.000 Kochgeräten für 6,4 Mill. DM (Juli: 5,4 Mill. DM) und sonstige Geräte für 4,4 Mill. DM (Juli: 4,4 Mill. DM) abgesetzt. Der Export liegt bei 0,7 Mill. DM nicht wesentlich über dem Erlös des Vormonats (0,6 Mill. DM).

Trotz der überaus großen Nachfrage nach Heiz- und Kochgeräten bemüht sich die Industrie mit Erfolg, den starken Bedarf reibungslos zu decken.

Textilindustrie

Der Absatz von Textilien aller Art ist auch im September weiter gestiegen. Fast alle Betriebe verfügen über Auftragsbestände, die für mehrere Monate Beschäftigung sichern. Der Exportanteil nimmt ständig zu. In Frankreich wird der derzeitige Auftragsbestand als zu hoch und der Inlandabsatz als übernormal bezeichnet. Die verfügbaren Kapazitäten konnten voll ausgelastet werden. In vielen Fällen wurde im September die 24-Stunden-Wechselschicht eingeführt. Um dem Facharbeitermangel abzuwehren, gingen zahlreiche Betriebe dazu über, Hilfskräfte an den Spezialmaschinen einzustellen. Noch Mitte Oktober waren keine Anzeichen für eine Abschwächung der Konjunktur erkennbar.

Die Spinnereien und Webereien in Nordrhein-Westfalen waren vollbeschäftigt. Eine Steigerung des Exports verspricht besonders die Aachener Tuchindustrie. Die Vierzehn- und Kreuzler Seiden-, Samt- und Pfandwebereien nahmen ebenfalls an der allgemeinen Belebung teil. Der darniederliegende Export von Plüsch

und Samt kam verstärkt in Gang. Die Ausfuhr von Baumwollgeweben hielt in ihrer Entwicklung mit derjenigen aller übrigen Warenvergnisse wegen der hier besonders leistungsfähigen Auslandskunden noch nicht Schritt. Auch die Kapazität der Textilindustrie war voll ausgenutzt. Die Bekleidungsindustrie hatte lebhaftes Brauereien.

Brauereien

Die Brauereien haben gleichzeitig mit der Biersteuererhöhung einen Preisbeschlag von 3 DM je hl vorgenommen. Dieser Preisbeschlag sollte verhältnismäßig dadurch gedeckelt werden, daß die Bierpreisverbilligung eine Mengenkompensierung mit günstigen Wirkungen auf die fixen Kosten — die Brauereien sind sehr kapitalintensiv — verspricht. Die Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Der Sommer war hierfür zu kühl. Eine sehr intensive Werbung wird erforderlich sein, wenn Bier wirklich wieder zu einem allgemeinen Volksgetränk werden soll. In der Vorkriegszeit wurde Bier ziemlich regelmäßig das ganze Jahr hindurch getrunken, heute sind die Saisonzeiten in den heftigen Monaten viel ausgeprägter als früher. Im Winter geht der Absatz empfindlich zurück.

Verschieft werden ist die Lage für die Brauereien dadurch, daß die Rohstoffpreise hoch sind. Gute Brauereien, die im vergangenen Jahr noch 28 DM der d. Kiste, ist jetzt nur noch zu 24 DM bis 25 DM der d. zu haben; das bedeutet, daß der d. Maß nunmehr auf etwa 84 DM zu stehen kommt. Die Brauereien wünschen einen Preisdruck durch vermehrte Einfuhr von Braugeräte, Ausländische Lieferanten bieten aber kaum Geräte, sondern fast nur Mais an. Auf Mais aber liegt ein Zoll von 10 DM je dt, dadurch stellen sich die Preise für den d. Auslandsmais auf etwa 70 DM.

Schwierig ist die Lage auch auf dem Hopfenmarkt. Die Hopfenanbauer erwarten in diesem Jahr wieder ansehnliche Anträge. Sie geben deshalb der Zeitner Hopfen nicht unter 800 bis 1000 DM ab. Das ist etwa doppelt so hoch wie sonst üblich war. Das Brauereiwesen ist so in eine recht unangenehme Kostenklemme geraten.

Wir greifen auf:

Grenzen

Als die Auswirkungen des amerikanischen Staatsdeklarationsgesetzes in Deutschland bekannt wurden — in Köln Island sollen Künstler und Kaufleute und dachten über Parolenmitgliedern im allgemeinen und im besonderen nach oder auch über die Verworfenheit, etwa einmal dem Luftschutz angehört zu haben — da beiläufig die amerikanischen Stellen in der Bundesrepublik mitteilten, daß dieses Gesetz ohne Fühlungnahme mit den zuständigen amerikanischen Besatzungsbehörden erlassen worden sei. Es ist zu hoffen, daß diese Fühlungnahme nachträglich erfolgt und daß das Gesetz nach den amerikanischen Wahlen eine Milderung erfährt. Schließlich ist die frühere Parteigliederung der Deutschen, der Italiener und der Spanier bestimmt nicht das geeignete Objekt für die Austragung eines inneramerikanischen Streites. Außerdem ist anzunehmen, daß die amerikanische Demokratie genügend genug gegen totalitäre Ideen ist, gegen die sie ja schon einmal ausging, um sie zu vernichten.

Inwiefern stimmt es bedenklich, wenn die amerikanischen Gesetzgeber auch bei der Beschaffung über das Gesetz, die die Angehörigen eines besetzten Landes schwer treffen, nicht ihre höchsten Behörden in diesem Lande anhören.

Was sollen wir gar von Anwendungen einer amerikanischen Behörde in der Bundesrepublik halten, die eben in dem gleichen Ausblick den deutsch-österreichischen Reiseverkehr erschweren, ja fast zum Erliegen bringen. Diese Stelle hat ihren Sitz in Herford, also etwas entfernt vom Sitz der Höhen Kommission. Man ist beinahe geneigt anzunehmen, daß die Höhen Kommission über diese Verschärfung des deutsch-österreichischen Reiseverkehrs nicht informiert ist. Es fällt allerdings auf, daß untergeordnete amerikanische Organe die wohlgeleitete Beden malgebender Stellen durch weniger oberlegte Maßnahmen und Anordnungen dekonstruieren. Man kann nicht gut vom Zusammenschluß Europas sprechen und den Studenten, die Gruppenfähige niederreißen, applaudieren, wenn man gleichzeitig durch einen Wall von Papier die deutsch-österreichischen Grenzen fast hermetisch abschließt. Das scheint nicht ganz der angebotenen Linie zu entsprechen, abgesehen davon, daß papierne Vorhänge ebenso unbedeutend sind wie ein Stein. Wir loben aber das Verständnis der Zürcher kantonalen Polizeidirektion, die am 19. Okt. eine Mitteilung veröffentlicht, in der es u. a. heißt: „Zur Förderung des Touristenverkehrs zwischen der schweizerischen und der deutschen Grenzzone wurden neue Erleichterungen eingeführt...“

Die Materiallieferanten

Wir haben an dieser Stelle auf die Atomspionage in den USA und England hingewiesen. Wir brauchen nicht besonders zu betonen, daß es sich bei den Tätern in den meisten Fällen um Neu-Amerikaner und Neu-Engländer handelt, also um Emigranten, denen man, weil sie sich bereitwillig, gegen ihr früheres Vaterland tätig zu sein, bereitwillig das Staatsbürgerrecht verleiht. Heute verraten sie das Prinzip der neuen Vaterland. Weil sie sich um Wissenschaftler und Forscher handelt, heißt diese eine gewisse Presse, wie z. B. im Falle Fuchs, die Handlungsweise des Täters in diesem Hinblick zu beurteilen, als ob sie eine Mißhandlung zu sein, die der Welt zu schaden und noch mehr zu schaden. Und Lumpen sind dafür immer zu haben gewesen. Wie sich die Amerikaner dieser Leute bedienen, so bedienen sich ihrer auch die Russen mit dem Unterschied allerdings, daß sie diese Leute in ihren verdammten Sinnen in der Sowjetunion, wie es ihnen schwerlich gelingen, sich noch einmal kaufen zu lassen.

Der Haufe wird allmählich grösztend kostspieliges Material der Atomforschung besaßen haben, und verschiedene wird ihm bestimmt noch zellefert. Die Wachsamkeit der zuständigen alliierten Stellen scheint nicht allzu groß zu sein, trotz aller bisherigen Erfahrungen, wahrscheinlich sitzen auch an diesen Stellen „Experten“. Lesen wir was „Kontag“ über den letzten Fall berichtet. „Einer der führenden Atomwissenschaftler in Großbritannien, Prof. Brian Pontecorvo, ist während eines Ferienaufenthaltes auf dem Kontinent ver-

schwunden. Er war wegen seiner jüdischen Abstammung kurz vor dem Krieg aus Italien zuerst nach Frankreich und dann nach den Vereinigten Staaten und Canada ausgewandert. Zusammen mit seinem Lehrer Prof. Enrico Fermi, der ebenfalls emigriert war, arbeitete Pontecorvo dann in Amerika an der Entwicklung der Atombombe. Später ging er nach England, wo er naturalisiert wurde. Er war in dem bekannten Atomforschungsinstitut Harwell beschäftigt und schloß am 1. Januar einen Posten als Professor für Atomphysik an der Universität Liverpool an. Hier Pontecorvo ist mittlerweile in Moskau gelandet. In London hat man sich nachträglich erinnert, daß Herr Pontecorvo auf Besuch bei seinem Vetter, einem kommunistischen Senator, in Italien weilte. Die dringlichsten Nachrichten selbstverständlich gesteuert sind, den amerikanischen Atombomben-Vorrat nicht mehr als Sicherheitskontingente zu betrachten, daß man nunmehr prompt erklärt, die Atombombe gelte praktisch zum stillen Eisen.“ Denn man habe viel wirksamere biologische Kampfmittel, bei deren Einsatz man mit einem Schlage die halbe Bevölkerung eines Landes vernichten könne. Man könnte die Weltenerde wieder ruhig schlafen. Aber auch die Russen könnten ruhig schlafen, denn irgendein Biologe wird schon zur rechten Zeit „dechlorinieren“ werden.

Asien blickt auf Korea

Die Kämpfe in Korea sind in der Endphase. Unter der Führung der UN haben überwiegend amerikanische Soldaten die kommunistischen Nordkoreaner aus dem demokratischen Südkorea zurückgeworfen und sind über die 38. Breitengrad bis an die mandchurische Grenze vorgedrungen. Damit ist an dieser etwas gefährlicheren Grenze ein neues Spannungsfeld im Entstehen begriffen, das dadurch nicht verhindert oder weniger gefährlich wird, daß zwischen der mandchurischen Grenze und den UN-Truppen südkoreanische Einheiten gestellt werden.

Der Krieg in Korea ist also so gut wie beendet. Es war ein harter und brutaler Kampf, der auf beiden Seiten schwere Opfer forderte; viele Städte sind in Trümmernhaufen verwandelt. Ob er hier endgültig beendet ist, wird die Zeit lehren. Die Russen und die Chinesen betrachten Korea jetzt als ein amerikanisches „Flugzeugmutterschiff“. Und das in unmittelbarer Nähe wichtiger mandchurischer und sowjetischer Industriezentren gelegen, erweckt jedenfalls ein sehr unbehagliches Gefühl.

Und nun soll Korea bestmöglich wieder aufgebaut werden. Hoffentlich wird man jetzt noch das nachholen, was man ehemals nach der Besetzung Südkoreas auf viele Millionen hingeworfen und eine Änderung verlangt, z. B. sehr dringende Maßnahmen für die Verbesserung der Lage der armen Bauern und der Pächter. Als die Amerikaner jedoch das Land räumten, war viel geredet worden und nur wenig geschieden. Die südkoreanische Regierung war viel zu schwach, und den Grund- und Latifundienbesitzern gelang es, die Reformen weitgehend zu hinterziehen. Es ist aber nicht genug, daß die sehr kinderreichen koreanischen Bauern, die in geradezu unvorstellbarer Armut leben, immer Kommunisten sind, wenn sie Land verlangen. Zweifellos werden sie jedoch stets der Partei zuzugehen, die ihnen nicht nur Land verspricht, sondern auch tatsächlich erteilt. Der überwiegende Teil der südkoreanischen Bauern schwört jedenfalls nicht für die Regierung Syngman Rhee, die in den Augen der Bauern versagt hat. Ganz Asien blickt jetzt gespannt auf Korea, was dort auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet vor sich gehen wird.

Der Krieg in Korea ist gewonnen, jetzt geht es dort um den Frieden.

KARLSRUHER WIRTSCHAFTSVERLAG GmbH, Karlsruhe, Volkensstraße 35, Telefon 2584, Herausgeber und verantwortl. O. von Bazy, Karlsruhe, Zuständige Verlagsorgane: Eulenburg/Verlag, Süddeutsche Verlagsanstalt, Eulenburg/Verlag, Berlin-Charlottenburg 4, Lelinius-Str. 20, Tel. 97 00 10, Satz und Druck: Badendruck GmbH, Karlsruhe.

Deutschland braucht mehr Stickstoff

zur Erweiterung der eigenen Ernährungsbasis

Die Annahme von der Höhe Kommission in Ausführung des Washingtoner Abkommens neu festgesetzte Kapazitätsbegrenzung für die westdeutsche Stickstoffindustrie auf 455.000 t pro Jahr (vorher 490.700 t) wird in Fachkreisen für nicht ausreichend gehalten. Die von der Regierung veranlaßten Maßnahmen bezwecken die stetig zunehmende Verwendung von Stickstoff als Düngemittel in der Landwirtschaft, der nach der amtlichen Planung im Jahre 1952/53 etwa 450.000 t N erreichen soll. Im Düngejahr 1949/50 sind im Bundesgebiet 330.000 t N an die Landwirtschaft abgesetzt worden, während ein Verbrauch von etwa 460.000 t N verplant war. Von Sachverständigen der Industrie wird zur Vermeidung des durch die notwendigen Lebensmittelporporte für die Bundesrepublik ständig bestehenden Defizits in der Außenhandelsbilanz — 40% des Nahrungsmittelbedarfs müssen bis jetzt noch importiert werden — sogar ein Stickstoffverbrauch von 500.000—600.000 t N für die intensive Ertragssteigerung der deutschen Landwirtschaft für erforderlich gehalten.

Durch die erhöhte Verwendung von Stickstoffdünger könnte bei gleichzeitiger entsprechendem Einsatz von anderem Düngemittel (u. a. Phosphor-Düngemittel und Kali) nach individueller Schätzung die Getreideernte um 5 Mill. t im Werte von 1,30 Milliarden DM, die Futtermittelproduktion um 13 Mill. t im Werte von 0,25 Mrd. DM und die Milchproduktion um 4 Mill. t im Werte von 1 Mrd. DM also insgesamt um 2,50 Mrd. DM gesteigert werden. Auch damit wären die Möglichkeiten

der Produktionssteigerung der deutschen Landwirtschaft keineswegs erschöpft. Der Wert der erzielbaren Mehrerzeugung wird auf annähernd 4 Mrd. DM veranschlagt. Die Schätzung von 500.000—600.000 t N sei nicht als Überhöht anzusehen, weil der Durchschnittsverbrauch in der Bundesrepublik heute erst bei etwa 23 kg N je ha in der Landwirtschaft liegt im Vergleich zu einem Durchschnitt von 55—60 kg N je ha in Holland. Die weitgehende Erleichterung auf dem Gebiet der Stickstoffherstellung, die nach dem Washingtoner Abkommen noch zu dem sogenannten verbotenen bzw. beschränkten Produktionsbereich gehört, wird daher von der Industrie angestrebt. Man bedauert in Fachkreisen, daß auch durch das Petersberger Abkommen die Teildeutsche der Stickstoffkapazität der bedeutendsten westdeutschen Stickstoff-Fabrik, der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen, nicht abgewendet werden konnte. Man stehe nunmehr vor der Notwendigkeit, die durch die Demontage eingetretene Verluste in absehbarer Zeit wieder in der einen oder anderen Form auszugleichen.

Inbesondere wird dieser Seite auf die große Bedeutung des Haber-Bosch-Verfahrens zur Herstellung von synthetischem Stickstoff hingewiesen, das sich fast die ganze Welt zu eigen gemacht hat. Die Weltproduktion an Stickstoff betrage heute etwa 23 Mill. t N. Dabei habe sich die Erzeugung an Kohlenwasserstoffen mit rund 200.000 t N gegenüber 1903 rund verdreifacht, die Erzeugung von Chlorsulfid sei dagegen nur wenig gestiegen. Im Jahre 1939 war die bisher größte Stickstoffproduktion

in Deutschland mit etwa 200.000 t N erreicht. Davon wurden 13% exportiert. Für das Düngejahr 1950/51 (i. J. 7. 50—50. 6. 1951) rechnet man damit, daß bis zu 100.000 t Reinstickstoff für den Export verfügbar sein werden. Im ersten Halbjahr 1950 konnte das auf 30.000 t N bemessene Exportkontingent voll ausgenutzt werden. In der Bundesrepublik sind jetzt folgende Stickstoffproduzenten (Primär-, Kalk- oder Kohlenstickstoff) wieder in den Produktionsprozess eingeschaltet: das Primärstickstoffwerk Ludwigshafen, die Kalkstickstoffanlage der Leuna-Werke in Weißenhagen, das Kalkstickstoffwerk Troisdorf, eine Verarbeitungsanlage für Primärstickstoff in den Farbrwerken Höchst, das auf die Zufuhr von Primärstickstoff angewiesen ist, die Primärstickstoffwerke der Hibernia, der Ruhrchemie, der Bergbau AG Ewald-Koenig-Ludwig und der Gewerkschaft Viktor, die Kalkstickstoffanlage in Knapack sowie die Ruhrkohlen und die Union Rheinische Braunkohlen-Kraftstoff-AG in Wesseling.

In den in der Sowjetunion arbeitenden Stickstoffwerken werden dem Vorkommen nach zur Zeit rund 200.000 t N pro Jahr produziert.

Die beschlagnahmten deutschen Werte in den USA

Nach dem zum Abschluß des Geschäftsjahrs 1948 herausgegebenen Bericht des Treuhänders deutscher Werte in den USA wurden solche im Werte von insgesamt 212 Mill. Dollar beschlagnahmt, erklärte Patentanwalt Dr. Ralph Dicklage, New York, in einer Vertragsveranstaltung der America-Gesellschaft in Hamburg. Dieser Betrag schließt schwierige abzuschätzende Vermögenswerte nicht ein, wie z. B. rund 25.000 Patente, 4000 Erfindungspatente und nicht patentierte Erfindungen, 400 Warenzeichen und etwa 400.000 Copyrights. Allein letztere brachten über 1 1/2 Mill. Dollar Lizenzentnahmen seit der Beschlagnahme. Ungefähr 17 Mill. Dollar wurden allein im Geschäftsjahr 1948 vom Treuhänder als „Altwerte“ beschlagnahmt. Die noch beschlagnahmten „Altwerte“ werden auf ungefähr 35 Mill. Dollar geschätzt.

Deutsche Großkühlanlagen für Jugoslawien

140 000 Kalorien Stundenleistung

In den ersten Oktobertagen haben sechs große Güterzüge den Bahnhof Ladenburg verlassen. Der Inhalt der Wagen — die komplettesten maschinellen Ausstattungen für vier Großkühlanlagen — geht ins Ausland. Vier Schichtzüge in Jugoslawien sollen damit nach den modernsten Gesichtspunkten ausgestattet werden.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Westdeutschland und einem alten Kunden auf dem Balkan sind nach jahrelanger Zwangspause wieder aufgenommen worden. Vor einigen Wochen haben Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien stattgefunden, die zum Abschluß eines Kreditvertrages führten. Nachdem die Finanzierung von deutscher Seite sichergestellt worden konnte, wird Westdeutschland in beträchtlichem Umfang hochwertige Industrieanlagen nach Jugoslawien liefern. In der Bundesrepublik hat man mit Interesse verfolgt, daß nämlich der kroatische Botschafter, den der Präsident der Weltbank dem jugoslawischen Staatsoberhaupt und seinem Land assistierte, über die Gewährung einer großen Anleihe der Weltbank verhandelt wurde. Nach Schweizer Presseangaben kann damit gerechnet werden, daß Jugoslawien in naher Zukunft große Auslandsaufträge zur Beschaffung von Transportmitteln, Bergwerksausrüstungen, forstwirtschaftlichen Maschinen und Kraftwerkseinrichtungen vergeben wird.

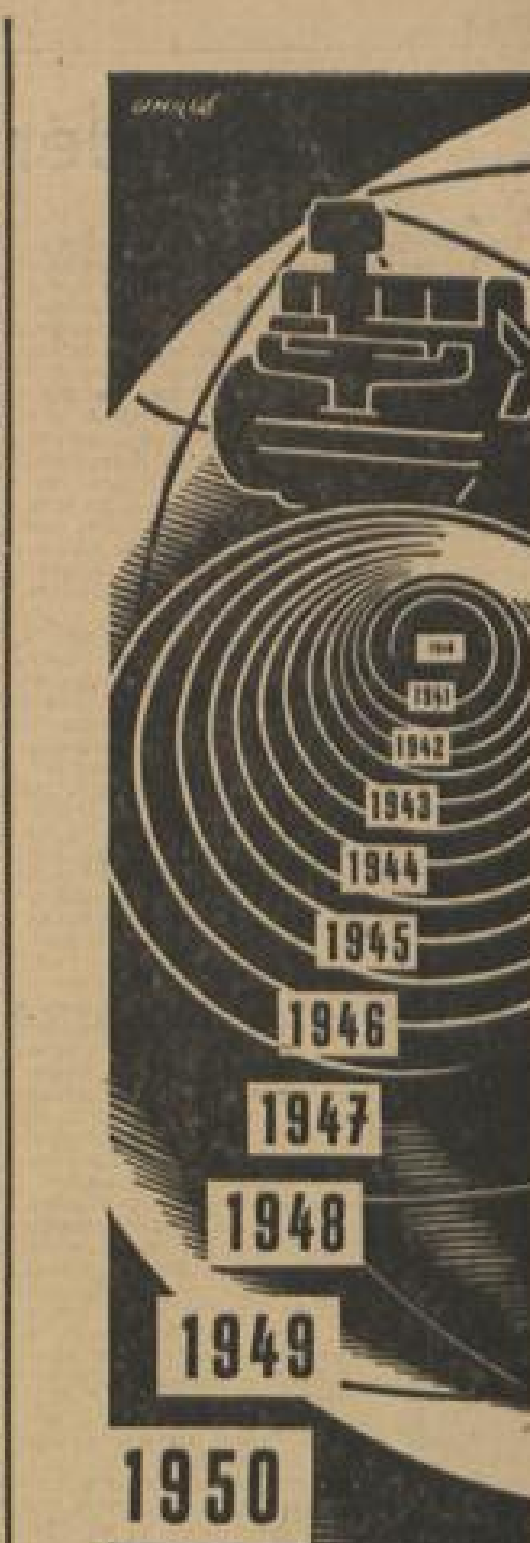
Daß das sich abzeichnende Jugoslawiengeschäft bereits greifbare Formen angenommen hat, zeigt der Auftrag der ersten beiden Maschinen der Maschinenfabrik Firma Sigmund Frigo-Therm GmbH, eine Tochtergesellschaft der Brown, Boveri & Cie AG, gegen starke ausländische Konkurrenz erteilt wurde. Die Sigmund-Frigo-Therm, deren Name im In-

Aufbesserung der privaten Renten

Am 28. 10. wird sich das Plenum des Bundestages über die Besserung der zunächst im Gegensatz zu den Sozialversicherungen voll von der Härte der Währungsinstellung betroffenen privaten Rentenversicherung beraten. Bekanntlich hat der Bundestagsausschuß „Geld und Kredit“ den Entwurf eines „Gesetzes über Leistungen aus der Währungsreform eingegangen Renten und Pensionsversicherungen“ einstimmig gebilligt. Darin ist grundsätzlich eine gestaffelte Umstellung der Renten aus privaten Versicherungsverträgen vorgesehen, wobei das Problem der privaten Zwangsversicherungen allerdings noch nicht abschließend geregelt ist. Der Weg für eine solche Lösung wird durch entsprechende Entscheidungen seitens der Bank Deutscher Länder und der Alliierten Bankkommission freigegeben worden.

Gegenüber den Einwendungen der Länder, die im Falle der Aufbesserung für zusätzliche Ausgleichsleistungen herangezogen werden müssen, hat der Verband der Lebensversicherungsunternehmen immer wieder geltend gemacht, daß die entstehenden Ansprüche sich zu 80% auf weniger als 100 Mio. Monatsrate belaufen, so daß die vorgeschlagene Regelung nur einen jährlichen Zinsaufwand von etwa 25 Mill. DM erfordert, der überdies weitgehend durch Einsparungen im Pensionsgebiet kompensiert würde.

Während mit der Zustimmung des Bundestages zu dem vorliegenden Gesetzentwurf geteilt wird, könnten sich Schwierigkeiten seitens des Bundesrats ergeben; er hat allerdings nur ein abweichendes Veto, das mit einer Zweidrittel-Mehrheit des Bundestages überstimmt werden kann. Es ist zu hoffen, daß bei den weiteren Erörterungen nicht rein fiskalische, sondern rechtliche und soziale Gesichtspunkte entscheiden, damit endlich der erste Schritt zur Wiedergutmachung des den privaten Rentenversicherern zugefügten schweren Unrechts getan wird.



Weit voraus in der Erprobung

Jahre hindurch wurde SHELL X-100 MOTOR OEL wieder und wieder mit allen Hilfsmitteln der modernen Forschung geprüft. Dank seiner vorerlebten Zusätze, der „Additives“, zeigte es sich Anforderungen gewachsen, die man vorher an ein Autoöl nicht stellen konnte.

Durch diese mehr als gründliche Erprobung wurden Erkenntnisse gesammelt, die sich nicht von heute auf morgen erwerben lassen.

Auch unter den schwersten Betriebsverhältnissen beständige in den letzten zehn Jahren die Praxis das Urteil der Wissenschaft.



Deutsche Forschung unter Kontrolle

Diesen Aufsatz entnehmen wir dem VWB, der folgenden Note voranstellt: Das Militärregierungsgesetz Nr. 23 vom 12. 5. 48 für die amerikanische und die britische Besatzungszone und die gleichartige Verordnung Nr. 234 für die französische Besatzungszone hinsichtlich der Überwachung der deutschen Forschungsarbeit haben gegenüber dem Kontrollratsgesetz Nr. 23 gewisse Erleichterungen gebracht. Dennoch wird auch die Regelung vom September 1948 noch immer seitens der wissenschaftlichen und der Industrie-Forschung als recht häufig empfunden. Sie verwehrt sehr vielen papiermäßigen Leistungen auf die Höhe angesichts der bestehenden Produktionskontrollen für kriegswichtige Stoffe als überflüssig anzusehen werden. Wie genau dem folgenden Bericht aus Kreisen der deutschen Industrie Raum, ohne uns im einzelnen mit den reduzierten Ansichten zu identifizieren.

Der Kreis der Menschen in Westdeutschland, der heute noch direkt oder indirekt unter alliierter Kontrolle arbeitet, ist in den Jahren nach dem Kriege kleiner und kleiner geworden. Diese Erleichterung in quantitativer Hinsicht darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß an den entscheidenden Punkten des wirtschaftlichen Lebens in der Bundesrepublik qualifizierte Kräfte die alliierte Aufsicht noch immer in starkem Maße zu spüren bekommen. Kontrolle bedeutet immer eine Fessel für die Betroffenen. — Freiheit eines Impuls für kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritt ist in der Vorstellungsform des westlichen Menschen war die Grundlage allen Fortschritts, die wissenschaftliche Forschung, mit der Idee der Freiheit stets unlosbar verknüpft. In der deutschen Diktaturperiode stand die Forschung im Dienste der Politik. Bildung und Ziele waren ihr vorgegeben. Heute arbeitet die deutsche wirtschaftliche Forschung unter dem Verdikt „Verbot, Minderpflicht, Berichtspflicht“.

Das gilt zum mindesten für Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Chemie. So stellt sich die Frage nach den Gründen, die für die Fortdauer der alliierten Kontrolle in der chemischen Forschung sprechen. Politische Argumente haben kein Gewicht, denn solange die

Besatzungsmächte im Lande stehen, ist es offenbar unmöglich, eine Kriegswirtschaft aufzubauen. Außerdem erbringt sich bei der bestehenden Produktionskontrolle die Aufsicht über die Forschung. Ist es der Selbstbehaltungstrieb einer einmal eingerichteten Bürokratie, die einmal übernommene Aufgabe unbegrenzt fortzuführen? Oder gibt es ein anderes Interesse, das die Fortdauer der Kontrolle zweckmäßig erscheinen läßt?

Das alliierte Gesetz unterscheidet die bereits genannten drei Kontrollstufen: Verbot, Genehmigungsbedürfnis, Berichtspflicht. Die erste Kontrolle bezieht sich auf Forschung für ausgesprochen militärische Zwecke. Dagegen hat niemand etwas einzuwenden. Es ist auch selbstverständlich, daß manche Forschung, die am Rande des Militärlandes liegt, einer Genehmigung bedarf. Hier kommt es allerdings sehr darauf an, daß man präzise, aber doch nicht zu kleinliche Normen aufstellt. Die paradoxe Tatsache, daß z. B. die Forschung für ein Arzneimittel gegen Heuschnupfen genehmigungspflichtig ist, beweist, wie schwer es ist, Kriegswissenschaften und wie leicht man den Frieden stören kann, während man sich gegen den Krieg wehrt.

Die Berichtspflicht erstreckt sich auf die große Gruppe der weder ausgesprochen kriegswichtigen noch auch nur kriegsverdächtigen Forschung. Detaillierte Angaben über die Durchführung der einzelnen Versuche sind erforderlich. Warum gibt man nicht den deutschen Forschern dieselben Befugnisse, wie man sie dem deutschen Patentamt gegeben hat? Es ist nämlich in dem Ermessen des Patentamtes gestellt, die Entscheidung zu treffen, ob eine Patentanmeldung in die Gruppe der genehmigungspflichtigen Forschung fällt und ob sie dementsprechend dem alliierten Sicherheitsamt vorzulegen ist oder nicht. Man sollte es auch der Forschung überlassen, sich über die mögliche Kriegswichtigkeit ihrer Arbeiten selbst ein Urteil zu bilden. Auf der Basis des Vertrauens sollte der deutschen Forschung im Interesse der gemeinsamen Ziele im westlichen Kulturkreis freie Bahn gegeben werden.

Berliner Brief: Die Volkszählung

Hinter der Zahlenkulisse — Eine Rekordausstellung — Auch Berlin stimmt ab Kapitalistische Geschäftsmethoden

„Es begab sich aber zu der Zeit, daß ein Gebot von dem Kaiser Augustus ausging; daß alle Welt geschätzt würde. Und jedermann ging, daß er sich schätzen ließe, ein jeglicher in seine Stadt.“ An dieser Stelle des Lukas Evangeliums wird man unwillkürlich erinnert, wenn man sich die Methoden und das Ergebnis der „Ostberwahl“ in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands betrachtet. Zwar ist Genosse Pisk kein Kaiser Augustus, aber sonst stimmt es genau. Die Komödie, die in Ostdeutschland am 15. Oktober abspielte, hatte nicht etwa ein lazes Zeltel an Stelle dessen, was manwerk, das weder einen Kreis für Ja noch einen solchen für Nein enthielt, in die Wahlurne gesteckt werden konnte. Was blieb den Wählern also zu tun? Sie drängten sich vor den Wahllokale, um „offen“ ihre Stimmen für die Kandidaten, wie in der Berliner-Ilustrierten in der Abbildung zweier Wahlplakate zu lesen stand, abzugeben, um schnell zum Gemäß des jählichen Oktoberfestes zu kommen. Man verwehrt dies bei den Ostlichen mit Wahlgebetung. Und so konnte der Berliner Rundfunk aus der medienburgischen Gemeinde Seefeh melden, daß knapp 23 Minuten nach der Eröffnung des Wahllokals die Wähler ihre Stimme hundertprozentig „offen“ für die Einheitsliste abgegeben hätten. Ähnliche Meldungen kamen auch AM der hiltischen Sondermeldungen aus dem Krieg laufend über den Ather. Sie wurden von allen Einsichtigen als das gewertet, was sie waren, als ein frummer Selbstbetrug der SED, die wahrheitsfalsch nicht an den Erfolg der Wahl glaubt, ihr „Ergebnis“ aber dann benutzen wird, die kommunistischen Gewaltmethoden mit Hilfe der erzeugten Scheinautorität weiter „legal“ zu verschleiern. Erstendlich genau war die Stimmzählung in den einzelnen Städten, mit hundertelei Prozenten. Man hätte ebensogut tausendstel Prozente errechnen können. Das Fingergeld, das schon vorher feststand, wäre dadurch nicht verändert worden. Der sowjetische Innenminister Stetschkin von der SED hat als Wahlleiter am Montag dieses Ergebnis mit

88,7% angegeben. Hatten Sie etwas anderes erwartet?

Die nettlichen Junker der wilhelminischen Zeit, die es gewohnt waren, ihre Landbesitze mit konservativen Stimmzettel unter Aufsicht zur Wahurne zu schicken, ein Verfahren, das von der Linken damals weidlich gelächelt wurde, werden noch im Grabe gelacht haben, daß man in Ostdeutschland heute wieder soweit ist, offen der SED geheime Kandidaten wählen zu lassen, und dies als eine demokratische freie Wahl zu bezeichnen. Hiß es doch schon in der Verordnung über die Wahlen zum Freilichen Abnang über die Wahlen zum Freilichen Abnang vom 20. Mai 1948: „Die für geheime Abstimmung verhält den so bedeutungsvollen Wahlakt mit einem Schleiher, unter welchem alle die Bestrebungen, welche das Licht zu scheuen haben, sich verbergen können, wegen der öffentlichen Schamgebung des Erfolgs hat, daß man die damit abgegebene Wahlstimme als das Resultat selbständiger Überzeugung betrachten kann.“ Die Kommunisten als Nachfahren der Rostener Reaktion in Preußen sind weitest ein Treppenwitz der Weltgeschichte.

Blickt man aber hinter die Kulissen des sowjetischen Wahlbeherrers in Ostdeutschland, dann sieht aus dem Wüst besatzungslosler zahlenmäßiger Angaben im Zusammenhang mit der Wahl eine Zahl deutlich heraus, an deren Bedeutung und möglichen Ausdeutung die ostdeutschen Machthaber nicht gefacht haben. Es ist die Zahl der Stimmberechtigten. Sie wird mit 12.382.000 angegeben. Im Mai des Vorjahres, bei den Wahlen zum sogenannten Volkstingred waren in der Ostzone insgesamt 12.588.000 Wahlberechtigten vorhanden. Selbsten hat man den Entnazifizierten das Wahlrecht wiederzugeben, es kamen Kriegsgefangene aus Russland zurück, kamen immer noch Umsiedler aus Polen in die Ostzone und wurden Insassen aus den Konzentrationslagern entlassen. Die Zahl der Wahlberechtigten hätte sich in den seitdem verfloßenen anderthalb Jahren normalerweise erhöhen müssen. Statt dessen ist sie um 204.000 niedriger. Auch das ist eine Abstimmung, eine Wahl. Die seit dem Mai des vorigen Jahres nach dem Westen abgewanderten aus Ostdeutschland wählten das, was in Ostdeutschland nur auf den Plakaten und in Losungen freigelegt immer wieder angekündigt wird, das Freiheit, und wir

meinen, daß diese Wahl mehr Gewicht hat, als die Komödie am 13. Oktober.

Eine kleine Arabeske im Zeitgeschichten wird von der Täglichen Rundschau geliefert, die die Abbildung eines Aufklärungslokals in Leipzig veröffentlicht, das wie in den meisten Fällen gleichzeitig als Wahllokal fungieren mußte. Es befindet sich in einem Lokal mit dem sinnigen Namen „Fisudertübchen“. Man wird in fataler Weise an die Sendungen des Berliner Rundfunks aus der Kriegszeit erinnert, in der der Sonntagvormittag der schenke vor einigen Monaten der Maschinenfabrik Firma Sigmund Frigo-Therm GmbH, eine Tochtergesellschaft der Brown, Boveri & Cie AG, gegen starke ausländische Konkurrenz erteilt wurde. Die Sigmund-Frigo-Therm, deren Name im In-

Die Parallelen zum Dritten Reich erspähen sich damit aber noch nicht. Genosse Ebert, das Oberhaupt des östlichen Stimmzettel, ließ sich am Wahlsonntag natürlich als progressiver Zielreputier staubbedeckt fotografieren wie Hitler mit wackelnder Locke beim ersten Spatenstich zum Bau der Reichsautobahn. Diese Parallelen zum Dritten Reich sind manchmal schon genugsam. Aber vielleicht war diese Aktion des an der Wahl verhinderten Ostberlin, einen „Aufbauonntag“ durchzuführen, auch eine Wahl, 80.000 Ostberliner beteiligten sich an dem Aufbau, dessen Schwerpunkt das ehemalige wilhelminische Schloß war, wo man die Trümmer der letzten Sprengungen besichtigte. Kurz vorher hatten 275.000 Ostberliner den Stammscheid ihrer Lebensmittelliste an das Schloßberger Rathaus gemacht, und damit ihrem Protest gegen die kälteren Methoden Ausdruck gegeben. Man übertrug diese beiden Zahlen auf die Ostzone, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Freiwilligkeit beim „Aufbauonntag“ in Ostberlin vielfach sehr dubios war, und man gewinnt ein anerkennendes Bild von dem wahrscheinlichen Ausgang der Wahl in Ostdeutschland, wenn diese Wahl eben eine Wahl gewesen wäre, wenn es etwas zum Wählen gegeben hätte.

Am „Wahlsonntag“ schloß die Berliner Industrieausstellung ihre Pforten. Mit 1,1 Mill. Besuchern, davon nicht weniger als 453.000 oder rund 41%, die aus dem Ostberlin oder aus Ostdeutschland gekommen waren, wurde ein Rekord aufgestellt, der alle deutschen Ausstellungen der Vor- und Nachkriegszeit in den Schatten stellt. Das amerikanische Marshallhaus hatte mit 150.000 Besuchern gleichfalls einen Rekord zu verzeichnen. Davon kamen etwa 400.000 aus Ostberlin und Ostdeutschland, die wissen wollten, wie das amerikanische Volk

lebt. Auch das war eine Wahl, aber eine freiwillige, und wenn davon noch eine beträchtliche Anzahl das amerikanische Musterhaus besuchte, um sich ein Bild davon zu machen, wie der amerikanische Durchschnittsbürger lebt, so war auch dies nicht gerade ein Kompliment für den Osten, der es nicht wagen kann, das durchschnittliche Wohn- und Lebensniveau des Sowjetlandes zu zeigen. Es handelte sich bei diesem amerikanischen Musterhaus durchaus nicht um ein unerreichtes Ideal. Es ist dem durchschnittlichen amerikanischen Arbeiter mit einem normalen Einkommen durchaus erreichbar.

Kein Wunder, daß der Erfolg der Industrieausstellung zum Fiktion der Vergrößerung der Ausstellungsfäche, ist zum Frühling eine „Grüne Woche“ vorgesehen, und es sind Verhandlungen im Gange, eine Punktausstellung auf internationaler Grundlage zu veranstalten. Der Charakter der Ausstellungen soll außerdem einen stärkeren Messecharakter bekommen mit sogenannten Käufertagen. Man ist dazu offenbar durch den Verkaufserfolg der Industrieausstellung, die eigentlich eine Leistungsschau sein sollte, anzuregen worden, der in einzelnen Industriezweigen zu verzeichnen war. Außerdem sollen die Hallen 5 und 6 für die Zwecke einer Dauerausstellung der Berliner Industrie herangezogen werden, über deren Ausgestaltung zur Zeit verhandelt wird.

Sowjetische Zeitungen sehnlich sich durch eine auffällige Anzeigenarmut aus. Anzeigen werden nach sowjetischer Meinung zur Beeinflussung der politischen Meinungsbildung in der kapitalistischen verächtlichen westlichen Presse gegeben. Die Sowjetpresse mit ihren Millionenzahlen von Zwangsbannerntzen benötigt solche Anzeigen auch nicht. Anders die Tägliche Rundschau, die seit ihrer Gründung in steigendem Maße dazu übergegangen ist, ihren Anzeigenanteil auszubauen. Offenbar genügen jedoch die Grundraster der SAG und der volkseigenen Werke nicht, die Rentabilität dieser Zeitung zu gewährleisten, und so hat man sich nach icht kapitalistischer Weise entschlossen, mit Kleinanzeigen auch die breite Masse der Leser & in Morgenpost zum Inserieren zu veranlassen. Der Text des Eigenanwerkes der Täglichen Rundschau lautet: „Mit wenig Geld zu großen Erlösen kommt man mit den Kleinanzeigen der Täglichen Rundschau.“ Bisher ist der Erfolg dieser Kampagne jedenfalls recht mager. Aber das ist nicht entscheidend. Wichtig ist, daß sich die T.R. heute der gleichen Methoden bedient, und zwar mit den gleichen Argumenten, wie es die westliche Presse, allerdings mit mehr Erfolg tut, und damit ihre politischen Grundätze verleiht.

Aus der deutschen Wirtschaft

Baden

Im Kompensationsverkehre zwischen Ostfrankreich und dem Lande Baden waren im September auf Grund der erteilten Genehmigung Importe für 1,8 Mill. und Exporte für 1,4 Mill. DM zu verzeichnen. Daraus ergibt sich bis zum 30. September ein Gesamtüberschuss von 37 Mill. DM, wovon 27,5 Mill. auf die Einfuhr und 9,5 Mill. auf die Ausfuhr entfallen. Das Clearing war somit bis zum Ende des Monats im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres um 14,2 Mill. DM ausgefallen. Diesen Zahlungsvorgängen der Kompensationsstelle der Handelskammern standen am Berichtstage Aktive in Höhe von 2,6 Mill. DM gegenüber. Der Warenverkehr bezieht sich in der Hauptsache auf kontingentierte Waren, da die liberalisierten Waren auf Grund des normalen deutsch-französischen Handelsvertrages leichter und schneller abzuwickeln sind. — In einer soeben veröffentlichten Erklärung spricht sich der Präsident des badischen Industriewirtschaftlichen Hauptverbandes Landtagsabgeordneter Emil Klava, scharf gegen eine Weiterführung des Kompensationsverkehrs zwischen Baden und Ostfrankreich aus. Dieses Abkommen sei in vergangener Zeit abzuwickeln gewesen. Heute aber, wo mit allen europäischen Staaten einschließlich Frankreich Handelsverträge abgeschlossen seien, sei ein solcher Nebenvertrieb undenkbar. Bei den diesjährigen Verhandlungen mit Frankreich habe der badische Industriewirtschaftliche Hauptverband immer wieder auf die Stärkung dieses Kompensationsvertrages hingewiesen. Auch die deutschen Vertreter, die in Bonn und Paris mit den französischen Partnern den neuen Handelsvertrag aufzustellen hatten, hätten deutlich zu erkennen gegeben, daß sie nur dann dem neuen Handelsvertrag zustimmen könnten, wenn in Zukunft dieser Vertrag mit Baden und der Pfalz unterbleibe. Dieser Forderung der Vertreter der deutschen Bauernschaft schloß sich auch das Ministerium der Ernährung und Landwirtschaft an. Trotzdem bemühte sich nun die badische Regierung, einen solchen Kompensationsvertrag abzuschließen. Es seien für Baden und die Pfalz monatlich 500.000 Dollar zur Verfügung stehen, um neben dem bereits abgeschlossenen Handelsvertrag noch mehr industrielle Waren nach Frankreich liefern zu können. Diese Ausfuhr würde jedoch zum größten Teil durch Rücklieferungen in Wein, Obst und Gemüse ausgeglichen werden. In diesem neuen Vertrag, so heißt es in der Erklärung weiter, seien nicht nur rund 6 Mill. Dollar für das Jahr bereitgestellt, sondern darüber hinaus wäre es jedem Deutscher und Franzosen, der in der 10-km-Zone wohnt, möglich, bei jeder Reise für 400 DM Waren mitzuführen. Dies würde dem Grenzschlepper Tür und Tor öffnen. Die Bauernschaft sei wohl für die Verständigung mit Frankreich und wünsche sogar, daß das Nachbarland bei den Handelsbeziehungen in jeder Weise bevorzugt werde. Die Handelspolitik müsse aber durchgängig sein und dürfe auf keinen Fall eine Zweigleisigkeit aufweisen, wie sie jetzt besteht. Es sei nun höchste Zeit, so wird in der Erklärung am Schluß betont, daß das „Loch im Westen“, wie es im ganzen Bundesgebiet genannt werde, zugemauert werde. Dann werde sich verhindern, daß Spirituosen, die dem deutschen Weinsektor wettbewerben, herbeischleppen und bis in die Nordsee hinaus weiter geschickt werden. Der badische Industriewirtschaftliche Hauptverband und mit ihm auch der deutsche Bauernverband in Bonn seien bereit, dafür einzustehen, daß im Rahmen des deutsch-französischen Handelsvertrages für die beiden angrenzenden Länder Baden und die Pfalz wegen ihrer besonderen wirtschaftlichen Lage besondere Bestimmungen vereinbart würden.

Ein Überblick über die Entwicklung im Monat September zeigt ein Abflauen der auf vielen Gebieten im August fast sprunghaft erfolgten Produktions- und Umsatzerwartungen. Diese Entwicklung vor auszusehen, da die raspe Aufwärtsentwicklung eine normale, durch die weitgehenden Krisenlage bedingte, war. Hinzu kommt, daß vielerorts auch die neu aufgetretenen Engpässe bei der Rohstoffbeschaffung eine normale Ausweitung der Produktion stark beeinträchtigen. Trotzdem sind weitere Produktionssteigerungen festzustellen, die überwiegend durch das weiterhin gut laufende Exportgeschäft veranlaßt sind. Auf dem Exportsektor wurden die Umsätze des Vormonats wesentlich überschritten. Führend ist dabei die feinermechanische und die Elektroindustrie und die Maschinen- und Apparatebau. Es folgen dann die Lederwarenindustrie und die papierverarbeitende Industrie. Die schon im Vormonat aufgetretenen Schwierigkeiten bei der Einfuhr wichtiger Rohstoffe haben an. Das gilt insbesondere für Häute und Felle, Wolle, Baumwolle. Die Textilindustrie erhielt Aufträge der Besatzungsmacht. Bei der Selbstindustrie führten die langen Lieferfristen zu Auftragsumstellungen. Rückgang ist im allgemeinen die Nahrungsmittelindustrie. Besonders bedauerlich die Produktion von Getreidemehl und noch stärker die Mineralwasserfabriken. Von den Brennstoffen wurde erhöhte Produktion gemeldet. Die Tabakindustrie erholt sich von der zur Debatte stehenden Senkung der Tabaksteuer eine Besserung ihrer Lage. Der Handel ist so gut eingedeckt, daß die von der Tabakindustrie im Hinblick auf das Weihnachtsgeschäft erwarteten umfangreichen Auftragsübernahmen nicht im erwarteten Ausmaß eintraten. Überwiegend ist auch die Holzindustrie noch gut ausgelastet, gleichfalls die keramische und auch die Glasindustrie. Die Auftragsbestände sind bei fast allen Gruppen so hoch, daß für Monate die günstige Beschäftigungslage gesichert erscheint. Der Zugang bei den Arbeitnehmern ist durch den starken Zuzug von Flüchtlingen bedingt. Die Umsätze beim Handwerk und Einzelhandel waren im allgemeinen gut bis sehr gut.

Die Maschinenfabrik Lorenz AG in Ettlingen konnte ihre Belegschaft seit der Währungsreform verdoppeln. Sie beträgt heute 850 Arbeiter und Angestellte. Der jetzt veröffentlichten DM-Ertragsbilanz und dem Abschlußbericht für die Zeit von Währungsbruch bis zum 31. 12. 49 entnehmen wir: Das AK wird von 1,75 Mill. RM im Verhältnis 1:1,4 auf 2,94 Mill. DM umgestellt. Aus dem während der Berichtszeit erzielten Gewinn von 6,03 Mill. DM kommen 4 v. H. Dividende zur Verteilung. Zum 31. 12. 49 wurden ausgewiesen: Anlagevermögen mit 2,9 Mill. DM, Umlaufvermögen mit 2,94 Mill. DM und Rücklagen mit 1,7 Mill. DM.

Der Verband des Kfz-Handels und -Gewerbes Württemberg-Baden veranstaltete in Gemeinschaft mit dem Landesverband des Kfz-Handwerks in der Zeit vom 8.—15. Nov. d. J.

in Karlsruhe erstmals eine Verkaufsmesse gebrauchter Kraftfahrzeuge, und zwar in Verbindung mit einer Zehntelwoche, einer Ausstellung fabrikneuer Motorräder neuester Bauart und einer Sonderausstellung von Rennwagen und Rennmotoren. Diese Verkaufsmesse findet in der neuen, 2400 qm großen, massiv von Karlsruhe errichteten Halle im Herzen der Stadt auf dem Festplatz statt. Hier werden die Personwagen, Motorräder, das Zubehör und die Rennfahrzeuge untergebracht, während für Lastwagen, Anhänger, Klipper und Zugmaschinen ein großes unfriedfertig freigelegtes Gelände zur Verfügung steht. Als Aussteller für Gebrauchsfahrzeuge sind Mitglieder des Kfz-Handels, -Gewerbes und -Handwerks im gesamten Bundesgebiet zugelassen. Private Verkäufer müssen ihre gebrauchten Kraftfahrzeuge in Kommission geben. An Kosten entstehen den Ausstellern lediglich die Platzmietzinsen, die sich je nach Lage für die Gesamtdauer der Messe auf 5 bis 20 DM je Fahrzeug belaufen. Genaue Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle des Kfz-Handwerks-Jungung Karlsruhe, Durlacher Allee 14.

In Kürze wird in Pforzheim, dem Zentrum der deutschen Schmuckwarenindustrie, die städtische Muster-Ausstellung in der Industrie-Halle wieder eröffnet. Diese Ausstellung unterscheidet sich insofern von den üblichen Veranstaltungen dieser Art, als den Angehörigen der ausstellenden Firmen das Betreten der Ausstellungsräume und damit auch die Besichtigung der eigenen Vitrinen streng untersagt ist. Diese zunächst kurze nimmende Vorschritt hat einen guten Grund: Der Verkaufserfolg eines Schmuckstücks hängt nämlich sehr stark davon ab, ob der Hersteller es verstanden hat, den Geschmack des Käufers zu treffen, d. h. ob es ihm gelungen ist, sich der herrschenden Mode anzupassen. Das gilt ganz besonders für die in Pforzheim in großen Mengen hergestellten Schmuckstücke kleiner und mittlerer Preislage. Jeder Fabrikant von Ringen, Armbändern und anderen Schmuckgegenständen, die guten Absatz finden, hat ein Interesse daran, seine Muster vor den Konkurrenten geheimzuhalten. Das wird in Pforzheim dadurch erreicht, daß die Ausstellung außer den Einkäufern nur zuvorkommend Angestellten einer neutralen Organisation zugänglich ist. Der Einkäufer erhält in der Muster-Ausstellung rasch und ganz unbefleht einen Überblick über die vorhandenen Muster eines bestimmten Artikels und über ihre Preise. Die städtische Pforzheimer Muster-Ausstellung wurde schon vor dem ersten Weltkrieg gegründet. In den Jahren 1925/26 wurde ein neues Ausstellungsgebäude im Zentrum der Stadt errichtet, das bei der fast vollständigen Zerstörung Pforzheims am 23. Februar 45 schwer beschädigt wurde. Der Wiederaufbau wird in Kürze beendet sein. Die neu errichtete städtische Muster-Ausstellung wird dann aufs neue die Leistungsfähigkeit der deutschen Schmuckindustrie zeigen.

Rheinland-Pfalz

Auch die Pfälzer Wirtschaft stand im Monat August ganz im Zeichen eines äußerst lebhaften Konjunkturaufschwungs. Der Produktionsindex lag im Juni bei 83,3 und im August bei 89,3. Mit 13 Milliarden DM ist der bisherige Produktionswert im laufenden Jahr um 25 % höher als im gleichen Abschnitt des vorigen Jahres. Die größte Produktionsleistung zeigen die Bau-Industrie mit 60 % und die Textil- und Bekleidungsindustrie mit 44 %. Es folgen dann die Schmelzindustrie mit 40 %, die chemische Industrie mit 40 %, die Papier- und Druckindustrie mit 37 %, die Eisen- und Metallindustrie mit 32 %, die Nahrungsmittelindustrie mit 29 %, die Glasindustrie zusammen mit Steine und Erden 21 % und die Holzverarbeitende Industrie mit 6 %. Die Sekt- und Brauereiwirtschaft konnte die Vorjahresleistung nicht erreichen. Die Produktionsleistung bestimmter Faktoren waren die gleichen wie in den anderen Ländern der Bundesrepublik. Die Konjunkturaufschwung führte im August mit 118.700 zur höchsten Beschäftigungszahl nach dem Zusammenbruch. Gemessen am Monat August 1949 haben die Beschäftigten um 13 % zugenommen.

Nach einer zwischen dem Landesverband Chemische Industrie Rheinland-Pfalz und der rheinpfälzischen Bezirksleitung der I.G. Chemie, Papier und Keramik getroffenen Vereinbarung wird der Kohlen für alle gewerblichen Arbeitnehmern der chemischen Industrie in der Pfalz von 96 Dpf. auf 102 Dpf. erhöht. Die Lohnvereinbarung tritt rückwirkend zum 1. 10. in Kraft und ist bis zum 31. 1. 1951 unkündbar.

Württemberg

Die mengenmäßig Produktion der württemberg-badischen Industrieerzeugnisse nach dem Monatsbericht des Landeswirtschaftsministeriums im September um 7,2 % zu. Die Indexzahl der arbeitsfähigen Produktion ist auf 126,4 (1936 = 100) gestiegen. Die Zunahme in der Produktion von Verbrauchsgütern war mit 15 % besonders auffällig, wobei die Schuh- und Lederwarenindustrie an erster Stelle standen. Weiterhin verschiebten die Feinmechanik und Optik, die Spiel- und Schmuckwarenindustrie und die Holzverarbeitung überdurchschnittliche Zunahmen in der Produktion. Bei den Produktionsgütern und Grundstoffen stand die Lederzeugung (+30 %) an erster Stelle, gefolgt von Glas, Ni-Metallen, Gießereierzeugnissen und Erzeugnissen der Elektrotechnik. Die Produktionsleistungen in der Industrie der Steine und Erden sanken jedoch um 2 % und bei Nahrungs- und Genussmitteln um 1 % ab. Die zunehmende Produktivität in Württemberg-Baden wird zurückgeführt auf steigende Auftragslage, die bei 600 Betrieben 23 % über den Auslieferungen lagen, insbesondere bei Webereien, Papierfabriken, dem Maschinenbau und der elektrotechnischen Industrie. Auch die Einzelhandelsumsätze haben beträchtlich zugenommen, voran die der Schuhgeschäfte. Auch bei Textilien und Möbeln wurden die Umsätze von August überfroren. Die Zahl der in der Industrie (ohne Bauindustrie) Beschäftigten stieg im September um 11.000 auf 563.000. Als Arbeitslose gemeldet sind noch 49.700. Dieser Zahl stehen 14.150 offene Stellen gegenüber. Dieses Verhältnis zeigt einseitig den Mangel an Fachkräften an, der in vielen Sparten groß ist. 1951 aber nur, sondern auch erkennen, daß nur noch ein kleiner Teil der arbeitslosen Geradenfeld voll arbeitsfähig ist. Vor allem in der Metallwaren- und elektrotechnischen Industrie hat die anhaltende Konjunktur-

lebenslage zu Fachkräftemangel geführt. Aber auch bei den exportorientierten Schmuck- und Glaswarenbetrieben ist der Mangel sehr spürbar. Der Wert der Ausfuhr Württemberg-Badens belief sich im September dieses Jahres auf 14,5 Mill. Dollar und lag damit um 10 % über dem Wert der Exporte im August. Das bisher höchste Exportergebnis vom Juni 1950 wurde um 2 % überfroren. Der Anteil der Fertigwaren an den Exportlieferungen belief sich auf über 90 %. In einem Bericht des württemberg-badischen Wirtschaftsministeriums wird erwähnt, daß auch die erneute Zunahme einer erhöhten Aktivität der Exportindustrie schließen lassen. Es bleibe jedoch abzuwarten, ob die nach der stetigen Aufwärtsentwicklung zu Beginn des Jahres im 2. Quartal eingetretene Stagnation überwunden ist. Die hohen Einzelhandelsumsätze hielten — hauptsächlich bei den Möbel-, Textil- und Schuhgeschäften — bis Mitte September an. Sie scheinen sich jetzt auf der abfallenden Linie zu befinden.

In Stuttgart konnte vor kurzem die Zeiss-Ikon AG. das Richtfest für ihre neue Werkanlage feiern. Im Frühjahr 1948 ließ sich die Firma mit dem Contessa-Kamera-Werk in Stuttgart nieder, nachdem sie ihren gesamten Besitz in der Schweiz verlassen hatte. Mit ihrer jetzigen Belegschaft von 1500 Personen konnte die Unternehmung seit 1948 dreifach produzieren, 30 % Umsatz über den Export.

Eine weitere Steigerung weisen die im August/September bei Telefonen eingesetzten Elia-Exportaufträge auf. Die Schweiz bestellte verschiedene Elia-Geräte, das folgte Portugal mit Material für elektroakustische Übertragungsanlagen und Dänemark mit einer Elia-Anlage für das große Forum in Kopenhagen. Aus Südamerika liegen Lieferaufträge von Nicaragua und Guatemala, aus Ost-europa von Polen — alles über verschiedene elektroakustische Material — vor. Eine weitere Lieferung geht, wie schon wiederholt in den letzten Monaten, an den Vatikan. Insgesamt erhielt Telefonen in den beiden Monaten 12 größere Aufträge von 12 verschiedenen Staaten. Außerdem besuchte Telefonen mehrere ausländische Messen und Ausstellungen, wobei in einigen Fällen die Beschaffung des Ausstellungsgerätes durch Telefonen erfolgte. Es wurden elektroakustische Geräte ausgestellt und im Betrieb vorgeführt: auf der Radio-Ausstellung in Kopenhagen, auf der Industrie-messe in Boch (Luxemburg), auf der Industrieausstellung in Zürich, auf der Messe in Izmir (Türkei) sowie auf den Messen in Amsterdam und Brüssel. Nach Lage der Dinge ist mit weiterhin ansehnlichem Export von Telefonen-Elektromaterial zu rechnen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Schwerverseher hat in Stuttgart ein Verkaufsbüro eröffnet, das den Verkauf von Waren, den Ankauf von Rohstoffen und die Beschaffung von Aufträgen für sämtliche Versichertenbetriebe im Bundesgebiet zentral leiten wird. Der Arbeitsgemeinschaft gehören gegenwärtig 18 Versichertenbetriebe aus allen Teilen der Bundesrepublik an.

In Stuttgart fand die erste Tagung der neu gegründeten Landesgruppe Süd des Verbandes der versichernden Kaufleute Deutschlands statt. Die bisherigen Landesgruppen Bayern und Württemberg-Baden wurde in der Landesgruppe Süd vereinigt. Zum Vorsitzenden wurde Fritz Kimmich, Stuttgart, gewählt. Ansehnlich der Geschäftsstelle: Stuttgart, Döbelstraße 23. In Anwesenheit des Präsidenten des VRKD, Herrn E. Pfaffrath, Wuppertal, wurden neben den organisatorischen Fragen die brennendsten Berufungsfragen, behandelt. Hierbei standen die Reiseversicherung, die neuen Bestimmungen über die Kraftfahrzeugversicherung und den Wunsch nach Erhöhung der Umsatzsteuerfreigrenze im Vordergrund der Erörterungen.

Hessen

Zur Vorbereitung und Durchführung der vom Verband der Fahrrad- und Motorrad-Industrie e. V. Bad Noden, geplanten internationalen Fahrrad- und Motorrad-Ausstellung vom 28. Oktober bis 4. November 1951, für die die Frankfurter Messegesellschaft das gesamte Ausstellungsgebiet zur Verfügung stellt, wurde eine Zweirad-Ausstellung GmbH gegründet und in das Frankfurter Handelsregister eingetragen.

Am 17. und 18. November 1950 veranstaltete die Versicherungsgesellschaft Biechverarbeitung (Gesellschaft zur Förderung der Forschung und zur Beratung auf den Gebieten der Biechverarbeitung und Oberflächenbehandlung) in Darmstadt eine Vortragstagung für ihre Mitglieder und Freunde. Namhafte Fachleute sprachen über Fragen der Umformung, der Verbindung und der Oberflächenbehandlung von Blechen, über Maschinen und Betriebsmittel hierzu sowie über Fragen der Forschung und der Wirtschaft. Anmeldungen werden bis zum 2. November 1950 an die Fachgesellschaft, Biechverarbeitung, Düsseldorf, Prinz-Georg-Straße 41, erbeten, von wo alle Näheres erfahren werden kann.

Bayern

Schärfste Maßnahmen zur Preisüberwachung haben in Bayern die obersten Landesbehörden angeordnet. Die Regierung macht darauf aufmerksam, daß sich auf alle nicht mehr preisgebundenen Waren die dem allgemeinen Preissturz dienenden Vorschriften (Preisausgleichs- und Preisniedrigkeitsverbot) und die allgemeinen gültigen Preisniedrigkeitsbestimmungen (Kopplungsverbot, Kettenhandelsverbot usw.) des Wirtschaftsstrafgesetzes nach wie vor Anwendung finden. Entschieden einer Weisung des Justizministeriums sollen Preisdelikte in jedem Fall ausreichend schwer bestraft werden. Verfahrensmaßnahmen wegen Gefährdung wird es, auch wenn es sich nur um Verträge gegen die Preisausgleichspflicht handelt, nicht mehr geben.

Das Gesetz über die Ausgabe von Steuergutscheinen in Bayern wurde am 18. Oktober von bayerischen Landtag verabschiedet. Falls das amerikanische Landeskommissariat nicht innerhalb von 3 Wochen von seinem Einspruchsrecht Gebrauch macht, wird das Gesetz rückwirkend vom 1. Oktober 1950 in Kraft treten und bis zum 31. März wirksam bleiben.

Die bayerische Regierung wurde am 18. Oktober vom Landtag beauftragt, alle Schritte zu unternehmen, um die Einstellung der Demontage des Oberhauses 3 der Aluminiumwerke Töging zu erreichen.

Die Löhne in der bayerischen feuerfesten Industrie wurden mit Wirkung vom 1. Oktober um 10 Dpf. (Lohngruppe 1) bzw. um 8 Dpf. (alle anderen Lohngruppen) und 4 Dpf. (Akkordarbeiter) erhöht, wie gewöhnlich zum 1. Oktober mitgeteilt wurde. Mit Wirkung vom gleichen Tage wurden sämtliche Löhne in der bayerischen Kalkindustrie um 10 Dpf. je Stunde erhöht. Im Zentralheizungs- und Lüftungsbau Bayerns (Industrie und Handwerk) wurden die Löhne ab 1. Oktober um 8 Dpf. je Stunde erhöht. Der laufende Tarifvertrag war arbeitsgeberseitig in dem Bestreben, eine neue Relation innerhalb des Lohntarifvertrages zu finden, geändert worden. Die Arbeitgeberseite hat sich, wie die Gewerkschaft weiter mitteilt, verpflichtet, bis zum 31. 3. 51 nach einem neuen Tarifvertragverbot abzuschließen. — Mit Wirkung vom 1. November 1950 erhöhen sich die Spitzenlöhne in der bayerischen Obst- und Gemüsekonserverindustrie um 15 Dpf. Rückwirkend vom 1. Oktober d. J. werden die Löhne in der Holzwarenindustrie um 5 bis 12 Dpf. im Holzverarbeitungs- und 6 bis 14 Dpf. heraufgesetzt. Über eine Erhöhung der Angestelltengehälter in der bayerischen Nahrungsmittelindustrie wird von Gewerkschaftseite zur Zeit noch verhandelt.

Die Löhne in der bayerischen Glasindustrie werden nach Einigung der Tarifpartner vom 17. Oktober mit Wirkung vom 1. Oktober 1950 wie folgt heraufgesetzt: Männer unter 22 Jahren um 10 Dpf., über 22 Jahre um 15 Dpf., Frauen um 8 Dpf. und Akkordarbeiter um 4 Dpf. pro Stunde. Die Angestelltengehälter bis 400 DM pro Monat werden um 25 DM erhöht. Auch die Lehrlingsvergütungen erfahren eine Aufbesserung. — Die Löhne in bayerischen Bauverträge wurden durch Schiedspruch vom 16. Oktober um durchschnittlich 11 Dpf. erhöht, wie die zuständige Gewerkschaft am 18. Oktober mitteilt. Das neue Lohnabkommen gilt ab 30. Oktober 1950 und läuft bis 31. März 1951. Bayern ist das einzige Land, in dem die Bauarbeiterlöhne durch den Remagener Schiedspruch nicht berührt wurden.

Gemäß dem Landtagsbeschluss vom 18. Oktober tritt das bayerische Betriebsrätegesetz am 15. November 1950 in Kraft.

Nordrhein-Westfalen

Mit Rücksicht auf den Kapitalmangel bei den Filmproduktionsgesellschaften prüft die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen seit einiger Zeit, ob eine Unterstützung notwendig und möglich erscheint. Die Prüfung ist zur Zeit noch nicht abgeschlossen. Besonders Schwierigkeiten ergeben sich aus dem Umstand, daß der Staat in keiner Weise auf die Filmproduktion Einfluß nehmen will. Daher ist die Sammlung ausreichenden Privatkapitals, das zur Übernahme der bedeutenden Risiken bereit ist, erforderlich. Die Landesregierung geht von der Forderung aus, daß der produzierte Film exportfähig sein muß.

Nach den von dem Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen soeben veröffentlichten Richtlinien zur Übernahme von Landesbürgschaften für Kredite an Wirtschaftsbetriebe sollen derartige Bürgschaften die Hergabe von neuen Investitions- und Betriebsmittelkrediten für volkswirtschaftlich wichtige Verwendungszwecke in Nordrhein-Westfalen als vertrauenswürdiges Kreditvehikel ermöglichen. Bestimmte Betriebsmittelkredite sollen Unternehmen, denen die infolge Krieges und Währungsänderungen ausreichende Sicherheiten nicht stellen können, die arbeitslos, nicht voll arbeitsfähige Kräfte oder Flüchtlinge einstellen und Exporte durchführen können. Nach Möglichkeit sollen sich die bankmäßig gesicherten Kreditmittel zu den lediglich landesverbürgten Kreditmitteln innerbürgschaftlich der im Haushalt vorgesehenen Gesamtbürgschaftssumme etwas im Verhältnis 30 zu 40 verhalten.

In den ersten neun Monaten d. J. hat sich die Zahl der Insolvenzen im Regierungsbezirk Aachen im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum im Vorjahr nahezu verdreifacht. Im Jahre 1949 wurden im Regierungsbezirk Aachen 13 insolvente Betriebe verzeichnet. Während 1948 fünf eingetragene Firmen nicht zahlungsfähig waren, gegenüberstanden, ist das Verhältnis im laufenden Jahr ausgefallen. Der unverhältnismäßig hohe Anteil handelsrechtlich eingetragener Unternehmen an den Insolvenzen in diesem Jahr läßt nach Ansicht der IHK Aachen die Notwendigkeit erkennen, bei der Prüfung der Zahlungsfähigkeit von Firmen noch strengere Maßstäbe anzulegen und über die Höhe des Betriebskapitals hinaus auch die Liquidität der Betriebsmittel zu prüfen.

Auf dem Kruppgebäude in Essen, auf dem früher noch 88.500 Personen beschäftigt wurden, sind heute noch etwa 13.500 tätig, von denen wahrscheinlich noch 1000 bis 2000 freigestellt werden müssen. Durch neu angesiedelte Firmen werden etwa 5000 Arbeitskräfte zusätzlich Beschäftigung finden, so daß damit auf dem Kruppgebäude insgesamt rund 16.500 Personen beschäftigt werden dürfen. Die Bemühungen der Essener Industrie-Förderungsgesellschaft führten bisher zum Abschluß von Mietverträgen mit 20 Firmen, die ihre Produktionsstätten auf dem Kruppgebäude errichten wollen. Verhandlungen mit weiteren Firmen sind noch im Gange. Auf dem Kruppgebäude werden vornehmlich der Maschinen- und Apparatebau, die Metall-, Kautschuk- und Glasindustrie, Elektro-, Textil- und Bekleidungsindustrie sowie die Spielwarenindustrie usw. vertreten sein. Der Schwerpunkt der neu angesiedelten Firmen wird im Bereich der Leichtindustrie liegen. Für Essen ist es jedoch sehr wichtig, auch den vorhandenen Metall-, Fach- und Hilfsarbeiten Arbeit zu verschaffen. Um dies im Zuge der Ansiedlung neuer Betriebe auf dem Kruppgebäude zu berücksichtigen, erscheint es nach Ansicht der Industrie- und Handelskammer zu Essen geboten, hierfür einen konstruktiven Gesamtplan aufzustellen, der eine gesunde Branchenentwicklung gewährleistet.

Unter der Bezeichnung „Kaufmännisches Berufsbildungswerk Köln“ ist unter Vorsitz der Industrie- und Handelskammer und unter Mitwirkung verschiedener Wirtschaftsorganisationen und der Gewerkschaften eine Arbeitsgemeinschaft gebildet worden. Das Ziel hat, die Leistungen des kaufmännischen Nachwuchses durch geeignete Unterrichtsveranstaltungen zu steigern.

Von den Kölnener Fordwerken beschlossen Ausschüttung einer Leistungsprämie von rund 400.000 DM tritt an die Stelle einer Lohnsteigerung. Sie wird, gestützt nach dem Stundenlohn, etwa 70 bis 90 DM je Belegschaftsmitglied betragen. Wie die Verwaltung

der Fordwerke mitteilt, hat sie sich von dem Gedanken leiten lassen, daß das Interesse der Belegschaftsangehörigen an einer einmaligen Leistungsprämie größer als an einer Erhöhung des Grundlohnes sei. Ein gleichmäßig ausgedehnter Betrag setze die Belegschaft eher in den Stand, eine größere Anschaffung zu machen. Der Leistungsprämie müßten die sozialen Leistungen der Fordwerke hinzugeordnet werden, die in den abgelaufenen neun Monaten dieses Jahres je Kopf der Belegschaft bereits 940 DM ausmachten. Außerdem habe das Werk für jedes sechste Belegschaftsmitglied eine Wohnung gebaut.

Die Geschäftsanteile des Herrn Elvenich wurden durch Herrn Fenne und Herrn Kolbe übernommen, und die Gesellschaft wird nunmehr unter der Firmenbezeichnung Bauunternehmung Kurt Fenne, GmbH, Gladbeck i. W., weitergeführt. In der wirtschaftlichen Struktur des Unternehmens ist keine Änderung eingetreten.

Am 27. und 28. Oktober findet in Düsseldorf eine Tagung der Geschäftsleiter aller öffentlichen Bauparkassen im Bundesgebiet statt.

Hansestädte

Eine von statistischen Landesamt durchgeführte Erhebung der Arbeitsplätze-Kapazität der bremischen Industrie zeigt, daß im August dieses Jahres die in Bremen zur Verfügung stehenden 70.000 Arbeitsplätze lediglich zu 72 % ausgenutzt sind. Voll ausgenutzt sind im einzelnen lediglich die Arbeitsplätze der Eisen- und Stahlindustrie, der Feinmechanik, der Ledererzeugung, der Mineralölindustrie und der Textilindustrie. In der Fahrzeugindustrie, Druckindustrie, Milchverarbeitung und der Industrie der Steine und Erden waren die Arbeitsplätze zu 80 bis 90 % ausgelastet. In die Gruppe der Industriezweige mit einer Arbeitsausnutzung zwischen 50 und 60 % fallen die Bekleidungsindustrie, die Tabakindustrie, Eisenstahl- und Blechwaren, die Holzverarbeitung, Brauereien, Elektroindustrie, Spiritusindustrie sowie der Schiffbau (61,3 %), unter 30 % der Arbeitsplätze waren belegt bei der Feinmechanik und Optik, Chemie, Stahl- und Eisenindustrie und der Kunststoffe- und Kunststoffindustrie. Der Produktionswert der bremischen Industrie überstieg im August um 11 Mill. DM erstmalig die 100-Mill.-DM-Grenze.

Den bremischen Werften liegen auf Grund der Freigabe des Exportschiffbaues bisher acht ausländische Neubaufträge vor, teilte Senatpräsident Kallen am 19. Oktober offiziell der Bremer Bürgerschaft in einem Bericht über die Lage des Schiffbaues mit. Davon entfallen drei Aufträge für Frachtschiffe über 10.000 BRT auf die Bremer Vulkan-Werft und fünf Aufträge, davon drei französische und zwei norwegische, für Schiffe zwischen 3000 und 10.000 BRT auf die anderen beiden Bremer Werften: Vulkanwerft und Seebock. Während die ausländischen Aufträge verhältnismäßig leicht zu erreichen waren, würde auch den ausländischen Auftraggebern die Finanzierung gewisse Schwierigkeiten bereiten, erklärte Senatpräsident Kallen weiter. Neben gewissen Engpässen in der Lieferung von Stahl mache sich bereits ein gewisser Mangel an Schiffbauern bemerkbar. Es wäre deshalb notwendig, so erklärte Senatpräsident Kallen weiter, daß Bremen seine alten Pläne der Schaffung einer eigenen Mischfabrik wieder ausgrabe. Die Beschäftigten der deutschen Werften, die die eigenen Werften durch ausländische Aufträge überlastet werden würden, sind für diese Aufträge bei einer weiteren Lockerung der Bestimmungen annehmen könnten, scheinen begründet. Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, müsse eine Erweiterung der Werfkapazität im Auge gefaßt werden, wozu in Bremen in erster Linie die Freigabe der demontierten AG-Werft für den Schiffbau gehören würde.

Die Zahl der Arbeitslosen in Hamburg erhöhte sich in der ersten Oktoberhälfte um 780 Arbeitsuchende auf 83.288.

Der überwiegende Teil der im Hamburger Einzelhandel Beschäftigten wird über Tarif bezahlt. Diese Feststellung ist das Ergebnis einer Umfrage, die zur Widerlegung der von der Gewerkschaft aufgestellten Behauptung, zahlreiche Betriebe würden nur die Mindestgehälter zahlen, angestellt wurde. Bei den Mittel- und Großbetrieben werden im Durchschnitt 61 % über Tarif bezahlt. Bei 4 % der Betriebe werden die Tariflöhne um 8 bis 10 % und bei 37 % um 14 % überschritten.

Ostzone

Der Leiter der zentralen Finanzdirektion der Ostzone bestätigte die Höhe der Steuerrückstände in der Zone auf einer vertraulichen Sitzung aller Finanzämter der Finanzschule Königswinterhausen auf 375 Mill. Ostmark. Die Privatunternehmer müßten steuerlich schärfer als bisher angefaßt werden.

Der Kontenstand im Interzonenhandel weist nach Mitteilung der Treuhänder in Berlin gegenwärtig für das Konto A eine Schuld der Sowjetzone von 12,9 Mill. Verrechnungseinheiten (VE) und für das Konto B eine Schuld von 263.000 VE auf. Gegenüber der Bundeszone hat die Sowjetzone noch Verpflichtungen in Höhe von 15 bis 14 Mill. VE und für Waren auf Grund alter Bestellungen solche in Höhe von 30 Mill. VE. Die Gesamtschuld der Sowjetzone beträgt somit rund 60 Mill. VE. An Leistungen sind über Konto A 163 Mill. in westlicher und 193 Mill. in sowjetischer Richtung gebucht worden, über Konto B rund 41 Mill. VE in beiden Richtungen. An Ausschreibungen stellen noch 10 Mill. aus alten und 80 Mill. aus neuen, insgesamt 140 Mill. VE offen. Wenn diese Beträge ausgenutzt würden, wäre das alte Frankfurter Abkommen erfüllt. In diesen Zahlen sind die Kohlenlieferungen nicht enthalten. Die Entwicklung wird in letzter Zeit insofern kritisch beurteilt, als allein von Ende September bis zum 18. Oktober ein Anwachsen der Schuld der Sowjetzone um 4 Mill. VE zu beobachten war. Nach Angaben der Berliner Treuhänder hat die Lieferfähigkeit der Sowjetzone in letzter Zeit stark nachgelassen, was auch vom Ausland bestätigt wird.

Die Leipziger Messe im Frühjahr 1951 findet als Marktmesse und Technische Messe vom 4. bis 11. März statt. An ihr werden sich 800 Aussteller beteiligen, in 14 Messehallen der Innentisch und 11 Hallen der Messefläche eine Messefläche von etwa 145.000 qm in Anspruch nehmen. Die Leipziger Messe im Frühjahr umfaßt 81 Branchengruppen beschlossen Ausschüttung einer Leistungsprämie von rund 400.000 DM tritt an die Stelle einer Lohnsteigerung. Sie wird, gestützt nach dem Stundenlohn, etwa 70 bis 90 DM je Belegschaftsmitglied betragen. Wie die Verwaltung

„Joint consultation“

Die Mitbestimmung in der englischen Industrie

Angesichts der Frage des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer, die in Westdeutschland bisher nur in einem einzigen Land (Hessen) gesetzlich geregelt ist, die aber ebenfalls auf Bundesebene geregelt werden soll, dürfte ein kurzer Abriss der Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern in England von Interesse sein. Wie es häufig im englischen Leben gibt, es herrscht gewöhnlich Vorurteil, es gibt kein von Parlament kodifiziertes Recht der Arbeitnehmer, an der Betriebsleitung teilzunehmen. Dennoch ist eine weitverbreitete Praxis davon, was man auf englisch „joint consultation“ nennt, entstanden und im Aufbau begriffen. Unser englischer Li-Korrespondent stellt uns hierüber die folgenden Ausführungen zur Verfügung.

Der Grad der Anteilnahme der Arbeiter an den Belangen des Betriebes ist teilweise in jeder englischen Firma verschieden. In manchen Betrieben gibt es seit Jahrzehnten diese Art der gemeinsamen Besprechung, andere haben sie erst im Laufe dieses Jahrhunderts kennen gelernt. „Joint consultation“, wie man es auch „joint decision“ nennt, ist eine weitverbreitete Praxis davon, was man auf englisch „joint consultation“ nennt, entstanden und im Aufbau begriffen. Unser englischer Li-Korrespondent stellt uns hierüber die folgenden Ausführungen zur Verfügung.

Die Aufgabe eines solchen Ausschusses (joint consultative committee) ist, alle Fragen, die das Werk und das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft angeht, frei zu besprechen, auszuschließen sind gewerkschaftliche Fragen, also vornehmlich Löhne, Arbeitszeiten und -bedingungen. Ein solcher Ausschuss ist kein Betriebsrat im englischen Sinne. Die Wirksamkeit des Ausschusses hängt in hohem Maße von der Tätigkeit und der Initiative der Mitglieder, sowie von dem Vertrauen der beiden Seiten zueinander ab. So befassen sich die Ausschüsse mit der Qualität und der Quantität der Mitarbeiter in den Werkstätten, mit den Arbeitsverhältnissen am Arbeitsplatz und im Werk ganz allgemein, mit Hygienemaßnahmen und Gesundheitsmaßnahmen, insbesondere auch mit der Unfallverhütung. Weitere Fragen, die besprochen werden, sind die Erhöhung der Produktion im einzelnen und allgemeinen, Pünktlichkeit und Abwesenheit. Auch Werksveranstaltungen, wie Sport, Vortrags, Musikabende, aber auch Familienprobleme werden beraten.

Unter Mitwirkung des Bundes wurde im Jahre 1934 — auf freiwilliger Grundlage — eine Organisation geschaffen, die dem einzelnen Verband und dem einzelnen Unternehmer zwar gewisse Opfer auferlegte, ihnen aber auch gewisse Sicherungen bot, die sich im großen und ganzen bewährt haben. Diese Vereinbarungen mitsamt dem entsprechenden Charakter, der sie kennzeichnet. Infolge von mehrmaligen Änderungen, Ende 1931 ab, sind sie in dieser Art nicht erneuert worden. Inzwischen schlägt der Bundesrat des Eidgenössischen Kantons vor, die in der bewährten Organisation enthaltenen Grundgedanken zu übernehmen und ihnen in Form eines referendumsfähigen Bundesbeschlusses Rechtskraft zu verleihen. Es wird in der sechsten hierzu veröffentlichten Botschaft daran erinnert, daß der Uhrenindustrie die heutige Ordnung nicht etwa gegen ihren Willen auferlegt worden ist. Der Bund habe erst auf ausdrückliches Verlangen der interessierten Kreise, sowohl der Arbeitnehmer als der Arbeitgeber, eingegriffen. Von einer „geordneten“ Wirtschaft könne man also kaum sprechen. Es gebe keine allgemeine Regelung der Produktion, es gebe weder einen Drei- noch einen Fünfjahresplan, der die gesamte Erzeugung an Uhren oder deren Qualität von vorangegangenen Bedürfnisänderungen abhängig mache. Es sei den einzelnen Betrieben weder von den Behörden noch von den Verbänden ein Produktionskontingent auferlegt worden. Man könne in der Uhrenindustrie kein Merkantil, dem gemäß jedem Exporteur seine Absatzmärkte zugewiesen würden, noch auch eine „Auflösung“ der Kundenhaft wie in manchen anderen Wirtschaftszweigen. In der technischen Entwicklung sei die Uhrenindustrie nicht gehemmt. Es bestünden zwingende Gründe, die heutige Ordnung auf lange Zeit beizubehalten, weil sonst die früheren Schwierigkeiten bald wieder zutage treten würden.

Die wichtigste Funktion des ganzen Ausschussens ist jedoch die Information der Arbeiterschaft über die Pläne und Maßnahmen der Betriebsleitung. Hilfen werden erklärt, die Aufträge und der Kundendienst wird dem Arbeiter nahe gebracht, die Bestellungen besprochen und im großen und ganzen das Verständnis und die Loyalität zum Betriebe geweckt und gefördert. Andererseits ist der Ausschuss ein wertvolles Organ, die Unternehmenseite über die Rechte und Sorgen der Arbeiterschaft auf dem laufenden zu halten.

Es darf nun nicht angenommen werden, daß die Einrichtung eines solchen Ausschusses ein Mittel des Unternehmers sei, die Arbeiter ruhig zu halten; sehr häufig ist der Wunsch nach einem solchen Ausschuss von der Arbeitnehmerschaft ausgegangen. Es ist ein Versuch unter vielen, die Arbeitsleistung nicht mehr als käuf-

liche und verkäufliche Ware anzusehen, sondern den Arbeiter als Menschen zu behandeln. Wiederum sind sich viele Kreise der englischen Arbeiterschaft klar darüber, daß die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung die Hochhaltung der Produktion erfordert.

„Joint consultation“ ist aber nur ein Abschnitt aus den Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in England. Daneben bestehen die Gewerkschaften, die hauptsächlich Fragen des Lohnes und der Arbeitsbedingungen behandeln. Diese sind heute eine Sache des Verhandels und, wenn Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen, eine Sache der Schlichtungsbehörde. Diese sind im Kriege obligatorisch geworden und sind es auch geblieben. So ist der Streik heute in England

illegal. Die häufigen kleinen Streiks sind „unfreiwillig“, d. h. sie werden nicht von den Gewerkschaften unterstützt.

Neben diesen beiden Hauptfeldern der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern, gibt es in England noch viele Einzelbestrebungen. Die Mitglieder der Co-Partnership Association sind Firmen, die ihre Arbeiter am Gewinn und auch am Aktienbesitz beteiligen, und die sehr oft auch andere wichtige Rechte der Mitbestimmung einräumen. Die liberale Partei strebt die Beteiligung der Arbeiterschaft am Besitz und an den Funktionen des Unternehmens an (Co-ownership). Bedenken gibt es die Einrichtung der Lohnausschüsse (Wages Councils), die vom Arbeitsminister in solchen Industriezweigen eingesetzt werden können, wo die Zahl der Firmen sehr groß ist, und wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer schlecht organisiert sind. Diese Lohnausschüsse befassen sich mit der Festsetzung der Löhne und der Arbeitsbedingungen in diesen Industrien. Alle diese Bestrebungen und Einrichtungen sind

umrahmt und werden unterstützt von der stetig wachsenden Bedeutung der Rolle des „Personnel Managers“, der beiden Seiten Arbeitgeber und Freund in den Fragen der gegenseitigen Beziehungen ist.

Wie man sieht, ist das Gebiet der arbeitsrechtlichen Beziehungen in England — wie es so häufig in dem Inselreich der Fall ist — nicht vom Staat organisiert und reguliert, sondern in seiner Mannigfaltigkeit organisch aus vielen freiwilligen Bestrebungen erwachsen. Was es an Einheitlichkeit enthält, wird voll aufgewogen durch die Anpassungsfähigkeit an die Eigenheiten und Bedingungen in den einzelnen Industriezweigen.

Hohes Aktivum des unsichtbaren britischen Handels

Im ersten Halbjahr 1950 hat Großbritannien im Handel einen Überschub von 32 Mill. Pfund Sterling erzielt, meldet das Schatzamt. Dies ist das beste Resultat seit der Vorkriegszeit. Während der sichtbare Handel in der Berichtzeit ein Defizit von 108 Mill. Pfund Sterling erlitt, zeigte die Einnahmen aus dem unsichtbaren Handel (Schiffahrt-, Zins- und Versicherungseinnahmen) einen Überschub von 140 Millionen Pfund Sterling. In der gleichen Zeit des Jahres 1949 hatte der unsichtbare Handel nur 100 Mill. Pfund Sterling gebracht. Im ersten Halbjahr 1950 sind die Gold- und Dollarreserven Großbritanniens um 202 Mill. Pfund Sterling angewachsen.

Preisobergrenze für Zeitungspapier

Das britische Handelsamt gab bekannt, daß mit Wirkung vom 23. Oktober 1950 die Standard-

Preise für Zeitungsdrukpapier bei Verkäufen an die britische Presse um 4% Pfund Sterling je Tonne erhöht werden. In der Ankündigung wurde darauf hingewiesen, daß das Zeitungsdrukpapier aus der Inlandsproduktion noch immer billiger sei, als das aus Übersee zur späteren Lieferung bezogene. Die Preisobergrenze sei durch die erhöhten Kosten für Holzschliff usw. notwendig geworden.

Die Preise für Zeitungsdrukpapier in Kanada werden von verschiedenen Gesellschaften erhöht. So gab die Abbott Power and Paper Company eine Preisobergrenze mit Wirkung vom 1. November 1950 um 10 kan. Dollar je Tonne an. Auch die Powell River Company kündigte eine Preisobergrenze um über 15 kan. Dollar je Tonne an.

Energielieferung Norwegen—Dänemark gescheitert

Die Pläne, elektrische Energie von Norwegen nach Dänemark zu exportieren, sind jetzt endgültig aufgegeben worden, schreibt die Oslove „Norges Handels- og Skifartstidning“. Von unterrichteter Seite erklärt man, daß die allgemeinwirtschaftliche Lage und mit den damit in Zusammenhang stehenden Verträgenungen der Investitionsfähigen Berechnungen illusorisch gemacht haben, so daß beide Länder sich aufzuerhalten gesehen haben, den Plänen der Energielieferung tatsächlich näherzutreten. Die schwedische Regierung hatte bereits dem Legen von Leitungen durch Westschweden zugestimmt.

Organisation der Schweizer Uhrenindustrie

soll gesetzlich gesichert werden

Die wirtschaftliche Bedeutung der schweizerischen Uhrenindustrie geht daraus hervor, daß sie rund 3000 Arbeiter beschäftigt und daß ungefähr 95 Prozent ihrer Erzeugnisse ins Ausland gehen. Der Anteil der Uhrenindustrie an gesamten schweizerischen Export machte zeitweise 33 Prozent aus; er beträgt heute noch 30 Prozent. In der Krise zu Beginn der Dreißigerjahre bestand es etwa wie ein Kampf aller gegen alle in der Schweizer Uhrenindustrie, wodurch auch die Landesinteressen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Es drohte überdies die Abwanderung von Teilen der Industrie ins Ausland, womit der schweizerischen Volkswirtschaft blühender Schaden zugefügt worden wäre.

Durch Bundesbescheid soll das Bewilligungsverfahren, wie es heute gehandhabt wird, im wesentlichen beibehalten werden. Dem Bewilligungsverfahren unterstellt werden sollen vor allem der Verkauf von Uhren zum Zwecke der Ausfuhr, die Ausfuhr selbst, sowie der Verkauf ins Ausland von Rohwerken und von Uhrenbestandteilen, von Spezialwerkzeugen zur Herstellung von Rohwerken und von Uhrenbestandteilen.

Sache des Bundesrates ist es, die Organe für die Handhabung dieser Bewilligungspflicht und die Voraussetzungen für die Bewilligung der Ausfuhr zu beschreiben.

Unter Mitwirkung des Bundes wurde im Jahre 1934 — auf freiwilliger Grundlage — eine Organisation geschaffen, die dem einzelnen Verband und dem einzelnen Unternehmer zwar gewisse Opfer auferlegte, ihnen aber auch gewisse Sicherungen bot, die sich im großen und ganzen bewährt haben. Diese Vereinbarungen mitsamt dem entsprechenden Charakter, der sie kennzeichnet. Infolge von mehrmaligen Änderungen, Ende 1931 ab, sind sie in dieser Art nicht erneuert worden. Inzwischen schlägt der Bundesrat des Eidgenössischen Kantons vor, die in der bewährten Organisation enthaltenen Grundgedanken zu übernehmen und ihnen in Form eines referendumsfähigen Bundesbeschlusses Rechtskraft zu verleihen. Es wird in der sechsten hierzu veröffentlichten Botschaft daran erinnert, daß der Uhrenindustrie die heutige Ordnung nicht etwa gegen ihren Willen auferlegt worden ist. Der Bund habe erst auf ausdrückliches Verlangen der interessierten Kreise, sowohl der Arbeitnehmer als der Arbeitgeber, eingegriffen. Von einer „geordneten“ Wirtschaft könne man also kaum sprechen. Es gebe keine allgemeine Regelung der Produktion, es gebe weder einen Drei- noch einen Fünfjahresplan, der die gesamte Erzeugung an Uhren oder deren Qualität von vorangegangenen Bedürfnisänderungen abhängig mache. Es sei den einzelnen Betrieben weder von den Behörden noch von den Verbänden ein Produktionskontingent auferlegt worden. Man könne in der Uhrenindustrie kein Merkantil, dem gemäß jedem Exporteur seine Absatzmärkte zugewiesen würden, noch auch eine „Auflösung“ der Kundenhaft wie in manchen anderen Wirtschaftszweigen. In der technischen Entwicklung sei die Uhrenindustrie nicht gehemmt. Es bestünden zwingende Gründe, die heutige Ordnung auf lange Zeit beizubehalten, weil sonst die früheren Schwierigkeiten bald wieder zutage treten würden.

Ferner soll der Bundesrat die Bewilligungspflicht einführen können für die Eröffnung neuer Betriebe, für die Erhöhung der Arbeiterzahl und für die Umgestaltung und Vergrößerung bestehender Betriebe. Die Erteilung der Bewilligung soll nur erfolgen unter Berücksichtigung der Gesamtsituation der schweizerischen Uhrenindustrie. Eine parteiliche beratende Kommission soll die Gesuche begutachten. Der Bundesrat ist des weitern berechtigt, Maßnahmen zur Ordnung der Heimarbeit in der Uhrenindustrie zu ergreifen. Die von den Verbänden vereinbarten Mindestpreise und Verkaufsbedingungen können für alle Unternehmen obligatorisch erklärt werden. Um den sozialen Frieden zu erhalten, haben die Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer eine Vereinbarung geschlossen, die zugleich mit dem Bundesbescheid in Kraft tritt. Sie legt den beiden Parteien die Friedenspflicht für sich gegenseitig von genau bestimmten Punkten an sozialen und arbeitsrechtlichen Gebiet.

Die wichtigste Funktion des ganzen Ausschussens ist jedoch die Information der Arbeiterschaft über die Pläne und Maßnahmen der Betriebsleitung. Hilfen werden erklärt, die Aufträge und der Kundendienst wird dem Arbeiter nahe gebracht, die Bestellungen besprochen und im großen und ganzen das Verständnis und die Loyalität zum Betriebe geweckt und gefördert. Andererseits ist der Ausschuss ein wertvolles Organ, die Unternehmenseite über die Rechte und Sorgen der Arbeiterschaft auf dem laufenden zu halten.

Es darf nun nicht angenommen werden, daß die Einrichtung eines solchen Ausschusses ein Mittel des Unternehmers sei, die Arbeiter ruhig zu halten; sehr häufig ist der Wunsch nach einem solchen Ausschuss von der Arbeitnehmerschaft ausgegangen. Es ist ein Versuch unter vielen, die Arbeitsleistung nicht mehr als käuf-

Schwedens Währungsreserven steigen

In der zweiten Oktoberwoche hat die Schwedische Reichsbank ihren Bestand an Devisen erneut um 44,7 Mill. ökr. vergrößern können. Die günstige Exportentwicklung beginnt sich jetzt mehr und mehr geltend zu machen. Der größte Teil des Devisenzuflusses ist aus europäischen Ländern gekommen. Seit Anfang September haben sich die Geldreserven der Reichsbank von 306,4 Mill. ökr. auf 409,3 Mill. ökr. und die Devisenreserven von 845 Mill. ökr. auf 877 Mill. ökr. erhöht. Damit verfügt das Institut gegenwärtig über insgesamt 1346 Mill. ökr. Währungsreserven. Dazu kommen 25,8 Mill. ökr. sonstige ausländische Guthaben, welche sich zur Hauptsache aus Ziehungsrechten zusammensetzen.

Schwedens Währungsreserven steigen

nutze mache, schreibt Außenhandelsrat Leif Beitz von dem Außenministerium in der Zeitschrift des Großhandelsverbandes „Svevika Handel“. Selbst wenn einzelne Marshall-Länder nicht in der Lage sein sollten, das gesteckte Ziel in der Liberalisierung der Einfuhr zu erfüllen, sollte dies für Schweden möglich sein, heißt es weiter. Es könne sich indessen als notwendig erweisen, innerhalb der OEEC-Länder eine Aufteilung des Umfangs der Liberalisierung zu vereinbaren.

Preisobergrenze für Zeitungspapier

Das britische Handelsamt gab bekannt, daß mit Wirkung vom 23. Oktober 1950 die Standard-

Kapitalsteuer

Das schwedische Wertpapiergeschäft mit dem Ausland schließt im dritten Quartal mit 1,88 Millionen ökr. Kapitalexport ab. Die Klüfte von Wertpapieren ins Ausland beliefen sich auf 13,4 Mill. ökr. (darunter 11,97 Mill. ökr. schwedische Papiere), während die Verkäufe nach dem Ausland 10,71 Mill. ökr. (3,80 Mill. ökr. schwedische Papiere) ausmachten. Der größere Teil der Klüfte wurde in Großbritannien (4,81 Mill. ökr.) und in den Niederlanden (3,76 Mill. ökr.) getätigt, während sich die Verkäufe hauptsächlich nach den Niederlanden (3,77 Mill. ökr.) und Norwegen (2,06 Mill. ökr.) richteten.

Neue staatliche Hypothekendarlehen

Die Kungäliert Sveriges Statshypotekekassa (Staatshypothekenkasse des Königreichs Schweden) hat eine neue Anleihe zu 3,25 % mit 32 Jahren Laufzeit aufgelegt. Eine Fixierung des Anleihebetrags ist nicht erfolgt, dies wird vielmehr je nach dem Bedarf auf dem Markt getätigt werden. Erste mittelfristige Forderungen auf die Anleihe wurden zu partielliert. Gegenüber den früheren Anleihen der Staatshypothekenkasse von 1945, 1946, 1948 und 1949 zu 3 % und 4 % Jahren Laufzeit sind die Bedingungen der Emission jetzt verschärft worden.

Höhere Preise bei staatlichen Holzauktionen

An einer Reihe staatlicher Holzauktionen in Schweden in den letzten zwei Wochen sind die Preise z. T. sensationell gestiegen. So wurde z. B. in Falun ein durchschnittlicher Preis von 32,87 ökr. per cbm erzielt gegenüber nur 23,76 ökr. per cbm im vorigen Jahr. Für kleinere Posten stellten die Notierungen sich bereits auf 44,40 ökr. per cbm. Trotz dieser hohen Preise sind die angebotenen Posten Holz auf sämtlichen Auktionen glatt verkauft worden.

Schwedisch-polnischer Handelsvertrag

Zu dem seit dem 23. September in Warschau geführten schwedisch-polnischen Verhandlungen teilte das schwedische Außenministerium mit, daß in dieser Woche mit einer Entscheidung über den neuen schwedischen Handelsvertrag mit Polen gerechnet werden kann. Der geltende Vertrag läuft am 31. Oktober ab. Sekretär Zander von der Schwedischen Reichsbank hat nach Einholung neuer Instruktionen in Stockholm seinen nach Warschau zurückgekehrt.

Türkei liquidiert Staatskapitalismus

Die im Frühjahr 1950 aus Romer gelangte liberale türkische Regierung ist dabei, das Erbe der Vergangenheit zu liquidieren. Dieses Erbe umfaßt u. a. auch die aus der Zeit des diktatorischen Systems der Türkei stammenden staatlichen Aktiengesellschaften. Unser Istanbuler Li-Korrespondent schildert die sich hieraus ergebenden Probleme.

Von gewisser Seite wurde angeregt, die dem Staat zuzurechnenden Verkaufserlöse aus dem früheren Staatsunternehmern für die Entwicklung der türkischen Landwirtschaft zu verwenden. Es wird oft darüber klage geführt, daß die Landwirtschaft in der Türkei zugunsten der Industrie stiefmütterlich behandelt wird. Die Geschäftswelt weiß diese Anregung zur Verwendung der Gelder ablehnend zurück.

Die Frage, was mit dem Geldern geschehen wird, die durch die Liquidierung der Staatsunternehmungen zugunsten privater Unternehmer an den türkischen Staat fallen werden, beschäftigt weite Kreise der türkischen Öffentlichkeit. Seitens der türkischen Regierung liegen ganz klare Äußerungen hierzu noch nicht vor. Im Augenblick jedoch, da der Entschluß gefaßt wurde, die staatlichen Fabriken zu liquidieren, legt man Wert auf die Feststellung, daß alles unternommen werden müsse, damit das Kapital, das in diesen Unternehmungen investiert ist, nicht einfach verschwindet.

Die Kapitalien sind weiterhin der Industrie zur Verfügung gestellt werden müssen. Man argumentiert, daß, da der Staat neue Industrieunternehmungen ja nicht mehr gründen werde, der Ertrag an Steuern bzw. die hieraus resultierende Ersparnis, ja der Landwirtschaft zugute kommen könnten. Würde aber auch der Verkaufserlös aus dem Staatsunternehmern in die landwirtschaftlichen Organisationen gesteckt werden, dann würde die türkische Industrie, die ohnehin bereits geschwächt ist, weil in den letzten Jahren Modernisierungen und Neuanfertigungen kaum möglich gewesen seien, sich weiter auf der absehbaren Linie bewegen.

Bei dem Übergang der Unternehmen aus Staatsbesitz in Privatbesitz müsse hinsichtlich der Zahlungsbedingungen, sei es in bar, sei es auf Ziel (Kredit) Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage des Landes genommen werden.

Als elementar die Unternehmung von Staat übernommen oder zum Teil auch gegründet wurden, sind die Kapitalien hierfür zum Teil durch Steuern, zum Teil auch durch Staatsverschuldungen aufgebracht worden. Ein großer Teil der Gelder wurde also im „Zwangungsverfahren“ beschafft.

Die Zwangsverpflichtung hat dann dazu geführt, daß Kapitalien bzw. deren Gegenwert geschaffen wurden, die heute ein Teil des türkischen Nationalvermögens sind. Die Liquidierung der Staatsvermögen dürfte, — so argumentiert man — nicht dazu führen, daß das Nationalvermögen als solches der Liquidierung verfallen. In Regierungskreisen wird demnach gefordert, daß die aus Privatbesitz stammenden Verkaufserlöse für die Staatsunternehmen nicht als Budgeterlöse verzeichnet werden, was für die Regierung eventuell den Reiz hätte, infolge großer Flüssigkeit in eine Steuererhöhung zu denken und auf diesem Wege die Wähler für sich einzunehmen. Ein solches Vorgehen könne einer Verschlechterung des Kapitals gleich, das, — wie man auch über das autoritäre diktatorische Regime denken möge —, in den letzten 20 Jahren unzusammenhängend war. Ein derartiges Vorgehen würde außerdem dazu führen, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck aufkommen könnte, den Wert des Geldes zu unterschätzen, und daß damit jeglicher Sparwille im Volke erstickt werden könnte.

Jugoslawiens Außenhandel

Jugoslawien hat dieser Tage an die USA ein offizielles Gesuch um Gewährung einer Anleihe in Höhe von 100 Mill. Dollar gerichtet, um mit diesem Geld Leihmittel einzukaufen zu können; denn Jugoslawiens Erhaltungslage ist kritisch.

Jugoslawiens Außenhandel

Seit Ende 1948 steht die jugoslawische Handelspolitik unter dem Zwang, für den Ausfall der Handelsverbindungen mit der Sowjetunion und des Kominformstaates Ersatz zu schaffen. Diese Aufgabe ist schwierig, konnte aber bisher nach dem von jugoslawischer Seite vorliegenden allerdings nicht genügend durch statistische Angaben bekräftigten Beobachtungen gelöst werden. In den Jahren 1947 und 1948 gingen 43,1% bzw. 48,9% der jugoslawischen Ausfuhr nach der Sowjetunion und den Kominformstaaten, während 11,8% bzw. 13,3% der Einfuhr von diesen Handelspartnern bestanden wurden. Jugoslawien erhielt von ihnen den größten Teil seines Brennstoffbedarfs, in erster Linie Erdöl und dessen Derivate, den gesamten benötigten Koks, S. der Baumwolle, bis 1/2 des Wollematerials sowie zahlreiche Rohstoffe und Halbfabrikate für den Verbrauch der heimischen Industrie. Die für die Investitionen des Fünfjahresplans bestimmten Einfuhrgüter stammten bis zu 90% aus den Ostblockstaaten.

Trotz des Abbruchs der wirtschaftlichen Beziehungen seitens der Oststaaten ist es nach den Erklärungen der jugoslawischen Stellen gelungen, 1949 die gesamte Einfuhr auf dem Stande von 1948 zu erhalten, deren Höhe nahezu dem Vorkriegsniveau entsprach. Dies ist durch Ausnutzung eigener Reserven und durch Ausgestaltung der Handelsbeziehungen zu anderen Staaten erreicht worden. Die Einräumung von Handels- und sonstigen Krediten, die Ende 1949 vereinbart wurden, können sich erst im laufenden Jahre auswirken. Im Jahre 1949 stand Jugoslawien mit 46 Ländern im Warenaustausch, davon mit 24 auf Grund vertraglich geregelter Beziehungen. Anfang 1949 wurden Handelsverträge mit Indien und Pakistan, Ägypten und Israel abgeschlossen, im Mai 49 Abkommen mit Frankreich, das eine verläufliche Regelung der Frage des verstaatlichten französischen Besitzes in Jugoslawien und der Lieferungen französischer Investitionsgüter enthält. Auch die bestehenden Abkommen mit Belgien, Dänemark und den Niederlanden wurden verlängert und erweitert.

Von besonderer Bedeutung war die Unterzeichnung eines fünfjährigen Abkommens mit Großbritannien, das einen Warenaustausch im Wert von 150 Mill. Pfund Sterling und die Gewährung eines mittelfristigen Kredits von 9 Mill. Pfund Sterling sowie die Gewährung von kurzfristigen Krediten vorsieht. Ein Abkommen mit Westdeutschland, das den Umfang des Warenaustausches zwischen den beiden Ländern verdoppelte, und einem im November 1949 zustande gekommenen Vertrag mit Österreich folgten im Laufe dieses Jahres Verträge mit Argentinien, Uruguay, Paraguay, Mexiko, Brasilien und Peru; in den letzten Monaten wurden neue Verträge mit Westdeutschland und Schweden abgeschlossen und schließlich die Gewährung eines Kredits von 147 Mill. DM vorstehendes Abkommen mit Westdeutschland, auf Grund dessen — unabhängig vom Handelsvertrag — die Bundesrepublik Industriearbeitsplätze, Jugoslawien hingegen Kupfer, Antimon, Bauxit, Leptinguren, Mehl, Weizen, Hafer und Roggen liefern wird.

Unter den Ländern, mit denen ein verstärkter Warenaustausch Jugoslawiens erzielt wurde, sind die USA zu nennen. Deren Ausfuhr nach Jugoslawien stieg nach amerikanischen Angaben von rd. 8 Mill. im Jahre 1948 auf 20,8 Mill. Dollar im Jahre 1949, die Einfuhr aus Jugosla-

Neue tschechische Außenhandelsverträge

Das tschechoslowakische Außenhandelsministerium beschloß die Gründung einer Gesellschaft für die Ein- und Ausfuhr von Fräsiemitteln, einer Gesellschaft für die Ein- und Ausfuhr von Erzeugnissen der Schwerindustrie mit der Zentrale in Prag und einer Gesellschaft für die Ein- und Ausfuhr von Fahrzeugen und Erzeugnissen der Leichtmetallindustrie. Die Gesellschaften für Fräsiemittel und für die Schwerindustrie werden, wie ADN aus Prag berichtet, am 1. Januar 1951 ihre Tätigkeit aufnehmen.



„Die Krawatte und Hut zum Anzug des Mannes stehen sich, so muß auch der Schuh mit Überlegung ausgewählt werden. Schuhe sind gerade in unserer Zeit sehr wichtig, da man oft den ganzen Tag auf den Beinen ist. Im persönlichen Leben bedeutet ein solches Schuhwerk, das nicht nur schön und bequem ist, sondern auch die Gesundheit des Mannes schützt.“

Dorndorf
Qualität

„Wieder steht es widerum klar, es widerum klar?“ ... über diesen Schuh-Liedchen singt in Bonn. Die ersten drei Liedchen sind von DORNDOFF. Schokolade zum Besten von DORNDOFF. Schokolade, Schokolade, Schokolade.

Osterreichs Eilatvoranschlag 1951: 12,5 Milliarden Schilling

Die Vorarbeiten für den österreichischen Bundeshaushalt 1951 sind abgeschlossen. Durch verlebte 200 Mill. Schilling Lebensmittelsubventionen und dem Mehraufwand als Folge des 4. Lohn-Preisabkommens erhöht sich der Staatshaushalt um 1,25 Mrd. S und wird im ordentlichen Budget Bruttoausgaben von 11,3 Mrd. S (1950: 9,6 Mrd. S) und Investitionen in der Höhe von 9,3 Mrd. S (1950: 1,08 Mrd. S) zusammen rund 12,5 Mrd. S umfassen. Es ist dies die höchste Summe von Staatsausgaben, die Österreich jemals verzeichnet hat. In der ersten Republik betrug das Budget jährlich durchschnittlich 2 Milliarden Schilling. Die derzeitige Höhe des Budgets zeigt nicht nur die Wertminderung des Schillings, sondern die gewaltige Steigerung der Kosten des Staatsapparates.

Neue Außenhandelsstellen

Die österreichische Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft hat in folgenden Ländern neue Außenhandelsstellen zu errichten beschlossen: Ägypten, Bulgarien, Italien (Mailand), Norwegen, Portugal und Rumänien. Z. T. bestanden dort bereits stromatische Korrespondenzen und Außenstellen, die jetzt durch hauptsächlich neue Außenhandelsstellen ersetzt werden. Vorbereitet werden überdies neue Außenhandelsstellen in Kanada, Südafrika, der Türkei und Pakistan, während in weiteren Staaten, wo bereits Außenhandelsstellen bestehen, zusätzliche Zweigstellen eingerichtet werden sollen. z. B. bereits in Italien (Bom und Mailand), USA (Chicago und San Francisco).

Erfolge auf der Agrar-Messe

Hinsichtlich der Erteilung von Aufträgen der Geschäftsbüros und der sich später noch realisierenden Anfragen war die Agrar-Messe ein Erfolg für die österreichische Wirtschaft, erklärte der Generalsekretär der österreichischen Bundeshandelskammer, Dr. Korinek. Besondere Beachtung verdient die Tatsache, daß erstmalig im Rahmen der österreichisch-jugoslawischen Messe-Kommission auch der Verkauf österreichischer Konsumgüter zugelassen wurde. Sie konnten rasch abgesetzt werden. Besonders stark gekauft und gefragt wurden bei den österreichischen Ausstellern Maschinen für die Holz- und Zigaretten-Industrie sowie für die Papier-, die Schmelz- und Bekleidungsindustrie. Die Erzeuger von Werkzeugmaschinen konnten wegen Devisenschwierigkeiten nicht alle Absatzmöglichkeiten in Jugoslawien ausnutzen. Großes Interesse fanden ferner elektrotechnische Geräte.

Fast 50prozentige Erhöhung der auf Goldkronen basierenden Zölle

Ein Erlass des österreichischen Finanzministeriums sieht eine fast 50%ige Erhöhung der auf Goldkronen basierenden österreichischen Zölle mit Wirkung vom November vor. Diese Maßnahme ist darauf zurückzuführen, daß durch die Neufestsetzung des Schillingkurses der Gold-Kaufaufpreis der Nationalbank auf 23 233 Schilling für 1 Kilogramm Feingold erhöht wurde (bisher 15 394 Schilling) und dadurch auch eine Erhöhung des Umsatzsteuersatzes der Goldkronen zum Schilling notwendig wurde. Die Goldkronen sind jetzt mit 2 99 Schilling bewertet gegenüber bisher nur 4,68 Schilling. Von dieser Neuregelung werden alle im Zollbereich stehenden Waren am 1. November 1950 nicht erfaßten Zollpositionen und die Listen der

rechtmäßigen Zollsätze, sofern sie auf Goldkronen basieren, betroffen. In österreichischen Außenhandelskreisen wird diese neue Zollregelung als untragbar bezeichnet, weil sie zu einer Verteuerung der Importwaren und damit auch zu einer Erweberung des österreichischen Außenhandels führt.

Weitere 600 Mill. Schill. aus ERP-Mitteln

Weitere 600 Mill. Schilling erwartet Österreich etwa im Mitte Oktober aus dem ERP-Sonderkonto für das Investitionsprogramm 1950, wurde in Wien bekannt. Inzwischen hat man sich auch über die Aufteilung der kürzlich freigegebenen 1200 Mill. Schilling aus dem Sonderkonto geeinigt. Etwa 1/4 der Summe soll die verstaatlichte Industrie erhalten, während die übrigen 3/4, also rund 900 Mill. Schilling, der Privatwirtschaft für Investitionszwecke zur Verfügung gestellt werden sollen.

Einfuhr von USA-Waren wesentlich vermindert

Wie aus einem Bericht des amerikanischen Handelsministeriums hervorgeht, zählt Österreich zu jenen ERP-Ländern, die im Zuge der Bemühungen zum Ausgleich der Handelsbilanz mit dem USA die Einfuhr amerikanischer Waren wesentlich vermindert und gleichzeitig den Export eigener Güter steigern konnten. Im Laufe des Monats Juli 1950 betrug der Dollarwert der von Österreich aus dem USA importierten Waren von 12,7 Mill. auf 3,9.

Im allgemeinen ging der Import amerikanischer Waren nach den ERP-Ländern vom Juli 1949 bis Juli 1950 von 204,1 auf 167,5 Mill. Dollar zurück. Gleichzeitig stieg die Einfuhr europäischer Waren nach den USA von 96,0 auf 91,3 Mill. Verglichen mit dem Durchschnitt des Vorjahres, in dem die USA Güter im Wert von 324,3 Mill. nach ERP-Ländern lieferten und nur solche im Wert von 79,2 Mill. von diesen importierten, erreichten diese Ziffern noch eindrucksvoller (Das eindrucksvollste Beispiel der Verminderung amerikanischer Importe liefert Westdeutschland, dessen Gütereinfuhr eine wertmäßige Verminderung von 57,2 auf 29,1 Mill. Dollar aufweist, während die Ausfuhr nach dem USA fast verdoppelt wurde).

Das Ansteigen der europäischen Exportziffern ist vor allem auf die erhöhte Ausfuhr von Eisenerz und -blecken, Autos, synthetischen Fasern, Schmelzprodukten, Glas- und Keramikwaren, Kunststoffe und Kohlen-erzeugnissen nach den USA zurückzuführen. Der Ausgleich der Handelsbilanz mit den USA steht deshalb im Vordergrund aller Bestrebungen zur Liberalisierung der europäischen Wirtschaft, da die ERP-Länder durch vermehrten Export nach Amerika die zum Einkauf wichtiger und nur in Dollarländern erhältlicher Rohstoffe die nötigen Dollarsmittel erwerben können.

Holzexporte erreichen Höchststand

Die Ausfuhr an gesägtem Nadelholz aus Österreich belief sich im August auf 13 245 Waggon, und erreichte damit einen Nachkriegsrekord. Somit belaufen sich die gesamten Verschiffungen seit Beginn des Jahres auf 34 635 Waggon, davon gingen 48,1% nach Italien, 21,8% nach Triest und 11,8% nach den Niederlanden. Die Bedeutung des Holzes für die österreichische Wirtschaft ergibt sich daraus, daß innerhalb der Gesamtexporte Österreichs 18,3% auf Holz entfallen.

Bergbau Rumänien!

Die „Neue Volkzeitung“, Dortmund, ließ sich vor einiger Zeit in einem Eigenbericht aus Bukarest melden, daß die Regierung der rumänischen Volksrepublik im laufenden Jahr für die Entwicklung der Buntmetallproduktion die in Händen der 1949 gegründeten Metallurgen „Bala Mare“ liegt 3 Mrd. Lei zur Verfügung gestellt hat. Nach diesem Bericht besitzt Rumänien beträchtliche Vorkommen von Kupfer, Zink und Blei, deren Abbau zur Zeit des kapitalistischen Regimes „völlig vernachlässigt“ wurde. Wie üblich werden dem einige Prozentanteile für die außerordentliche Steigerung der Buntmetallproduktion im Jahre 1949 gegen das Jahr 1948 genannt. So ist die Kupferproduktion um 223,2%, die Bleiproduktion um 144,1% und die Zinkproduktion um 121,1% gestiegen. Bemerkenswert ist die minutiöse Genauigkeit in den Prozentangaben, die sich sogar auf Zehntelprozent erstreckt. Was hinter diesen Angaben steckt, läßt sich leicht erkennen, wenn man berücksichtigt, daß Rumänien 1949 etwa 1000 t Kupfer gewann, die rund 7% des inneren Verbrauchs entsprachen. Die Bleierzzeugung belief sich auf 4500 t und deckte damit 80% des Inlandsbedarfs. Die Zinkproduktion von 3700 t genügt, um den Bedarf Rumaniens an diesem Metall zu befriedigen. Berücksichtigt man die Kriegszahlen, so erscheinen die prozentualen Prozentzahlen, die für das Jahr 1949 gegeben werden, in einem merkwürdigen Licht.

Was die Veranschlagung des Bergbaus unter dem kapitalistischen Regime anbelangt, ist darauf hinzuweisen, daß der Gesamtwert der bergbaulichen Produktion von 5,5 Mrd. Lei im Jahre 1931 sich bis zum Jahre 1938 auf 10,7 Mrd. Lei erhöhen konnte. Drückt man diese Zahlen in Prozenten aus, so ergibt sich, daß der Wert von 100 im Jahre 1931 bereits auf 203 für 1931 und weiter auf 440 für 1938 stiegen konnte. In dieser Produktion ist natürlich auch die Erdölförderung Rumaniens enthalten, die in der Eigenmeldung der „Neuen Volkzeitung“ keine Erwähnung findet. Gerade auf die Erdölförderung entfiel in der Vergangenheit wertmäßig aber der größte Anteil.

Welche Bodenrichte und in welchem Umfang besitzt nun Rumänien, die die Investierung einer für den Bergbau und eine Entwicklung nicht gerade überwältigenden Summe von 3 Mrd. Lei rechtfertigen? Der rumänische Bergbau geht teilweise auf die Römer zurück und wurde im Mittelalter vielfach durch deutsche Bergleute betrieben. Wenn man von Kredit absieht, ist die Gewinnung eines einzigen Minerals vor dem Krieg erheblich gewesen. Erst in den letzten Jahrzehnten wurden neuzeitliche technische und wirtschaftliche Verfahren in Anwendung gebracht, doch fehlte es an Kapital und auch das Verkehrsnetz war unzureichend. Wenn überhaupt eine Entwicklung des Bergbaus zu verstehen war, so beruhte sie in wesentlichem Umfang auf ausländischem Kapital und ausländischer Technik. Hohe öffentliche Lasten be-

hinderten zudem die Entwicklung. Entscheidend war aber, daß Rumänien im Gegensatz zu anderen südosteuropäischen Ländern, beispielsweise Jugoslawien, auffällig arm an wirtschaftlich zu verwertenden Lagerstätten der Buntmetalle ist. Wären hier Vorkommen vorhanden, die eine gewinnbringende Ausbeutung gestatten, so hätte sich das ausländische Kapital vor dem Krieg diese Gelegenheit kaum entgehen lassen. Daß es wenig am rumänischen Bergbau an Buntmetallen interessiert war, ist der beste Beweis dafür, daß solche Vorkommen eben nicht vorhanden sind.

Rumänien verfügt zwar über eine Reihe von Buntmetallvorkommen, so neben den schon genannten, über Quarzsilber, Manganerz, Molybdän, Bauxit, Wismuterz und Schwefelkies sowie über Vorkommen der Edelmetalle Gold und Silber. Die Ausbeutung dieser Vorkommen ist aber zum größten Teil wirtschaftlich kaum möglich. Der alte Goldbergbau verfügt über Teilerzeugnisse mit dem ziemlich hohen Goldgehalt von 19-20 g je Tonne, und Gold ist in dem ganzen Karpatenbogen weit verbreitet. Der Goldbergbau ist im übrigen sehr alt.

Netzen der halbstaatlichen Gesellschaft „Mica“ bestanden vor dem Krieg zahlreiche Klein- und Kleinmetallwerke, die sich mit der Goldgewinnung beschäftigten. Die Quarzsilbergewinnung ist wegen der Armut der Vorkommen aufgegeben worden und nur Zink und Blei wurden in der Hauptsache als Nebenprodukte des Gold-Silber-Bergbaus bei Bala Mare und Bala Spria in relativ bedeutenden Mengen gewonnen.

Das für den Aufbau einer Industrie wichtige Eisenerz ist nur im beschränkten Umfang mit einem Ervorrat von etwa 30 Mill. t vorhanden. Zu seiner Verarbeitung fehlt es an Eisenkiese und Koks, und die Manganerzvorkommen, die an verschiedenen Stellen des Landes ausgebaut werden, sind mengenmäßig unbedeutend und arm an Mangan.

Die wichtigsten Vorkommen an Erzen sind wahrscheinlich die Bauxitlager Sibienbürgen, die auf 30 bis 30 Millionen Tonnen geschätzt werden, die aber infolge des hohen Siliziumgehalts meist einen nicht vollwertigen Bauxit enthalten. Die Aufnahme der Aluminiumproduktion auf der Basis dieser Bauxite war zwar geplant, doch fehlte dafür bisher ein größerer Absatzmarkt. Die Schwefelkiesförderung ging seit 1938 bis 1939 auf ein Viertel zurück. Die Vorkommen besitzen nur geringe Ausdehnung und enthalten meist nur 40-45% Schwefel.

Damit ist der Reichtum Rumaniens an Buntmetallvorkommen schon umrissen. Man kann als sicher annehmen, daß auch die volkreiche Bergbauindustrie Rumaniens selbst mit der Investierung von 3 Mrd. Lei für die Entwicklung des Bergbaus kaum bessere Resultate erzielen wird, als dies in der kapitalistischen Ära der Fall war.

Die österreichische Holzwirtschaft hofft auf bessere Aussichten in der Holzexport nach England, weil das bisherige staatliche Einkaufsmonopol für Weichholzeinfuhr nach England mit Wirkung vom 1. 1. 1951 aufgehoben worden ist. Dadurch kann der englische Privathandel — nach 11jähriger Pause — nun wieder Weichholz direkt in Österreich einkaufen. Davon kann jetzt schon Gebrauch gemacht werden, wenn die Lieferungen erst im neuen Jahr effektiviert werden. Allerdings müßte die derzeitigen hohen Exportzölle zeitweise gesenkt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs auf dem englischen Markt sicherzustellen, dies um so mehr, als am 1. 1. 1951 auch das bisherige staatliche Einkaufsmonopol für Weichholz aus Schweden, Finnland und anderen Weichholzländern in Wegfall kommt und diese Länder immer schon Holz nach England exportiert haben.

Abermalige Erhöhung der Holzpreise?

Von Seiten der österreichischen Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft wird auf die Bestrebungen der österreichischen Forstwirtschaft hingewiesen, die ohnehin schon sehr hohen Holzpreise abermals zu erhöhen. Davon würden die holzverarbeitenden Industrie und die Papierindustrie, die sehr exportstark sind, betroffen werden, was dem Export dieser Güter schwere Belastungen auferlegen würde. Die Bundeskammer hat bei der österreichischen Regierung Schritte unternommen, um die geplanten Preissteigerungen für Holz zu verhindern, zumal diese zu Preissteigerungen im Baugewerbe, der Möbelindustrie und der Papierindustrie führen müßte. Diese jedoch hätten sich bisher bereits erklärt, ihre Preise trotz des 4. Lohn-Preis-Abkommens nicht zu erhöhen, unter der Voraussetzung stabiler Holzpreise.

Holzverarbeitende Industrie gegen Rohholzlieferung nach Deutschland

Die gesamte Holzverarbeitende Industrie Österreichs hat am 17. Oktober eine Resolution gefaßt, in der sie die Ausfuhr von Rohholz als Sägeflaser oder Rundholz nach Deutschland prinzipiell ablehnt. Die Verbände der Holzverarbeitenden Industrie sind gegen einen Einbau von Rohholz in den Handelsvertrag mit Deutschland, weil Österreich selbst Rohholz dringend benötigt und nur verarbeitete Holz auszuführen wünscht. Die deutsche Forderung nach einem Rundholz-Kontingent und nach einem höheren Schnittholzkontingent solle damit pariert werden, daß das im letzten Handelsvertrag eingeräumte Schnittholzkontingent nur zu Bruchteilen ausgenutzt werden sei.

Deutscher Export in die Schweiz

Die Zusammensetzung der deutschen Lieferungen nach der Schweiz im September 1950 zeigen die nachstehenden Angaben über die

Petroleum-Notizen

Nach neuester Schätzung der ECA dürfte sich der Mineralölverbrauch (ohne Export und Bunkeröl) der westeuropäischen Länder im Wirtschaftsjahr 1949/50 wie folgt gestellt haben:

	(alles in Millionen t)
England	14
Frankreich	8,9
Italien	4,4
Schweden	3,3
Westdeutschland	2,7
Niederlande	2,4
Belgien u. Luxemb.	1,8
Norwegen	1,3
Dänemark	1,3
Schweiz	1,3
Irland	0,9
Orientalien	0,8
Island	0,6
Ostdeutschl.	0,5
Diverse (Portugal, Türkei, Island)	1,3
Zusammen	44,5

Der Mineralölverbrauch Australiens hat sich gegenüber vor dem Krieg um 40% erhöht und wird für das laufende Jahr auf etwa 4 400 000 t geschätzt.

Zum erstenmal in der Geschichte der Weltwirtschaft entspringt jetzt die Ölproduktion der südlichen Hemisphäre in etwa demselben Tempo, wie vor dem Krieg, während früher die westliche Hemisphäre für die Mineralölversorgung der nördlichen einen entscheidenden Beitrag leisten mußte. Im Jahre 1948 a. B. wurden pro Saldo 36 Mill. t von Westen nach Osten geliefert, wovon allein 36 Mill. t auf Europa entfielen. Bis 1949 sind diese Zuschiebungen auf etwa 17 Mill. t zurückgegangen, obwohl sich der Gesamtverbrauch auch der südlichen Hemisphäre erheblich erhöht hat. Im Jahre 1950 haben diese Lieferungen von Westen nach Osten weiter stark verringert, so daß jetzt kaum noch von einer nördlichen Mineralölversorgung der Welt durch die westliche Hemisphäre gesprochen werden kann.

Nach der letzten Vorausschätzung des Öl-Bureau of Mines wird sich der Mineralölbedarf der USA (ohne Exporte) im zweiten Halbjahr 1950 voraussichtlich auf 4 676 000 b/d stellen, entsprechend einer Steigerung um 8,7% im Vergleich zum zweiten Halbjahr 1949. Andererseits werden die Exporte mit 372 000 b/d wahrscheinlich um 8,3% zurückgehen.

In Houston hat die Shell Chemical Corp. eine neue Anlage zur Herstellung von „Epon“-Harzen errichtet. Es handelt sich hierbei um synthetische Harze auf Erdölbasis, die sich für eine Vielzahl technischer Verwendungszwecke bewährt haben, so daß die Nachfrage nach diesem Shell-Produkt ständig gestiegen ist. Die neue Anlage wird voraussichtlich schon am 1. November in Betrieb kommen.

Die Tankraten haben sich seit Juli mehr als verdoppelt. Die Raten für Zölcherter sind ebenfalls um 50% gestiegen. Amerikanische Interessenten haben drei englische Tanker von 14 000 bis 16 000 t dwt für 30 sh pro Monat und t auf sieben Jahre fest gechartert. Die Frachtraten für Dry-Cargo-Schiffe sind bei weitem nicht in dem gleichen Maße gestiegen wie die Tankertraten, und es wird deshalb angenommen, daß sich die zur Zeit gezahlten exzessiven Tankertraten nicht lange Zeit halten werden.

Wichtigsten Warengruppen, verglichen mit den Zahlen des Septembers 1949 (in Mill. Strg.)

	Sept. 1950	Sept. 1949
Gesamteinfuhr aus Deutschland	48,8	58,3
Kohle	6,7	6,3
Eisen und Eisenhalbfabrikate	4,8	2,4
Eisenwaren	2,5	2,4
Sonstige Metallwaren	1,5	0,5
Maschinen	5,3	2,5
Fahrzeuge	4,5	1,5
Instrumente und Apparate	1,9	0,9
Pharmazeutika, Chemik. u. Farb.	7,4	2,1
Mineral. Stoffe, Keramik, Glasw.	2,9	1,9
Textilermagnisse	4,2	1,7
Sonstige Waren	8,2	3,9

Die Übersicht zeigt, daß die Ausfuhrerlöse hauptsächlich dem Sektor der Fertigfabrikate angehören. In den vorstehenden Zahlen ist der Warenverkehr der Schweiz mit Ostdeutschland inbegriffen. Nach den Erfahrungen der Vormonate dürfte dieser aber den Betrag von 1 Mill. sfr. schwerlich erreicht haben. Die ostdeutschen Lieferungen nach der Schweiz spielen nur in Porzellan, Glaswaren und Textilmaschinen eine einigermaßen nennenswerte Rolle.

Ausfuhrüberschuß Spaniens

Im ersten Halbjahr 1950 betrug die Einfuhr Spaniens 632,1 Mill. Goldpeseten gegenüber 709,9 Mill. Goldpeseten in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Ausfuhr erreichte 629,8 Mill. gegenüber 734,8 Mill. im ersten Halbjahr 1949. Es ergibt sich somit für das erste Halbjahr ein Ausfuhrüberschuß von 37,5 Mill. Goldpeseten, während in der gleichen Zeit des Vorjahres ein Einfuhrüberschuß von 43,7 Mill. Goldpeseten festzustellen war. Im letzten Monat der Berichtzeit betrug die Einfuhr 128,3 Mill. gegenüber 141 Mill. Goldpeseten im Juni 1949. Die Ausfuhr zeigte einen Wert von 61,3 Mill. gegenüber 102,1 Mill. Goldpeseten im Vorjahres-Juni.

Italiens Wehrhaushalt

Im Haushaltsjahr 1950/51 war ursprünglich eine Ausgabe in Höhe von 323 Mrd. Lire für Wehrzwecke vorgesehen. Davon werden reichlich 200 Mrd. für Personalausgaben und Instandhaltungskosten veranschlagt. Nur etwa 70 Mrd. Lire stehen danach für Beschaffung neuer Waffen und Ausbildungsstellen zur Verfügung. Auf Grund der neuen Lage sollen zusätzlich 30 Mrd. Lire für Rüstungszwecke bewilligt werden. Diese Zusatzbewilligung, über die das italienische Parlament in diesen Tagen zu entscheiden haben wird, wird nur als „erster Schritt“ angesehen, da sich die italienische Öffentlichkeit bewußt ist, daß größere Anstrengungen als bisher zur Erhöhung der Verteidigungskraft unternommen werden müssen. Von den neuen 30 Mrd. sollen 20 an das Heer, 12 an die Luftwaffe und 8 an die Marine gehen. Das Heer soll mit den zusätzlichen 30 Mrd. insbesondere Waffen, Munition, Pioniermaterial und Treibstoffe beschaffen.

Das italienische Außenhandelsministerium hat einen neuen Antrag interessierter Kreise auf Zulassung von Devisentermingeschäften abgelehnt.

Europas Zementproduktion

Über die Zementproduktion in verschiedenen europäischen Staaten im Jahre 1949 werden im Jahresbericht der schweizerischen Zement-, Kalk- und Pfaster-Hersteller folgende Angaben veröffentlicht: (in 1000 t)

	Produktion 1949	Bevölkerung	Zementproduktion pro Kopf d. Bevölkerung in kg
Niederlande	543	9 943 000	59
Spanien	1 094	20 023 000	60
Portugal	518	8 421 000	61
Italien	4 560	45 796 000	66
Westdeutschland	4 440	66 007 000	120
Osterreich	1 070	7 090 000	152
Frankreich	6 445	46 180 000	136
Schweiz	975	4 609 000	212
Schweden	1 094	6 882 000	240
Belgien	2 824	6 557 000	341

Finnlands Exportsorgen

Als den „neutralen“ Punkt des finnischen Außenhandels bezeichnet „Hufvudsbladet“ in einem Leitartikel die Tatsache, daß der Export mit allen Mitteln gefördert werden muß, daß dies aber mit außerordentlich großen Schwierigkeiten verbunden sei, weil sich seit der Abwertung im Herbst 1949 die Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrie immer mehr verschlechtert hat. Diese Verschlechterung habe bereits einen solchen Grad erreicht, daß die Regierung jetzt einen Gesetzesentwurf zum Preisstütz für den Schiffbau und die Metallindustrie vorbereitet. Nicht nur, daß die Regierung zur Niedrighaltung der Lebenshaltungskosten Hunderte von Mill. Fmk. aus Staatsmitteln einsetzen müsse, jetzt müßte ein weiterer Einsatz von staatlichen Mitteln auch noch für die wichtigsten Ausfuhrindustrien bevor. Unter diesen Umständen sei es ganz und gar unverständlich, daß Preise und Löhne immer mehr in die Höhe getrieben würden, so daß die Gefahr bestehe, daß die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in absehbarer Zeit ganz verloren sei gehen drohe. Das Blatt tritt ein in diesen Zusammenhang die seit Kriegsende eingetretene bedeutende Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards in Finnland, um gleichzeitig aber auch darauf hinzuweisen, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, wo die Finnland Bank mit der Bewilligung von Importdevisen zurückhaltender werden müsse. Der ohnehin nicht übermäßig große Anteil von Devisen, der durch Zins- und Amortisationszahlungen überdies laufend verringert werde, müsse in erster Linie für den Bezug von Rohstoffen eingesetzt werden, weil im anderen Falle das wirtschaftliche Leben in noch größere Schwierigkeiten geraten müßte, als es ohnehin bereits vorliege.

Das fünfjährige Handelsabkommen zwischen Finnland und der UdSSR vom 13. Juni dieses Jahres bedeute eine neue Phase im Handelsverkehr zwischen den beiden Ländern, erklärte der finnische Staatsminister Kekkonen anläßlich der Jahrestagung der finnisch-russischen Handelskammer. Im ersten Vertragsjahr solle Finnland für 13 Mrd. Fmk. Waren nach der UdSSR liefern, im fünften und letzten Jahre für 18,5 Mrd. Fmk. Die finnische Einfuhr aus der UdSSR bewege sich auf gleicher Höhe. Zum Vergleich führte Staatsminister Kekkonen an, daß sich Finnlands Gesamt- aus-

Metal-Streiflichter

Ausdehnung der USA-Weißblechzeugung

Die Vereinigten Staaten sind heute schon der weitaus bedeutendste Weißblechproduzent der Welt. Sie sind gleichzeitig seit dem zweiten Weltkrieg in steigendem Maße zum Weißblechexporteur geworden. Wie jetzt verlautet, beabsichtigt die Kaiser Steel Corporation in Oakland (Kalifornien) die Aufnahme der Weißblechproduktion. Mit einem Kostenaufwand von 24,5 Mill. Dollar sollen Produktionsanlagen für die Erzeugung von jährlich 250 000 t Weißblech erstellt werden, wobei das Tauchverfahren gegen die elektrolytische Zerteilung in Anwendung kommen sollen. Gegenwärtig werden nur etwa ein Drittel der 700 000 t Weißblech, die an der Westküste der USA verbraucht werden, durch lokale Produktionsstätten erzeugt.

Einschränkung des englischen Zinkverbrauchs

Das englische Versorgungsministerium gab bekannt, daß vom 1. Oktober an bis auf weiteres die englischen Zinkverbraucher nicht mehr als neun Zehntel ihres Durchschnittsverbrauchs vom Jahre 1949 monatlich erhalten können. Diese Maßnahme erwies sich als notwendig, weil Rohzink seit einiger Zeit außerordentlich knapp ist. Die Verbrauchsbeschränkung wird mehr als 10% betragen, wenn man den monatlichen Durchschnittsverbrauch der ersten acht Monate dieses Jahres zugrunde legt, der sich auf 28 236 t/befiel gegen nur 18 330 t/befiel im Monatsdurchschnitt des Jahres 1949. Legt man den Verbrauch des laufenden Jahres zugrunde, so ist mit einer Verbrauchsverringerrung um 442 t/befiel oder rund 22% zu rechnen. Im Hinblick auf die Verkäufe die seit dem August dieses Jahres verbracht wurden, ist die Verbrauchsbeschränkung noch weitaus größer.

Zu wenig Aluminium in den USA

Nach der Meinung von Mr. Harrison, dem Verwalter der kürzlich gebildeten U.S. National Production Authority ist mit einer Einschränkung des Aluminiumverbrauchs im privaten Sektor der amerikanischen Wirtschaft von etwa 20% im Interesse der Verteidigung zu rechnen. Dieser Prozentsatz wird von Mr. Harrison als eine „niedrige Schätzung“ bezeichnet.

Osterreichs Aluminiumproduktion steigt

Das österreichische Aluminiumwerk von Ranshofen meldete jetzt infolge der Jahreszeitlich bedingten Kürzung der Energieversorgung die Aluminiumerzeugung einschränken. Man rechnet für die Wintermonate mit einer Höchsterzeugung von nur 340 t monatlich. Die Gesamtenerzeugung wird jedoch im laufenden Jahr mit rund 12 000 t die des Vorjahres mit nur 10 000 t übersteigen.

Hotelhochhäuser in Moskau

In Moskau wird a. Z. intensiv am Bau von zwei Hotels gebaut, deren Gebäude Hochhäuser mit 25 bzw. 17 Stockwerken sein werden. Das Hotel am zentral gelegenen Dorogomilowdamm ist in seinen 26 Stockwerken 1000 Hotelapartements zu 2-3 Zimmern aufweisend, während in den Seitenflügeln 246 mehrzimmrige Hotelwohnungen untergebracht sind. Die bautechnische Fläche umfaßt 88 000 qm. Die Höhe des zentralen Gebäudes des Hotels ist 123 m. Im Hotel sollen 2 große Restaurants, zwei Cafés, 20 Schnellimbisstätten, ein großer Festsaal, Speisensäle eines Waschsalons, ein Tennisplatz mit 10 000 Anschlägen und 30 Aufzüge eingebaut werden. Da das Hotel am Ufer des Moskawflusses liegt, haben sich die Fundamentierungsarbeiten als recht schwierig und zeitraubend erwiesen. Bis zum Jahreschluß sollen zwei Stockwerke errichtet sein. Das zweite Hotel an der Kalaschewstraße wird in seinen 17 Stockwerken 352 mehrzimmrige Hotelapartements beherbergen. Eine Klimaanlage verleiht es, in jedem der Appartements die gewünschte Temperatur zu erzielen. Auch hier hat sich der Untergrund des Bauplatzes als recht ungesundig für die Errichtung eines Hochhauses erwiesen, so daß umfangreiche Sicherungsmaßnahmen ergreifen werden mußten und in die Baugrube über 1000 t Eisenpfähle eingemauert werden mußten. Das Hotel soll 1952 vollendet sein.

Finnlands Großhandelsindex

Der finnische Großhandelsindex (1938 = 100) erhöhte sich von 1307 im August auf 1328 im September d. J. Am nachhaltigsten war die Aufwärtsbewegung für tierische Nahrungsmittel von 1389 auf 1447 für Holzwaren von 1433 auf 1721 und für Metallsergebnisse von 1427 auf 1371.

Hier abonnieren und einsehen:

An den
Karlsruher Wirtschaftsverlag GmbH
Karlsruhe i. B., Veilchenstraße 35

Probe-Bezug

Senden Sie mir die „Wirtschaftsrevue“ kostenlos einen Monat zur Probe.

Name _____
Ort _____
Straße und Hausnummer _____

Inzwischen Auswirkungen zu berücksichtigen, die einen Preisrückgang veranlassen könnten. Wenn man sich damit rechnet, daß es verbleibend auch hier zu einem Nachgeben der Preise kommen könnte, dann der Markt ist stark spekulativ beeinflusst. Alle Faktoren, die wir schon in der Vorwoche anführen haben auch heute noch Geltung. Sie lassen erwarten, daß die kommenden Wochen kaum größere Veränderungen an den Weltmarktlagen bringen werden. Neue statistische Material, das aus der Weltmetallwirtschaft vorliegt, bestätigt diese Ansicht. Einem weiteren Einblick in die Entwicklung und soll nachstehend Verwendung finden.

Kupfer: Es kann nicht überraschen, daß der Kupfermarkt auch weiterhin in beschränkter Haltung bleibt, wenn auch der Preis unverändert geblieben wurde. Die Statistik des American Copper Institute zeigt zwar für August eine leichte Entspannung, doch reichte sie offenbar nicht aus, die Gesamtentwicklung zu ändern. Die Verträge, die zu überlegen, daß die Versorgung in der nächsten Zeit leichter sein würde. Die Weltbestände an raffiniertem Kupfer sind im August um 300.000 t gegenüber 300.000 t im Juli, in den Vereinigten Staaten um 100.000 t gegenüber 100.000 t im Juli, in der Welt um 100.000 t gegenüber 100.000 t im Juli. Die Raffinerie-Kapazität lag im August in den USA bei 1.000.000 t gegenüber 1.000.000 t im Juli, in der Welt um 1.000.000 t gegenüber 1.000.000 t im Juli. Die Raffinerie-Kapazität lag im August in den USA bei 1.000.000 t gegenüber 1.000.000 t im Juli, in der Welt um 1.000.000 t gegenüber 1.000.000 t im Juli.

Neuer Mercedes-Benz-Schwerlastwagen

Der vielseitige Einsatz von Nutzkraftwagen in der modernen Verkehrswirtschaft verlangt Fahrzeugen von immer größerer Leistungsfähigkeit. Die Daimler-Benz AG hat sich daher entschlossen, ihr Nutzfahrzeug-Programm um einen neuen Schwerlastkraftwagen Typ „L 6000“ mit 6,6 Tonnen Nutzlast zu erweitern, der in zwei Bauformen (4900 mm und 5300 mm) und mit einer reichen Auswahl an Aufbauten für die verschiedensten Verwendungszwecke geliefert wird.

Überall dort, wo größte Transportleistungen gefordert und zugleich höchste Ansprüche in bezug auf robuste Konstruktion und lange Lebensdauer gestellt werden, ist der neue Mercedes-Benz-Schwerlastwagen „L 6000“ das geeignete Fahrzeug. Das geringe Abwärtsschlagvermögen bei hoher Festigkeit und Laufleistung in bezug auf Festigkeit und Laufleistung, die vor nicht allzu langer Zeit noch für unmöglich gehalten wurden, sind. So ergibt sich zusammen mit dem sparsamen Brennstoffverbrauch, der nach modernsten Prinzipien konstruiert ist, eine hervorragende Betriebswirtschaftlichkeit. Dank der gut abgestimmten weichen Federung, der leistungsfähigen stofffreien Lenkung und der komfortablen Ausstattung des Fahrerhauses lassen sich selbst längere Strecken ohne Übermüdung des Fahrpersonals zurücklegen. Der technisch-wirtschaftlichen Hochwertigkeit des „L 6000“ entspricht die weitgehende Eleganz seiner äußeren Erscheinung.

Der Motor ist ein neu entwickelter Sechszylinder-Dieselmotor mit 6700 cm Hubraum und einer Drehleistung von 145 PS bei 1100 U/min. Er arbeitet nach dem bekannten Mercedes-Benz Vierkammer-Gleichstrom-Verbrennungsverfahren, das die Maschine besonders leistungsfähig, betriebssicher und unempfindlich gegen Schwankungen der Treibstoffqualität macht. Die Vorkammer bewirkt eine hervorragende Durchmischung von Treibstoff und Luft, so daß auch bei voller Leistung eine nahezu rasche Verbrennung erzielt wird. Der Motor ist, zum Unterschied bei einer Maschine dieser Größe, völlig frei pendelnd auf weichen Gummipolstern im Rahmen gelagert. Kleinerer Vibrationen werden dadurch von vornherein vom Aufbau ferngehalten und die Nerven des Fahrers spürbar geschont. Im Interesse bester Leistung und geringsten Verbrauchs wird die Verbrennungsluft nicht aus dem heißen Motorraum, sondern durch eine besondere Leitung mit eingeschalteten Filtern direkt von außen angesaugt. Der Kraftstoff-Normverbrauch beträgt nur 17,3 kg/24,2 Liter Dieselmil bei 100 km.

Besondere Sorgfalt wurde auf die Durchbildung des Kühl- und Schmierensystems verwendet, da dies für die Betriebssicherheit und Lebensdauer des Motors von entscheidender Bedeutung ist. Ein mit der thermodynamisch geeigneten Wasserpumpe zusammengebauter Wärmetauscher sorgt dafür, daß das Öl nach dem Anlassen des Motors schnell auf die richtige Betriebstemperatur kommt, umgekehrt wird bei starker Beanspruchung des Motors die Gefahr einer Überhitzung des Öls durch das Kühlwasser zuverlässig ausgeschlossen. Der Motor arbeitet somit stets unter den günstigsten Betriebsbedingungen.

Um im Winter das Auskühlen im Stand möglichst zu verlangsamen, ist noch eine von Hand zu betätigende Kühler-Jalousie vorhanden. Durch Hartverchromung der obersten Kollbenringe konnte die Lebensdauer der Zylinderlauf-



Der neue 6,6 Tonne als Seilenkipper (System Meiller) karosiert

von Warm- und Kaltluft über die Entrostungsanlage je nach Bedarf klimatisiert werden. Besonderer Wert wurde auf die zweckmäßige Ausbildung und Anordnung der Instrumente gelegt. Es sind zwei große Rundinstrumente vorhanden. Das eine ist der Tachometer oder an dessen Stelle der Tachograf, das andere ein Kombinations-Instrument, das in geöffneter Übersichtlicher Form Drehmoment-Anzeiger, Öl-Druckmanometer, Kühlwasser-Thermometer vereinigt. Schalthebel und Stockhandbremse sind so angeordnet, daß sie einseitig bequem erreichbar sind, andererseits die freie Bewegung

von Warm- und Kaltluft über die Entrostungsanlage je nach Bedarf klimatisiert werden. Besonderer Wert wurde auf die zweckmäßige Ausbildung und Anordnung der Instrumente gelegt. Es sind zwei große Rundinstrumente vorhanden. Das eine ist der Tachometer oder an dessen Stelle der Tachograf, das andere ein Kombinations-Instrument, das in geöffneter Übersichtlicher Form Drehmoment-Anzeiger, Öl-Druckmanometer, Kühlwasser-Thermometer vereinigt. Schalthebel und Stockhandbremse sind so angeordnet, daß sie einseitig bequem erreichbar sind, andererseits die freie Bewegung

Motor:	
Zylinder-Zahl	6
Bohrung	112 mm
Hub	140 mm
Hubvolumen	6770 ccm
Leistung	145 PS bei 1100 U/min.
(am Schwachlast vorzusehen)	
Drehzahl (maximal)	2100 U/min.
Kraftstoff-Normverbrauch	20,3 Ltr. — 17,3 kg
Kraftstoffbehälter	140 Ltr.
Schmierölverbrauch	0,4 Ltr.

Fahrgestell:		
Radstand	4000 mm	5200 mm
Spurweite vorn	1800 mm	1600 mm
Spurweite hinten	1750 mm	1750 mm
Größe Fahrgestelllänge in mm ca.	8300 mm	8200 mm
Größe Fahrgestellbreite in mm ca.	3500 mm	2500 mm
Größe Fahrgestellhöhe in mm ca.	2400 mm	2400 mm
(unbelastet) über Führerhaus ohne Dreiecksachse.		
Gewicht des betriebsfertigen Fahrgestells über Führerhaus ohne Dreiecksachse ca.	4500 kg	4500 kg
Gewicht des betriebsfertigen Fahrzeugs mit Fahrer und Fahrerhaus ca.	9000 kg	6100 kg
Nutzlast ca.	6000 kg	6400 kg
Fahrgestell-Tragfähigkeit ca.	9000 kg	7000 kg
Höchstzulässiges Gesamtgewicht	13.500 kg	13.500 kg
Höchstzulässiges Gesamtgewicht des Lastzuges	30.000 kg	30.000 kg

Die Preise

1. Lastkraftwagen L 6000
 Seilenkipper bewirkt, 11.000x20, mit Anhängerkuppelung und Entrostung

	Radstand 4000 mm	Radstand 5200 mm
a) L 6000 Lkw	DM 27.500,—	DM 28.100,—
Fahrzeugteil mit Fahrerhaus und Pritsche		
b) L 6000 K	DM 30.400,—	
Fahrzeugteil mit Nebenantrieb, Fahrerhaus und motorhydr.		
c) L 6000 Ko	DM 27.000,—	DM 27.030,—
Fahrzeugteil mit zentralem Nebenantrieb und Fahrerhaus		

Zinn: Anders liegen die Verhältnisse am Weltmarkt. Die Zinn-Produktion (reiner) für das laufende Jahr mit einer Überschussquote der Welt an Zinn in Höhe von 45.000 t für 1950 gegen 30.000 t für 1949, was eine erhebliche Überproduktion darstellt, die wahrscheinlich durch den Anstieg der Zinnproduktion in den Vereinigten Staaten, die im ersten Halbjahr 1950 gegenüber dem ersten Halbjahr 1949 um 10.000 t zugenommen hat, zu veranschaulichen ist. Die Zinnproduktion in den Vereinigten Staaten betrug im ersten Halbjahr 1950 1.000.000 t gegenüber 900.000 t im ersten Halbjahr 1949. Die Zinnproduktion in den Vereinigten Staaten betrug im ersten Halbjahr 1950 1.000.000 t gegenüber 900.000 t im ersten Halbjahr 1949.

Die Zinn-Produktion (reiner) für das laufende Jahr mit einer Überschussquote der Welt an Zinn in Höhe von 45.000 t für 1950 gegen 30.000 t für 1949, was eine erhebliche Überproduktion darstellt, die wahrscheinlich durch den Anstieg der Zinnproduktion in den Vereinigten Staaten, die im ersten Halbjahr 1950 gegenüber dem ersten Halbjahr 1949 um 10.000 t zugenommen hat, zu veranschaulichen ist. Die Zinnproduktion in den Vereinigten Staaten betrug im ersten Halbjahr 1950 1.000.000 t gegenüber 900.000 t im ersten Halbjahr 1949.

Die Zinn-Produktion (reiner) für das laufende Jahr mit einer Überschussquote der Welt an Zinn in Höhe von 45.000 t für 1950 gegen 30.000 t für 1949, was eine erhebliche Überproduktion darstellt, die wahrscheinlich durch den Anstieg der Zinnproduktion in den Vereinigten Staaten, die im ersten Halbjahr 1950 gegenüber dem ersten Halbjahr 1949 um 10.000 t zugenommen hat, zu veranschaulichen ist. Die Zinnproduktion in den Vereinigten Staaten betrug im ersten Halbjahr 1950 1.000.000 t gegenüber 900.000 t im ersten Halbjahr 1949.

Die Zinn-Produktion (reiner) für das laufende Jahr mit einer Überschussquote der Welt an Zinn in Höhe von 45.000 t für 1950 gegen 30.000 t für 1949, was eine erhebliche Überproduktion darstellt, die wahrscheinlich durch den Anstieg der Zinnproduktion in den Vereinigten Staaten, die im ersten Halbjahr 1950 gegenüber dem ersten Halbjahr 1949 um 10.000 t zugenommen hat, zu veranschaulichen ist. Die Zinnproduktion in den Vereinigten Staaten betrug im ersten Halbjahr 1950 1.000.000 t gegenüber 900.000 t im ersten Halbjahr 1949.

Die Zinn-Produktion (reiner) für das laufende Jahr mit einer Überschussquote der Welt an Zinn in Höhe von 45.000 t für 1950 gegen 30.000 t für 1949, was eine erhebliche Überproduktion darstellt, die wahrscheinlich durch den Anstieg der Zinnproduktion in den Vereinigten Staaten, die im ersten Halbjahr 1950 gegenüber dem ersten Halbjahr 1949 um 10.000 t zugenommen hat, zu veranschaulichen ist. Die Zinnproduktion in den Vereinigten Staaten betrug im ersten Halbjahr 1950 1.000.000 t gegenüber 900.000 t im ersten Halbjahr 1949.

Die Zinn-Produktion (reiner) für das laufende Jahr mit einer Überschussquote der Welt an Zinn in Höhe von 45.000 t für 1950 gegen 30.000 t für 1949, was eine erhebliche Überproduktion darstellt, die wahrscheinlich durch den Anstieg der Zinnproduktion in den Vereinigten Staaten, die im ersten Halbjahr 1950 gegenüber dem ersten Halbjahr 1949 um 10.000 t zugenommen hat, zu veranschaulichen ist. Die Zinnproduktion in den Vereinigten Staaten betrug im ersten Halbjahr 1950 1.000.000 t gegenüber 900.000 t im ersten Halbjahr 1949.

Die Zinn-Produktion (reiner) für das laufende Jahr mit einer Überschussquote der Welt an Zinn in Höhe von 45.000 t für 1950 gegen 30.000 t für 1949, was eine erhebliche Überproduktion darstellt, die wahrscheinlich durch den Anstieg der Zinnproduktion in den Vereinigten Staaten, die im ersten Halbjahr 1950 gegenüber dem ersten Halbjahr 1949 um 10.000 t zugenommen hat, zu veranschaulichen ist. Die Zinnproduktion in den Vereinigten Staaten betrug im ersten Halbjahr 1950 1.000.000 t gegenüber 900.000 t im ersten Halbjahr 1949.

Westdeutsche Rohölversorgung

Das beigefügte Schaubild gibt eine instructive Übersicht über die Herkunft der im ersten Halbjahr 1950 in der Bundesrepublik zur Verfügung gestellten Rohölmengen. Hierbei ist die Bedeutung der Mittelost-Öl für die westdeutsche Rohölversorgung besonders ins Auge zu fassen. Gegenüber dem 2. Halbjahr 1949 ist sein Anteil um 14% gestiegen. Aber auch die deutsche Förderung spielt bei der Rohölversorgung Westdeutschlands eine erhebliche Rolle, wenn gleich der prozentuale Anteil auf Grund der höheren Rohölimporte im Vergleich zum 1. Halbjahr 1949 (48,7%) und 2. Halbjahr 1949 (50,9%) abgefallen ist. Nicht berücksichtigt wurden in

Kurse höher: U. S. Rubber wurden besonders bevorzugt, da man infolge der stark gestiegenen Einzahlungen der Gesellschaft für das vierte Quartal mit einer Extra-Dividende rechnen zu können glaubt. Allerdings herrscht über die bestmögliche Durchführung der Kredit-Restriktionen durch die Regierung teilweise eine gewisse Besorgnis vor, die aber kurzfristig nicht zum Ausdruck kam.

Börsennotierungen für:

30 Industriewerte	230,35	227,34
30 Industriewerte	230,35	227,34
40 Industriewerte	161,77	161,56
13 Versorgungsbetriebe	40,43	40,54
Moody's Index	400,0	403,9

Auslandsbörsen

PARIS: schwach und unruhig

Die weltpolitischen Ereignisse, insbesondere die militärischen Vorgänge in Indochina ließen an der Pariser Effektenbörse keine Unternehmungslust aufkommen, zumal da man vielfach eine neue Inflationskrise befürchtete, zu müssen glaubte. Das Publikum beteiligte sich kaum am Geschäft und auch der beredende Börsenhandel bekundete stärkere Zurückhaltung. Gegenüber der Vorwoche ergaben sich daher überwiegend Kursrückgänge. Vorher lagen lediglich Diamant-Aktien und Kupferwerte, von denen De Beers und Rio Tinto beachtliche Gewinne erzielen konnten. Hierin spiegelt sich die starke Nachfrage am Diamantmarkt und die starke Positionierung des Kupfers wider. Auch die Aktien der Olanze, an insbesondere in den Vordergrund des Interesses, während die übrigen Marktgebiete weitgehend vernachlässigt blieben. Französische Renten unterlagen leichten Schwankungen, wiewohl im Hinblick gegen die Vorwoche teilweise eher stärkere Kursverluste auf.

100 Lire Italien	— 42 / — 42
100 Escudos Portugal	14,00 / 14,00
100 arg. Pesos Argentinien	1,10 / 1,15
100 arg. Pesos Argentinien	1,10 / 1,15
100 Sch. £. Türkei	12,50 / 12,75
100 Sch. £. Türkei	12,50 / 12,75
100 Sch. £. Türkei	12,50 / 12,75
100 Sch. £. Türkei	12,50 / 12,75
100 Sch. £. Türkei	12,50 / 12,75
100 Sch. £. Türkei	12,50 / 12,75

LONDON: fest

Die Londoner Effektenbörse war in der Berichtwoche auf einem hohen Stand geblieben. In der Rücksicht des britischen Schatzkanzlers Sir Stafford Cripps, der diesen Posten seit 1947 bekleidet, wurde die allgemeine Stimmung in der Börse nicht so sehr durch die jüngsten Großbritanniens sowie zureichende Meldungen aus der Wirtschaft behindert. Die Aktien der Anglo-Indien-Industrie stiegen im Vordergrund, wiewohl die allgemeine Stimmung in der Börse nicht so sehr durch die jüngsten Großbritanniens sowie zureichende Meldungen aus der Wirtschaft behindert. Die Aktien der Anglo-Indien-Industrie stiegen im Vordergrund, wiewohl die allgemeine Stimmung in der Börse nicht so sehr durch die jüngsten Großbritanniens sowie zureichende Meldungen aus der Wirtschaft behindert.

SCHWEIZ: ruhig

Abgesehen von einzelnen Spezialwerten boten die Schweizer Börsen in der Berichtwoche ein ausgesprochen ruhiges Bild. Die Umsätze blieben sich allgemein in engen Grenzen, so daß bereits kleinere Aufträge genügt, um die Kurse stabilisierend zu beeinflussen. Schwerverkehrs-Werte rückten überlegend hervor ab. Eine Ausnahme bilden Interbank, die gegen die Vorwoche abwärts gewandert. Durch ihre Geschäftstätigkeit wurden amerikanische Werte gekennzeichnet, die sich in diesem Wertes die Festigung an der New Yorker Effektenbörse widerspiegelte. Dies gilt insbesondere für Eisenbahnen, von denen Baltimore and Ohio und Pennsylvania Railroad im Vordergrund standen. Im allgemeinen will man aber erst die weitere Entwicklung der weltpolitischen Lage abwarten, ehe man größere Engagements wagt. Besonderes Interesse ist die rückläufige Tendenz für einseitige Staatsanleihen, in denen bei engem Markt kleinere Verkäufe bereits einen Kursdruck ausübten. Von Auslandsbörsen wurden deutsche Anleihen nach wie vor beachtet.

Notenkurse in Zürich am 21. Oktober 1950

1 \$ USA	4,34 1/2 / 4,35 1/2
1 £ England	11,90 / 11,70
100 fr. Frankreich	1,11 1/2 / 1,11 1/2
100 fl. Belgien	2,50 / 2,50
100 fl. Holland	2,50 / 2,50
100 kr. Schweden	71,50 / 71,50
100 kr. Norwegen	43,00 / 43,00
100 kr. Dänemark	44,00 / 44,00



Der Ausstoß der westdeutschen Raffinerien

Der Ausstoß der westdeutschen Raffinerien hat sich im 3. Quartal 1950 mit 914.000 t gegenüber dem 2. Quartal (790.000 t) um mehr als 30% erhöht. An dieser Produktionssteigerung sind alle Produkte, außer Motorenpetroleum, beteiligt. Bei Schmierölen erhöhte sich besonders die Erzeugung von Spindel-, Zylinder- und Maschinenöl.

20 Prozent mehr Dieselöl

Mit Ausnahme der petroleumtechnischen Zuteilung für Vorzugsverbraucher wurden auf Anordnung des Bundes-Wirtschaftsministeriums die normalen Dieselmotorenkontingente für das laufende 4. Quartal 1950 um 20% erhöht.

Neues Preisgesetz

Um zu einer Klärung der im Augenblick etwas unübersichtlichen Verhältnisse bei der Subventionierung der privilegierten Dieselmotorenverbraucher zu gelangen, berieten die Bundes- und Länderministerien zur Zeit ein neues Preisgesetz vor, das die Preismaximierung neu regeln und den Kreis der privilegierten einschränken bzw. neu festlegen will.

Neues Preisgesetz

Um zu einer Klärung der im Augenblick etwas unübersichtlichen Verhältnisse bei der Subventionierung der privilegierten Dieselmotorenverbraucher zu gelangen, berieten die Bundes- und Länderministerien zur Zeit ein neues Preisgesetz vor, das die Preismaximierung neu regeln und den Kreis der privilegierten einschränken bzw. neu festlegen will.

Neues Preisgesetz

Um zu einer Klärung der im Augenblick etwas unübersichtlichen Verhältnisse bei der Subventionierung der privilegierten Dieselmotorenverbraucher zu gelangen, berieten die Bundes- und Länderministerien zur Zeit ein neues Preisgesetz vor, das die Preismaximierung neu regeln und den Kreis der privilegierten einschränken bzw. neu festlegen will.

Metallpreise vom 14. 10. 50

	England	USA	Westdeutschl.
Kupfer	303/00	24,50	330,50
Zinn	120/10	10,00	107,50
Zink	151/00	17,50	171,50
Aluminium	120/00	113,25	107,00
	120/00	10,00	

Metallpreise vom 14. 10. 50

	England	USA	Westdeutschl.
Kupfer	303/00	24,50	330,50
Zinn	120/10	10,00	107,50
Zink	151/00	17,50	171,50
Aluminium	120/00	113,25	107,00
	120/00	10,00	

Metallpreise vom 14. 10. 50

	England	USA	Westdeutschl.
Kupfer	303/00	24,50	330,50
Zinn	120/10	10,00	107,50
Zink	151/00	17,50	171,50
Aluminium	120/00	113,25	107,00
	120/00	10,00	